Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pf für den mm Höhe und Spalte: 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr 14. Tel. (Red.) 21045, (Verl.) 21047, (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Freitag, 14. Oktober 1927 | 7. Jahrgang • Nr. 242

Verräter der Bergarbeiter am Werk!

Geheimverhandlungen in Berlin — Gemeines Doppelspiel der Bureaukratie — Nun erst recht: Streik um Lohn und Arbeitszeit, Kampf gegen Schlichtungsschwindel und Reformismus!

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 14. Oktober.**

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, haben zwischen Vertretern des Reichsarbeitsministeriums, den Grubenbesitzern Mitteldeutschlands einerseits und den Führern der Bergarbeiterverbände andererseits im geheimen Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Verständigung zur Verhinderung des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks geführt haben sollen.

Die getroffene Vereinbarung, zu deren Wortlaut die Gewerkschaftsbureaukratie, wie auch die Grubenbesitzer ihre Zustimmung gegeben haben sollen, soll heute, Freitag, als ein Schiedsspruch proklamiert werden. Gleichzeitig soll die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches ausgesprochen werden.

Diese Abmachung bedeutet also die Abwürgung des mitteldeutschen Kampfes.

Sie ist aber gleichzeitig so schamlos, daß wir vorläufig kaum an die Richtigkeit dieser Notiz glauben würden, wenn wir sie nicht aus einer solchen Quelle erhalten hätten, von der ohne Zweifel anzunehmen ist, daß sie auf Wahrheit beruht. Die mitteldeutschen Bergarbeiter werden aber gut tun, alle Maßnahmen zu treffen um diesen Verrat zu verhindern. Es gilt für sie, alle Vorbereitungen zu treffen, den letzten Bergarbeiter aufzurufen und selbst gegen den Willen der Gewerkschaftsführer, gegen den Willen des Reichsarbeitsministers und dessen Schiedssprüchen und Verbindlichkeitserklärungen

am 17. Oktober den Kampf beginnen.

Es stand für uns ja von vornherein fest, daß die Gewerkschaftsbureaukratie nicht die Absicht hat, den Kampf zum endgültigen Sieg der Bergarbeiter zu führen, daß sie aber in der Oeffentlichkeit in Aufrufen die Bergarbeiterschaft zum Kampfe aufruft, im geheimen aber die Abwürgung dieses Kampfes betreibt, ist ein solcher Skandal, gegen den geschlossen die Bergarbeiterschaft Front machen muß. Besonders die organisierten Mitglieder des Bergarbeiterverbandes müssen alle Kraft daran setzen, um den Verbandsführern diesen Verrat unmöglich zu machen. Gleichzeitig aber muß für die Stärkung und Zuführung der Bergarbeiter für die Organisation mit allen Kräften gesorgt werden, um endlich einmal die reformistische Bureaukratie von der Führung des Verbandes zu beseitigen.

Die Bergarbeiter wollen kämpfen

Gestern fanden in verschiedenen Orten Mitteldeutschlands von der KPD. einberufene öffentliche Bergarbeiterversammlungen statt. Zahlreich waren die Kumpels herbeigeeilt, um den Ausführungen der kommunistischen Redner zu lauschen. Einmütig kam zum Ausdruck, daß die Bergarbeiter gewillt sind, mit allen Mitteln die Durchsetzung ihrer aufgestellten Forderungen zu erzwingen. Für die bürgerlichen Schwindelmeldungen, daß die Bergarbeiter in hellen Scharen ihre Kündigungen zurückziehen, hatten die Kumpels nur ein mitleidiges Lächeln übrig. Ueberall sagten die Kumpels: „Die werden sich wundern, wir werden es ihnen schon zeigen." In der Versammlung in Frankleben glaubte ein Abgesandter der Direktion, die anwesenden Kumpels vor übertriebenem Optimismus warnen zu müssen, er verlangte Zahlenangaben über den Umfang der Bewegung. Von seiten der Bergarbeiter wurde ihm die gebührende Antwort zuteil. Un dieser Stelle sei jedoch nochmals wieder ein uns heute zugegangener Situationsbericht aus dem Oberröblinger Revier veröffentlicht:

Streikstimmung gut. Gruben Fürstenberg, Walters Hoffnung, Credner und Rießer Kündigungszettel fast restlos von der Belegschaft eingereicht. Grube Kupferhammer, Brikettfabrik und Schwelerei, mit 187 Mann Belegschaft nur 40 Prozent Kündigungszettel eingereicht. Starke Zersetzung durch Werksgemeinschaftler und Gelbe. **Trotzdem liegen Erklärungen von Knappen vor, daß sie mitstreiken würden, wenn sie auch nicht gekündigt haben.** Kupferhammer steht selbstverständlich still, wenn Streik eintritt, da Kohle von Tagebau Eythorf und Grube Walters Hoffnung geliefert wird.

Jedes weitere Wort erübrigt sich, es gibt nur eins:

Die Bergarbeiter wollen kämpfen.

Rakowski wird abberufen

(Eig. Drahtm.) **Paris, 13. Oktober.**

Eine von Tschitscherin unterzeichnete Note der Sowjetregierung in Sachen Rakowski traf heute im Auswärtigen Ministerium ein. Sie besagt, daß die Sowjetregierung Rakowski abberufen werde. Zum neuen Botschafter schlägt die Sowjetunion den bisherigen Botschafter in Tokio, Dowgalewski, vor, der früher Kommissar für das Post- und Telegraphenwesen war.

*

Nach Blättermeldungen betonte Tschitscherin in der dem französischen Botschafter überreichten Note, daß die für die Abberufung Rakowskis angeführten Gründe in keiner Weise stichhaltig seien. Tschitscherin stellte fest, daß die Abberufung Rakowskis nicht ohne ungünstige Rückwirkung auf die fernere Arbeit der französisch-russischen Konferenz bleiben könne und daß es die Sowjetregierung ablehnt, irgendwelche Verantwortung für die Abberufung Rakowskis und deren Folgen zu übernehmen.

Die Tatsache, daß die Sowjetunion dem Wunsche der französischen Regierung auf Abberufung Rakowskis nachgekommen ist, ist nur ein Beweis für ihre grenzenlose Friedensliebe, für ihre ununterbrochenen Versuche, jeden offenen Konflikt, wenn nicht zu vermeiden, so dann mindestens hinauszuschieben. Diese Regelung des Falles Rakowski wird den Hintermännern, den Petroleumkönigen Deterding u. Co., nicht angenehm sein. Ein starres Beharren der Sowjetregierung auf ihrem Standpunkt und damit ein offener Bruch zwischen der Sowjetunion und Frankreich wäre ihnen lieber gewesen. Daß auch dafür noch Möglichkeiten vorhanden sind, liegt nicht bei der Sowjetunion, sondern bei den imperialistischen Staaten, die ununterbrochen zum Kriege hetzen. Nach wie vor kommt es darauf an, daß die Arbeiterschaft zur Abwehr des Krieges und zum Schutze der Sowjetunion mobilisiert.

Auflösung der Trustparlamente

Wahlmanöver der Preußenkoalition — Furcht vor politischen Debatten im Reichstag

(Eig. Meldg.) **Berlin, 13. Oktober.**

Ein Teil der bürgerlichen Presse und auch die „Welt am Abend" melden, daß der preußische Ministerpräsident eine vorzeitige Auflösung des Preußischen Landtages und spätestens im Januar Neuwahlen für den Landtag durchführen will. Die preußische Koalitionsregierung will eine Trennung von Reichstags- und Landtagswahlen, weil dann der Wahlkampf zunächst in Preußen und später im Reiche von den Koalitionsparteien besser und ohne Gefährdung der Preußenkoalition stattfinden kann, da man auch nach den Landtagswahlen die Preußenkoalition beibehalten will. Die Fraktionsvorstände der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei im Preußischen Landtag sollen sich bereits mit dieser Frage beschäftigt haben und zu dem Schluß gekommen sein, daß sie von der Bürgerblock-Regierung unter allen Umständen im Falle der Auflösung des Preußischen Landtages auch die Auflösung des Reichstages erzwingen wollen und den Schachzug der Braun-Regierung so zum Scheitern bringen.

Die „Welt am Abend" erklärt, daß man demnach mit einer überraschenden Auflösung des Preußischen Landtages, aber auch des Reichstages und mit Neuwahlen schon im kommenden Frühjahr rechnen kann.

Diesen Angaben stehen aber bereits die üblichen inoffiziellen Dementis entgegen, die in parlamentarischen Kreisen verbreitet werden. Dazu meldet noch die „Berliner Volkszeitung" in der heutigen Abendausgabe mit der dreispaltigen Ueberschrift „Schwarz-blaue Furcht vor Aussprache" und der weiteren Ueberschrift „System Pilsudski?", daß die Regierungsparteien beschlossen hätten, daß die Oktobertagung des Reichstages nur fünf Tage dauert. Am Dienstag und Mittwoch sollen der Schulgesetzentwurf und am Donnerstag und Freitag die Beamtenbesoldungsreform in erster Lesung behandelt werden. Dann soll der Reichstag am Sonnabend, dem 22. Oktober, bis zum Montag, den 21. November in Ferien gehen, da die Regierungsparteien jeder außenpolitischen und innenpolitischen Erörterung aus dem Wege gehen wollen. Die sozialdemokratische und auch die demokratische Reichstagsfraktion würden hiergegen „Widerstand" leisten und eine allgemeine politische Debatte erzwingen, zu der die Interpellationen bereits vorbereitet und zum Teil fertiggestellt sind.

Die „Rote Fahne" schreibt heute zu den Bestrebungen der vorzeitigen Auflösung des Reichstages:

„Die Gründe für den Pilsudski-Plan Marx-Stresemanns liegen auf der Hand. Erstens wird sich Herr Stresemann gerade im gegenwärtigen Moment des russisch-französischen Konfliktes nicht gern exponieren, denn man kann nicht wissen, zu welchen Konsequenzen der Konflikt führt. Und Herr Stresemann hat die Feigheit stets als den besten Teil der Staatsklugheit angesehen. Das ist aber nur der eine Grund des Schieberplanes des Bürgerblocks. Der andere liegt auf innerpolitischem Gebiet und ist wichtiger und entscheidender. Die Massenbewegung gegen den Bürgerblock umfaßt immer weitere Kreise des werktätigen Volkes. Auch im Kleinbürgertum wird, wie die Hamburger Wahlen bewiesen, die Erbitterung immer größer. Die Kapitäne des Bürgerblocks sind noch nicht gewillt, vor dieser Massenbewegung den Rückzug anzutreten. Und wenn die Massen, die in den Parlamenten noch einen Vertreter ihrer Interessen sehen, aufmucken und gegen die faschistischen Methoden des Bürgerblocks in Massendemonstrationen protestieren, dann ist der erwünschte Anlaß da, um den parlamentarischen Frieden wieder herzustellen, die Ereignisse der Hamburger und Königsberger Wahlen im Blute der Opfer des Bürgerblocks zu ersticken. Die Kommunistische Partei aber fordert wieder aufs neue:

Reichstagsauflösung, Landtagsauflösung, Neuwahlen! Das ist auch der Wille der deutschen Arbeiterschaft."

15 000 Berliner Holzarbeiter im Streik

Sie trotzen dem elenden Schlichtungsschwindel

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 14. Oktober.**

Die Funktionärversammlung der Holzarbeiter am gestrigen Abend beschloß mit gewaltiger Mehrheit für heute früh Streikbeginn. Die Ortsverwaltung hatte den Funktionären empfohlen, den heute Mittag zu erwartenden Schiedsspruch abzuwarten und erst nach dessen Bekanntwerden weitere Maßnahmen zu beschließen. Das wurde von allen Diskussionsrednern durchweg abgelehnt, da sie von dem Schlichtungs"-windel nichts für die Arbeiterschaft erwarten. 12 000 bis 15 000 Holzarbeiter traten heute früh in den Kampf.

Verhandlungen um den Eisenbahnertarif in der Tschechoslowakei

(Eig. Meld.) **Prag, 13. Oktober.**

Der Eisenbahnminister hat das Ultimatum der Eisenbahnerverbände mit einem Vorschlag beantwortet, der sofortige Verhandlungen über die strittigen Lohn- und Arbeitszeitfragen mit den Eisenbahner-Organisationen vorsieht. Die Eisenbahner-Organisationen haben deshalb beschlossen, die Weisung zur passiven Resistenz noch nicht auszugeben, sofort die Verhandlungen zu beginnen und von dem Ergebnis der Verhandlungen die Durchführung des Kampfes abhängig zu machen.

Gemeinsame Wahlliste Sozialdemokraten — Deutschnationale

Am nächsten Sonntag finden in 70 Prozent der Gemeinden der Tschechoslowakei Gemeinde-Wahlen statt. Einen neuen Beweis dafür, wie die sozialdemokratischen Führer in allen Ländern sich aufs engste mit der Bourgeoisie verbunden fühlen (andererseits versuchen sie, dies durch eine verstärkte Kommunistenhetze zu verschleiern), liefert unser tschechoslowakisches Bruderorgan in Nordböhmen, der „Vorwärts" in Reichenberg. Er bringt folgende Meldung:

„Die Deutschen Sozialdemokraten, die die Listenkoppelung mit der Kommunistischen Partei überall mit der Begründung ablehnen, „daß sie mit einer Partei, die sie bekämpft", nicht koppeln könne, scheuen sich aber nicht, mit den reaktionärsten Parteien, die die Zollgesetze, Steuerreform und Verwaltungsreform beschlossen haben, und die das Mieterschutzgesetz abbauen sowie das elende Sozialversicherungsgesetz verschlechtern wollen, auf einer Liste zu kandidieren. In der Gemeinde Lautschnei bei Gablonz kandidieren sie gemeinsam auf der Liste der deutschen Wahlgemeinschaft mit der Deutschen Nationalpartei, der Christlich-sozialen Partei und der Deutschen Gewerbepartei. Diese gemeinsame Kandidatur mit den reaktionären Regierungsparteien und der Partei der Großkapitalisten zeigt, wie tief die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei bereits gesunken ist."

Ob in Deutschland der SPD.-Koalitionspolitik der Müller und Wels, ob in Frankreich des „sozialdemokratischen" Fürstenanwalts Paul Boncour, oder in der Tschechoslowakei: Die sozialdemokratischen Führer sind sich überall gleich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0001

Für Arbeiterpolitik im roten Hamburg!

Offener Brief der Hamburger Kommunisten an die Sozialdemokraten und die Freien Gewerkschaften
Diskutiert darüber in den Betrieben!

Die KPD., Bezirksleitung Wasserkante, richtete einen Offenen Brief an die Vorstände der Hamburger SPD. und der Gewerkschaften, worin sie praktische Vorschläge zur Ausnutzung der Mehrheit der SPD. und KPD. in der Hamburger Bürgerschaft macht. Darin heißt es u. a.:

Die Meinung der breiten Massen ist, daß ihre Mindestforderungen verwirklicht und darum die Mehrheit von KPD. und SPD. ausgenützt werden muß. Die KPD. macht sich diesen Willen der Massen zu eigen und schlägt deshalb der SPD. vor, gemeinsam mit der SPD. und mit Hilfe der Gewerkschaften folgende Forderungen durch die parlamentarische Mehrheit und durch Massenmobilisierung zur Durchführung zu bringen.

1. Erhöhung der Löhne der Staats- und Gemeindearbeiter bzw. der Gehälter der Angestellten um 20 Prozent Reduzierung der Zahl der Besoldungsgruppen der Beamten, ausreichende Erhöhung der Gehälter für die unteren und mittleren und Einreihung der unteren Beamten mindestens in Besoldungsgruppe 5. Einführung der 45-Stunden-Woche in allen Staats- und Gemeindebetrieben.

2. Gewährung von ausreichenden Winterbeihilfen an Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger, verbilligte Abgabe von Lebensmitteln, Kleidung und Feuerung. Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, das in städtischer Regie und unter Ausschaltung aller privaten Unternehmer durchzuführen ist. Bezahlung der bei den Arbeiten Beschäftigten nach Tariflöhnen. Uebernahme der Arbeitsnachweise in städtische Verwaltung.

3. Bereitstellung von Mitteln im Betrage von 120 Millionen Mark zur Durchführung eines proletarischen Wohnungsbau-Programms d. h. zum Bau von Zwei- und Dreizimmerwohnungen, deren Mieten an das Einkommen der werktätigen Bevölkerung anzupassen sind. Restlose Verwendung des Einkommens aus der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau. Durchführung des Wohnungsbau-Programms in städtischer Regie unter stärkster Heranziehung der Arbeitergenossenschaften.

4. Stärkster Ausbau der Sozialpolitik für die werktätigen Männer und Frauen. Gewährung ausreichender Renten für bedürftige Inflationsopfer. Erhöhung der Bezüge der Rentner aller Art (Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene, Sozial-, Klein-, Alters- und Invalidenrentner).

5. Freilassung der Einkommen bis zu 3000 Mark (dreitausend Mark) von der Erhebung der Grund- und Hauszinssteuer zugunsten der werktätigen Mieter. Befreiung der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern von der Gewerbeertragssteuer. Steuerfreiheit der Arbeitergenossenschaften. Erfassung des mühelos verdienten Gewinns der Inflations- und Aufwertungsgewinnler durch Einführung einer Wertzuwachssteuer, bei der die wirklichen Gestehungskosten der Gewinnobjekte zugrunde gelegt werden. Progressive Besteuerung der großen Vermögen und Einkommen. Einführung von Luxussteuern. Herabsetzung der Gas- und Strompreise für die Werktätigen. Progressive Staffelung der Preise nach Höhe des Einkommens.

6. Ueberführung der gemeinnützigen Betriebe, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie Verkehrsunternehmungen, Hamburger Hochbahn-Aktien-Gesellschaft und Hamburger Dampfschiffahrts-Aktien-Gesellschaft in städtischen Besitz.

7. Lern- und Lehrmittelfreiheit sowie verbilligte Abgabe von Fahrkarten der Hamburger Verkehrsunternehmungen für Lehrlinge, Fortbildungsschüler und Gewerbeschüler.

8. Förderung des Arbeitersportes durch unentgeltliche Herrichtung von Sport- und Spielplätzen und kostenloser Hergabe von Turnhallen für die dem Arbeiter-Sportkartell angeschlossenen Organisationen. Bereitstellung von Geldmitteln zur Durchführung der kulturellen Aufgaben der Arbeiter-Sportorganisationen.

9. Entlassung aller Staatsanwälte und Richter, die bei Prozessen die monarchistische Konterrevolution unterstützt und bei wirtschaftlichen Kämpfen durch Urteile das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft annulliert haben.

10. Völlige Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter.

11. Entwaffnung aller faschistischen und reaktionären Verbände. Verhinderung aller faschistischen Aktionen mit den Mitteln des Verbots faschistischer Handlungen bis zur Auflösung ihrer Organisationen.

12. Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen und aus Not begangener Verbrechen. Niederschlagung aller entsprechenden schwebenden Verfahren (Verstöße gegen den § 218).

13. Generelles Verbot aller für Imperialisten bestimmten Waffen- und Munitionstransporte über den Hamburger Hafen.

14. Schärfster Kampf gegen alle arbeiterfeindlichen Beschlüsse und Maßnahmen der Reichsregierung (Reichsschulgesetz und Konkordat, Mieten- und Zollwucher, reaktionäre Sozialpolitik, Streikverbote, Klassenjustiz, Förderung des Faschismus und der Kriegspolitik).

Das sind nur solche Mindestforderungen, die jeder Arbeiter ohne Unterschied der Auffassung und der Organisation als die seinen betrachtet und die durchaus durchführbar sind.

Die KPD. erklärt ihre Bereitschaft, einer sozialdemokratischen Regierung in Hamburg die Möglichkeit des Bestehens und Arbeitens zu geben, wenn sie diese Mindestforderungen durchführt. Die KPD. warnt jedoch das Proletariat vor Illusionen und erklärt auf Grund der bisherigen Erfahrungen, daß sie ihr Verhalten der Regierung gegenüber **jeweils und in jeder Situation von den Handlungen der Regierung abhängig machen wird.**

Im Falle, daß diese Regierung die Forderungen nicht durchführt oder gegen die Arbeiterinteressen handelt, würde die KPD. diese Regierung selbstverständlich auf das schärfste bekämpfen müssen. Führt diese Regierung aber die Mindestforderungen der Werktätigen durch, so wird die KPD. ihr in jeder Weise gegen alle arbeiterfeindlichen und sonstigen Vorstöße der bürgerlichen Parteien helfen und sie bei der Durchführung der Arbeiterforderungen unterstützen.

Die KPD. macht diesen Vorschlag ehrlich und ernsthaft, wie es das Interesse der Arbeiterklasse gebietet. Die Arbeiterschaft erwartet, daß auch die SPD. diesen Vorschlag annimmt und wird eine Ablehnung nicht verstehen.

Die KPD. regt an, daß baldigst eine gemeinsame Besprechung, der auch die SPD. im „Hamburger Echo" vom 11. Oktober zustimmte, zwischen Vertretern der KPD., der SPD. und dem ADGB. stattfindet.

*

Die KPD. hat wiederholt in ihrer Presse erklärt, daß sie bereit ist, einen sozialdemokratischen Senat zu dulden, wenn und solange er Arbeiterpolitik treibt. Im vorstehenden Offenen Brief wird das erneut offiziell durch die KPD., Bezirksleitung Wasserkante, zum Ausdruck gebracht. Die Vorstände der Hamburger SPD. und der freien Gewerkschaften sollen nun Farbe bekennen. Sie, die immer und überall erklären, daß sie Arbeiterpolitik nur auf dem Boden des Parlamentarismus betreiben können, haben hier die Möglichkeit, die 90 kommunistischen und sozialdemokratischen Bürgerschaftsstimmen gegen die 70 der bürgerlichen Parteien für eine wirkliche Arbeiterpolitik zu benutzen.

Die Forderungen des Offenen Briefes sind keine besonderen kommunistischen Forderungen, sondern Mindestforderungen aller Arbeiter, Angestellten, Beamten, aller verarmten Schichten in Stadt und Land. Wenn die SPD.-Führung es nun wagen sollte, trotz des bei den Wahlen zum Ausdruck gebrachten Kampfwillens der Werktätigen gegen die Bourgeoisie, einen Koalitionssenat mit den bürgerlichen Parteien, d. h. gegen die Werktätigen, zu bilden, so wird jeder Arbeiter begreifen, daß ihre Oppositionsphrasen nur Wahlfang sind. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft verlangt von ihrer Führung eine Arbeiterpolitik auf dem Boden einer geschlossenen Einheitsfront aller Werktätigen.

Die Kommunistische Partei hat die Vorschläge für diese Einheitsfront formuliert. Die Entscheidung über die Herstellung einer wirklichen Kampffront liegt nicht bei der SPD.-Führung, die erneut versucht, den Massenwillen zu verfälschen und durch eine neue Hetze gegen die Kommunisten Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft zu üben — die Entscheidung liegt bei der Arbeiterschaft selbst.

Nord-Amerika macht Schule

Der elektrische Stuhl auch für Deutschland?

(Eig. Drahtm.) **Dresden, 13. Oktober.**

Im Sächsischen Fahndungs-Blatt, Ausgabe vom 28. September, ist eine Bekanntmachung erfolgt, die die „Untersuchung der Leichen der durch elektrischen Strom Getöteten" betrifft:

„Mit dem Sitz in Berlin hat sich demnach ein Ausschuß zur Erforschung von Elektrizitäts-Unfällen gebildet, der es sich u. a. zur Aufgabe gesetzt hat, den Hergang beim Tod durch elektrischen Strom zu erforschen. An alle Kriminaldienst verrichtende Stellen wird deshalb Anweisung gegeben, im Falle des durch elektrischen Strom eingetretenen Personen sämtliche Diensthandlungen mit größtmöglichster Beschleunigung durchzuführen und die Statsanwaltschaft auf schnellstem Wege zu benachrichtigen. gez. Landeskriminalamt."

Diese Anweisung der Polizeileitung kann nur dazu dienen, die Hinrichtungsart der deutschen Klassenjustiz durch Einführung des elektrischen Stuhles zu bereichern, den die amerikanische Nordregierung mit größter Bestialität gegen Sacco und Vanzetti angewandt hat.

Die rote Flagge im Landtag

In der Sitzung des Landtags am Mittwoch wurden, nachdem die Kommunisten in den beiden voraufgegangenen Sitzungen mit aller Entschiedenheit darauf gedrängt hatten, die Anträge der kommunistischen Fraktion auf Rückgängigmachung der polizeilichen Vorbereitungen zur **Niederschlagung des drohenden mitteldeutschen Bergarbeiterstreikes** und über die geplanten umfangreichen Bergarbeiterentlassungen in Recklinghausen dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Die Ausführungsverordnung zum Reichsgesetz zur **Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** löste eine lebhafte Debatte aus. Es war hierbei äußerst bezeichnend, daß gerade die Parteien, die im Reichstag anstatt soziale Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu treffen, dieses unzulängliche Gesetz schufen und auch sonst sowohl im Reichstag und Landtag noch immer alle Anträge der Kommunisten auf Bewilligung ausreichender Mittel zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ablehnten.

Genosse **Sellheim** legte die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zur Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dar. In erster Linie sind die Geschlechtskrankheiten, wie alle Seuchen, nur durch Schaffung ausreichender und gesunder Wohnungen, sowie durch Schaffung menschenwürdiger Existenzen und Arbeitsmöglichkeiten zu bekämpfen. Das aber lehnen sämtliche bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD. ab. Desgleichen wies Genosse Sellheim auf die Belastungen der Gemeinden durch dieses Gesetz.

Die Verordnung wurde dem Bevölkerungspolitischen Ausschuß überwiesen.

Der nächste Tagesordnungspunkt betraf die sogenannte Flaggenverordnung vom 8. August d. J. Der Innenminister Grezinski begründete die Verordnung in eigener Person.

Es erübrigt sich zu sagen, daß sich sowohl während der Rede Grezinski als auch in der nachfolgenden Debatte, in die auch der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun eingriff, sich die Schwarzrotgoldenen und Schwarzweißroten gegenseitig durch Johlen künstlich aufregten. Für die SPD., für die ausgerechnet Leinert sprach, war die Flaggendebatte wieder einmal eine günstige Gelegenheit, um in künstlich aufgeblasenen Schein-Radikalismus zu verfallen, **obwohl er und seine Parteigenossen Ebert, Noske, Scheidemann, Wels, Heilmann usw. es waren, die vom ersten Tage der Revolution an der schwarzweißroten Konterrevolution wieder die Wege geebnet haben.**

Genosse Kasper:

führte u. a. aus: Dieser Streit um das Fahnentuch der Republik mutet an wie Zänkereien zwischen zwei Liebesleuten, die sich wegen einer Kleinigkeit in die Wolle geraten, um nachher um so inniger sich in den Armen zu liegen. Mit diesem Geplänkel um die Farben und die äußere Fassade der Republik treibt besonders die Sozialdemokratie ein bewußtes Täuschungsmanöver, um die Arbeiterschaft über den reaktionären arbeiter- und volksfeindlichen Charakter der bürgerlich-kapitalistischen Republik und ihre Regierungen hinwegzutäuschen. In der Republik herrscht in Wirklichkeit durch die Schlappheit und Feigheit der sogenannten republikanischen Regierung, besonders durch die Liebedienerei der Sozialdemokratie in Preußen gegenüber dem Bürgertum die kapitalistische monarchistische Reaktion.

Unter der schwarzrotgoldenen Flagge treibt die Klassenjustiz in Preußen gegen die Arbeiterschaft ihr Unwesen, greift in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft ein und bedroht das Koalitionsrecht. Mit papiernen Verordnungen und Wortgefechten kann diese Frage nicht entschieden werden. **Das ist eine entscheidende politische Frage, die nur durch rücksichtslosen Kampf der Arbeiterschaft gegen die Monarchisten und den gesamten kapitalistischen Staatsapparat gelöst werden kann.**

Schwarzweißrot und schwarzrotgold sind Zeichen der bürgerlichen Herrschaft und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Kommunisten und mit ihnen die klassenbewußte Arbeiterschaft bekennen sich zur roten Fahne des internationalen Sozialismus. Um dieses Banner, an dem das Blut Zehntausender revolutionärer Arbeiter, die um ihre Befreiung gekämpft haben, klebt, muß sich die Arbeiterschaft scharen und an Stelle dieser kapitalistisch-monarchistischen Scheinrepublik proletarische Räterepublik erkämpfen.

Genosse Kasper entrollt bei seinen Schlußausführungen eine rote Fahne, schwenkt diese unter ungeheurem Wutgeheul der ganzen bürgerlichen Meute hin und her und ruft: Für dieses Banner im Zeichen von Sichel und Hammer werden wir kämpfen bis zur Niederringung der kapitalistischen Republik und der Errichtung der proletarischen Diktatur!

Nach weiterer unwesentlicher Debatte vertagte sich der Landtag auf Freitag, den 14. Oktober, 11 Uhr. Tagesordnung: „Die preußische Besoldungsordnung."

Aus dem Strafrechtsausschuß

Der Versuch und der Rücktritt vom Versuch

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags setzte am 11. und 12. Oktober die Beratung des § 26 über den Versuch fort. Selbst den beiden Berichterstattern, dem Wirtschaftsparteiler Hampe und dem ominösen Volksparteiler Emminger gehen die neuen Kautschukbestimmungen der neuen Regierungsvorlage viel zuweit. Sie fanden nur völlige Billigung bei dem Zentrum und den Deutschnationalen, die die Allmacht monarchistischer Klassenrichter absolut gestalten wollen. Genosse Koenen begründet hierzu eine Reihe von Abänderungsanträgen. Einer dieser Anträge fordert, daß ein Versuch, der schon wegen der Art des vom Täter ausersehenen Mittels oder Gegenstandes überhaupt nicht zur Vollendung führen kann, straflos sei.

In der langen, ausgedehnten Debatte, die sich hauptsächlich um die objektive und subjektive Versuchstheorie dreht, zeigte Genosse Koenen nochmals die Gefahren auf, die bei der Anwendung der allgemeinen Versuchsbestimmungen auf die Vorbereitung zum Hochverrat, die mit Zuchthausstrafe bis zu 10 Jahren bedroht ist, für das Proletariat erwachsen könne. Darauf erklärte der Ministerialdirektor Dr. Bumke und der Wirtschaftsparteiler Dr. Hampe, daß bei Vorbereitung zum Hochverrat ein Versuch überhaupt nicht in Frage komme.

In der Abstimmung wurden die vorliegenden Anträge der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten, die die Willkür der Gerichte in der Strafverfolgung einschränken wollten, vom Bürgerblock abgelehnt. Annahme fand mit demselben Stimmenverhältnis ein Antrag Schulte (Zentrum), der eine unbedeutende Einschränkung gegenüber der Vorlage bringt. Der ganze neue § 26 wurde mit 13 gegen 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen (des Volksparteiler Dr. Wunderlich und der beiden Wirtschaftsparteiler Dr. Hampe und Drewitz) angenommen.

Im Anschluß daran wurde in die Beratung des § 27 (Rücktritt vom Versuch) eingetreten. Genosse Koenen begründete hierzu in längeren Ausführungen die kommunistischen Anträge. In der Fassung der Vorlage sei dieser Paragraph der Schutzparagraph für die agent provocateurs und Verräter. Die kommunistischen Anträge verfielen selbstverständlich der Ablehnnug, auch durch die SPD. **Die Bourgeoisie braucht ihre Kronzeugen und will diese unter allen Umständen schützen. Abgelehnt wurde auch der abgeschwächte Antrag der SPD. und darauf der ganze Paragraph in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.**

Die Kampagne für die Rettung der Pfeffersäcke-Koalition

Die SPD.-Presse im Reiche führt eine systematische Schwindelkampagne, um die feststehende Absicht ihrer Hamburger Organisation, die Arbeitermehrheit nach den Senatswahlen nur zur Stärkung ihrer Parteiposition in der Koalition auszunutzen, vor den Arbeitern zu vertuschen.

So ziemlich jede SPD.-Zeitung im Reiche unterschlägt das Angebot unserer Bezirksleitung an der Wasserkante, auf Grund der einfachsten Arbeiterforderungen die Bildung eines sozialdemokratischen Senats zu ermöglichen und ihn zu stützen, inwieweit und solange er die durchaus erreichbaren Mindestforderungen der Arbeiter erfüllt. Einzelne SPD.-Blätter, wie z. B. die „Volksstimme", das Hörsing-Organ in Magdeburg, teilen die Tatsache des Angebotes mit. Sie lügen aber dazu, „die kommunistischen Forderungen sollen so gestellt werden, daß die Sozialdemokratie ablehnen muß". Das zeige, daß „der kommunistische Stimmengewinn völlig wertlos ist, daß es sich um verlorengegangene Stimmen (!) handelt", eine „ersprießliche Linksregierung" sei trotz einer Linksmehrheit nicht möglich, „solange man sich auf einen Bundesgenossen stützen muß, der die verkörperte Hinterhältigkeit ist". Die „Leipziger Volkszeitung" druckt sogar das in Hamburg als Sinowjew-Brief verbreitete Schwindelflugblatt der „Opposition" ab, obgleich sie wissen muß, daß es in Hamburg weder einen ultralinken „Jansen" (den „Unterzeichner"), noch die unterzeichnete „Hansadruckerei" gibt, daß vielmehr ein glatter Wahlschwindel vorliegt, den aufzudecken von unserer Partei in Hamburg bereits vor Gericht Schritte unternommen wurden.

Wieder andere SPD.-Blätter, z. B. die „Volkswacht"-Essen, bringen „Enthüllungen" über einzelne Reichsbannerleute, die die „KPD. als Reichsbanner-Opposition aufmarschieren ließ" (in Stuttgart, wo am Frontkämpfer-Treffen tatsächlich eine starke Reichsbanner-Delegation teilnahm, was die SPD. nicht leugnen kann), und „gratuliert zur Einheitsfront mit solchen Leuten".

Alles dies ist ein ganz durchsichtiges Manöver, das keinen Arbeiter täuschen wird.

In Hamburg stehen 90 SPD.- und KPD.-Mandate 70 bürgerlichen gegenüber. Die Arbeiter verlangen die Ausnutzung dieser Mehrheit im Interesse der proletarischen Klasse. Die KPD. bietet ihre Hand dazu; sie hält es für ihre revolutionäre Pflicht, auch den nach den traurigen Erfahrungen der deutschen Revolution so wenig aussichtsreichen Versuch zu unternehmen, gestützt auf die 850 000 KPD.- und SPD.-Wähler, der SPD. Gelegenheit zu geben, in den beschränkten Möglichkeiten, die ein sozialdemokratischer Senat in der bürgerlichen Republik bietet, zu zeigen, ob sie überhaupt Arbeiterinteressen vertreten kann und will!

Die Alt-Sozialisten im Schlepptau des Bürgerblocks

(Eig. Drahtm.) **Dresden, 14. Oktober.**

Gestern fand hier die Wahl des zweiten Bürgermeisters statt. Mit 38 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Aufwertungs-Parteiler wurde der Sozialdemokrat Dr. [illegible]hrer zum zweiten Bürgermeister gewählt. 37 Stimmen der Bürgerlichen und **Alt-Sozialisten** fielen auf den volksparteilichen Stadtrat **Köppen.**

Der Stahlhelm fühlt sich eins mit den SPD.-Führern

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 14. Oktober.**

Im Leitartikel des „Stahlhelm" vom 6. Oktober wird u. a. folgende Anerkennung an die Gratulanten zu Hindenburgs Geburtstag ausgesprochen:

„Herr Loebe und Hörsing haben in gewählten Worten gratuliert. Herr Noske hat einen ausgezeichneten Artikel geschrieben: „Die Rückführung der Armee", bei dessen Lektüre man sich wundert, daß der Oberpräsident von Hannover noch nicht die Mitgliedschaft beim Stahlhelm beantragte."

Es ist hinzuzufügen, daß in der nächsten fünftägigen Reichstagssession die Uebernahme der Standbilder Eberts und Hindenburgs in den großen Wandelhallen des Reichstags erfolgen soll. Die feierliche Rede soll Loebe halten.

Major Buchrucker, der Führer des Küstriner Putsches, der jetzt von Hindenburg begnadigt worden ist, hat an der Seite seines früheren Festungskumpanen und ehemaligen Polizeipräsidenten von Berlin, Traugott v. Jagow, eine leitende Stelle im pommerschen Landbund übernommen.

Nachdem der Brauereiarbeiter-Schiedsspruch mit überwältigender Mehrheit von der Arbeiterschaft abgelehnt wurde, haben ihm die Brauereiunternehmer zugestimmt und seine sofortige Verbindlichkeitserklärung beantragt. Der Schlichter hat die Parteien zu den letzten Verhandlungen für Freitag mittag 12 Uhr geladen.

Vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin fand eine Einigung zwischen den Angestellten und der Berliner Omnibusgesellschaft statt.

Der Sitz der Amsterdamer Internationale soll verlegt werden. Anfang Januar soll darüber die Entscheidung gefällt werden.

Der mexikanische Senat stimmte der Verlängerung der Amtsdauer des Präsidenten der Republik auf sechs Jahre zu.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0002

Abschluß des englischen Parteitages der KP.

Der letzte Sitzungstag des 9. Parteitages der Kommunistischen Partei Großbritanniens hatte folgenden Verlauf:

Genosse Stewart legte die Resolution über den Imperialismus vor, die die Gleichheit der Interessen der Arbeiter Großbritanniens und der Kolonien gegen den Imperialismus und die Notwendigkeit hervorhebt, die Arbeiter von den imperialistischen Illusionen freizumachen, die das Ergebnis des viele Generationen alten imperialistischen Monopols sind. Die Partei muß die Liga gegen den Imperialismus aktiv unterstützen und den Aufbau starker Arbeiterbewegungen in den Kolonien vollziehen. Die unmittelbaren Aufgaben sind der unaufhörliche Kampf gegen die britische Intervention in China, der Kampf für vollständige Unabhängigkeit Indiens und der Kampf um enge Beziehungen zwischen den Gewerkschaften Großbritanniens und Indiens.

In einer zugeführten Diskussion wurde die Wichtigkeit der Einheitsfront und der Entwicklung eines linken Flügels aufgezeigt und die Aufgabe der Partei hervorgehoben, Massendemonstrationen der Arbeiter im Namen der Partei gegen die Baldwin-Regierung und für eine Arbeiterregierung zu leiten.

Genosse Horner legte die Thesen über die Gewerkschaftsbewegung vor. Die Resolution verweist darauf, daß das Hauptziel die Abwehr der neuen Offensive gegen die Löhne, die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen zu sein hat. Diese Abwehr ist die Aufgabe der Partei, da die reformistischen Führer für wirtschaftlichen Burgfrieden eintreten. Die unmittelbaren Aufgaben sind die Organisierung des Widerstandes gegen die kapitalistische Offensive, die Wiederbelebung des Anglo-Russischen Komitees und auch die Organisierung anglo-russischer Berufskomitees der Bergarbeiter, Transportarbeiter usw.

Ein Dawes-Abkommen für Polen

(Eig. Drahtm.) **Warschau**, 13. Oktober.

Heute wurde zwischen dem Vertreter eines amerikanischen Bankkonsortiums und dem Finanzminister ein Anleihevertrag in Höhe von 71 Millionen Dollar unterzeichnet. Das Anleiheabkommen der Piłsudski-Regierung entspricht in seinen Grundzügen dem deutschen Dawes-Abkommen.

Die Konterrevolution in Mexiko geschlagen

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 13. Oktober.

Wie aus Neuyork gemeldet wird, ist das Rebellenheer des Generals Gomez im Kampfe mit den mexikanischen Regierungstruppen völlig geschlagen worden. General Gomez und Almada soll es gelungen sein, mit 50 Mann zu entkommen.

Neue Niederlagen der Schansi-Truppen

(WTB.) **London**, 13. Oktober.

In London eingetroffenen Berichten zufolge hat Tschangtsolins Heer am Montag die Schansi-Streitkräfte bei Wangtiu, südwestlich Kauting, geschlagen. An der Kalgarfront, wo Jenseischang, der Militärgouverneur der Schansi-Provinz, Peking bedrohte, sind Tschangtsolins Truppen, wie gemeldet wird, bis auf die Höhen vorgedrungen, die Suanhsau beherrschen. Diese Stadt ist jetzt von den Schansi-Streitkräften geräumt worden.

Amnestie zum zehnjährigen Oktoberjubiläum

Die Regierungsorgane der USSR. arbeiten gegenwärtig an dem Entwurf einer Amnestie, die am 10jährigen Oktober-Jubiläum erfolgen wird. Sie wird sich ausschließlich auf Verurteilte und Gefangene aus der Arbeiter- und Bauernschaft erstrecken.

Der Entwurf sieht eine völlige Erlassung der Strafe an alle diejenigen vor, die zu Freiheitsstrafen von nicht über einem Jahre verurteilt sind.

Auch wird beabsichtigt, denjenigen Personen die Strafe zu erlassen, die schwerer Verbrechen schuldig sind, sie jedoch infolge schwerer materieller oder Lebensbedingungen begangen haben, da sie nicht als sozialgefährliche Elemente betrachtet werden können.

Auch die Frage der Anwendung des „Höchstmaßes des sozialen Schutzes", d. h. der Erschießung, wird einer Neubearbeitung unterzogen werden.

Bäuerlicher Siedler in der Bauerndelegation

Nach einer uns zugegangenen Mitteilung, wurde der Landwirt Heckermann vom Ansiedler-Siedlerbund, dessen Vorsitzender Heckermann ist, zur Teilnahme an der Bauern-Rußland-Delegation bestimmt. Die Reisekosten trägt der Bund. In dem Ansiedler-Siedlerbund sind hauptsächlich die aus Polen usw. vertriebenen und in Deutschland auf Siedlerstellen von 30 bis 60 Morgen Land wieder angesiedelten Landwirte organisiert. Bei diesen bäuerlichen Siedlern besteht größtenteils der Wunsch, nach Rußland übersiedeln zu können, da sie in „ihrer Heimat" bei der famosen Flüchtlingsfürsorge meist in großem Elend leben müssen.

Soll Lindner wie ein Stück Vieh verrecken?

Eine Frage an die SPD.-Führer — von ihnen selbst gestellt

(Eig. Meldg.) **Leipzig**, 13. Oktober.

Die „Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht in ihrer Nr. 238 einen großen Artikel „Arco und Lindner". Dieser aus München stammende Artikel stellt zunächst eine flammende Anklage gegen die bayrische Klassenjustiz dar und fordert Gerechtigkeit für Lindner. Der Artikel schließt mit den bezeichnenden Sätzen:

Soll Lindner das Schicksal von Hagemeister erleiden und wie das nächste Stück Vieh verrecken?

Scheidemann hat sich öffentlich für die Begnadigung seiner rechtsradikalen Attentäter eingesetzt.

Von Auer hat man im Falle Lindner nichts dergleichen gehört.

Dieser Artikel gibt also dem SPD.-Parteigenossen eine kräftige Backpfeife und nageit zugleich fest, daß Scheidemann für Faschisten ein viel weicheres Amnestie-Herz übrig hat. Nun zeigt sich aber, daß der gleiche Artikel bereits einen Tag vorher in der Wiener „Arbeiterzeitung" vom 10. Oktober 1927 abgedruckt wurde. Und dabei stellt sich heraus, daß die „Leipziger Volkszeitung" die Schlußsätze dieses Artikels gestrichen hat, weil sie nämlich aufzeigen, woher plötzlich die Sozialdemokraten ihr warmes Herz für den bis zum Wahnsinn gefolterten Revolutionär Lindner entdeckt. Denn der Schluß lautet so:

„Von Auer hat man im Falle Lindner nichts dergleichen gehört. Da ist es bei der Unterzeichnung einiger Gnadengesuche geblieben, die in den Papierkorb wanderten und so lange wandern werden, bis nicht ein überall vernehmbarer Schrei nach Gerechtigkeit auch für Lindner ausgestoßen wird.

Das Verhalten Auers ist menschlich um so unverständlicher und politisch um so kurzsichtiger, als sich die bayrische Regierung den internationalen Spaß leistet, durch die Nichtbegnadigung Lindners die linksradikalen Teile der Arbeiterklasse neuerdings gegen Auer und die Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bayern aufzuhetzen und so die Kluft zu erweitern, die das Proletariat schwächt.

Damit wird also unfreiwillig am Schluß eingestanden, daß sich in den Kreisen der klassenbewußten Arbeiterschaft eine wachsende Empörung gegen die sozialdemokratischen Führer breit macht, die durch das Verhalten Scheidemanns gegen die Faschisten neue Nahrung erhielt. Deshalb schimpft man auf den sonst sehr ehrenwerten Genossen Auer, weil er nicht durch einen klugen Schachzug, nämlich durch eine großmütige „Verzeihungsgeste" à la Scheidemann die Erregung der Arbeiterschaft besänftigen und niederschlagen will. Die ganze Aktion der rechten und der „linken" SPD.-Führer enthüllt sich hier ziemlich klar: es ist ein parteipolitisches Manöver, um die Massen bei der Stange zu halten, im Grunde handelt es sich weniger um die wirkliche Freilassung der proletarischen revolutionären Gefangenen.

Ein Schlag ins eigene Gesicht

Die SPD. entlarvt ihren Verrat an den proletarischen Klasseninteressen

(Arbeiterkorrespondenz)

Im „Volksboten" vom Montag, dem 10. Oktober, lese ich mit Erstaunen folgende Zeilen zu den Erschießungen der konterrevolutionären Generale in Mexiko:

„Wir lehnen es trotz unserer prinzipiellen Gegnerschaft gegen die Todesstrafe ab, die Maßnahmen der mexikanischen Regierung auch nur im geringsten zu verurteilen. **Vielleicht wäre es um die deutsche Republik heute besser bestellt, wenn auch bei uns nach der Revolution in den Fällen, die es erforderten, gegen die Aufrührer ebenso entschieden vorgegangen worden wäre, wie es jetzt in Mexiko geschehen ist.** Jedenfalls ist das mexikanische Verfahren mindestens angebrachter als jene bei uns angewandte Methode, die schließlich zu dem **himmelschreienden Skandal** geführt hat, daß der Putschist Lüttwitz es fertig brachte, auf dem Klagewege **seine Pension zu fordern und sogar erhalten konnte!** Ganz unsere Meinung."

Auch das „Volksblatt" bringt diese Sätze des Sozialistischen Pressedienstes. Diese vorbehaltlose Billigung der Terrormaßnahmen der mexikanischen Regierung steht im schroffsten Widerspruch zu dem, was die Sozialdemokratie aller Länder anläßlich der Erschießung der 20 Konterrevolutionäre durch die Sowjetunion geschrieben hatte. Aber die SPD. lügt, wenn sie schreibt, sie sei gegen die Todesstrafe überhaupt. Die Erschießung tausender revolutionärer Arbeiter in den Revolutionsjahren in Deutschland, wie auch vor kurzem in Wien, haben die Sozialdemokraten auf dem Gewissen. Der Spartakus-Bund, der den roten Terror in diesen Jahren durchführen wollte, um die Revolution siegreich zu beenden, wurde durch Mord und Verleumdung ebenfalls seiner besten Führer beraubt.

Das Ungeheuerliche ist, daß die SPD. neben allen radikalen Tönen den Klassenterror der Bourgeoisie billigt, den politisch notwendigen Terror der Arbeiterklasse im Kampfe gegen seine Klassenfeinde aber ablehnt. Diese erbärmlichen Kapitalistenknechte sind somit die schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft!

Wie sieht es nun mit dem „Wahlsieg" der Deutschnationalen in Wirklichkeit aus? Zwar haben sie gegenüber den letzten Bürgerschaftswahlen vom 26. Oktober 1924 rund 8000 Stimmen gewonnen, gegenüber den Reichstagswahlen im Mai desselben Jahres aber einen Verlust von 23 000 Stimmen. Wenn die Deutschnationalen willens sind, die Stimmen der Wirtschaftspartei, der Gewerbetreibenden und Mittelstandspartei, die zusammen 27 000 betragen, auf ihre Fahne zu heften, so lassen wir ihnen das Vergnügen. Schlagen ihnen aber vor, dann gleich sämtliche bürgerliche Stimmen als für sie abgegeben zu betrachten.

Völkische Gauner treten auf den Plan

Zu dem Gerümpel von Parteien, über das der Massenschritt der Millionen achtlos hinwegschreitet, zählt auch die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei". Monate hindurch ist diese „Partei" von der politischen Bildfläche absolut verschwunden gewesen. Kein Mensch hörte und sah etwas von ihr. Kommen jedoch einmal Wahlen, dann treten die „teutschen Helden" mit einer gewissen Todesverachtung auf den Plan. Ihr Ziel ist Stimmenfang! Die ungeheuren Summen, die ein Wahlkampf verschlingt, bezahlen ja die Kapitalisten. Darum sind die Flugblätter, die die Völkischen herausgeben, auch von einer Flut von Schimpfworten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und deren Führer erfüllt.

Wir bekommen ein solches Flugblatt, das einen Appell an die Dummheit enthält, in die Hände. O, du armes Deutschland! Der Sinn der aufgestellten Parolen wirkt geradezu humoristisch. Sozialistisch-pazifistisch-reformistische Gedankengänge sind mit nationalistisch-putschistischen Phrasen vermengt — wie Kraut und Rüben.

Im Schluß ihres Flugblattes lagen die Völkischen der Dummheit und Feigheit den Kampf an. Wir raten ihnen, da zuerst in den eigenen Reihen zu beginnen.

„Vater, vergib ihnen . . ."

Ueber die Prinzipienlosigkeit der bürgerlichen Parteien liefert eine Korrespondenz folgendes schöne Beispiel:

„Ein typisches Beispiel für die in der Wirtschaftspartei (aber nicht nur dort!) bestehende Zerfahrenheit (?) war die Abstimmung im Reichstag über Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Bei sechs namentlichen Abstimmungen nahm die Fraktion folgende Haltung ein:

Erste Abstimmung: 11 ja, 9 nein, 0 enthalten.
Zweite Abstimmung: 18 ja, 1 nein, 1 enthalten.
Dritte Abstimmung: 0 ja, 19 nein, 1 enthalten.
Vierte Abstimmung: 7 ja, 11 nein, 0 enthalten, 2 überhaupt nicht abgestimmt.
Fünfte Abstimmung: 0 ja, 8 nein, 10 enthalten, 2 überhaupt nicht abgestimmt.
Sechste Abstimmung: 0 ja, 0 nein, 19 enthalten, 1 überhaupt nicht abgestimmt.

Das war also die Entscheidung der Gesamtfraktion einschließlich der Bayrischen Bauernbündler und der Weisen. Aber auch die Abstimmung der elf ausgesprochenen Wirtschaftsparteiler hatte ein eigenartiges Ergebnis. Sie stimmten:

Erste Abstimmung: 2 ja, 9 nein.
Zweite Abstimmung: 10 ja, 1 nein.
Dritte Abstimmung: 0 ja, 1 nein, 10 enthalten."

Politische Randbemerkungen

Wie die deutschnationale Presse ihre Leser bemogelt

Die „Deutsche Tageszeitung" hat trotz des katastrophalen Ausganges der Hamburger Wahlen den Sinn für gesunden Humor noch nicht verloren. Quietschvergnügt über den „Erfolg" der Deutschnationalen schlägt das Leib- und Magenblatt Westarps folgenden Purzelbaum. Es schreibt:

„Das Anwachsen der deutschnationalen Stimmen, das in Wirklichkeit noch stärker ist, als die Ziffern aufweisen, da die Wirtschaftspartei früher in der Bürgerschaft nicht vertreten war, sich aber zum größten Teile schon aus dem Rechtslager rekrutierte, zeigt, daß man in staatsbürgerlichen Kreisen Hamburgs die Gefahr der Koalitionsregierung mit der Linken zu erkennen beginnt und dadurch die einzig richtige Konsequenz einer energischen Rechtswendung zieht."

Der Gefangene von Potsdam

62)

Von Heinrich Wandt

Copyright 1927 by Agis-Verlag / Wien-Berlin

Alle Rechte, besonders die des Nachdrucks und der Uebersetzung vorbehalten

Aber er ließ mich jetzt wissen, daß er sich inzwischen wieder ein Exemplar von Rüdigers „Flamenpolitik" beschafft habe, und nun zeigte er mir das Faksimile des Schriftstückes, das durch meine Hilfe in jenes Buch gelangt sein soll. Es handelte sich um das sogenannte Dokument Debeuckelaere, das den folgenden Wortlaut hat:

„Nachrichtenoffizier" A. H. Qu., den 24. 9. 1918.
A. O. K. A.
B. Nr. 6910. Geheim!
Belgische Armee.

Sonderverhandlung
eines gefangenen Korporals vom J. R. 22.

1. Armee-Division, 1. Infanterie-Division gefangen genommen am 18. 9. 18 bei eigenem Unternehmen bei Kippe über

die aktivistische Frontpartei im belgischen Heere.

Der Gefangene, Dr. phil. Adiel Debeuckelaere, ist der Obmann der aktivistischen Frontpartei im belgischen Heere; er ist 30 Jahre alt, im Zivilberuf Professor am Athenäum zu Gent.

Die Organisation dieser Frontpartei wird in allen Punkten bestätigt wie in Sonderverhandlung N. D. 4 B. Nr. 2616 vom 4. 5. 18.

Die Abgesandten der Frontpartei vom Mai d. J.

Von den damals erschienenen vier Ueberläufern hatte nur der Korporal Charpentier einen förmlichen Auftrag von der Frontpartei. Der Krankenträger Halaert und der Korporal Torteele gingen als Wegführer mit, während De Schaepdrijver gegen den Willen der Frontpartei mitkam, wie damals bereits gemeldet wurde.

Auftrag der Abgesandten.

Charpentier hatte den Auftrag, das Einverständnis der deutschen Militärbehörde vorauszusetzt, mit einer Reihe ihm namentlich bekannter Flamenführer, wie Professor Dossel, Dr. Depla u. a. im besetzten Belgien Rücksprache zu nehmen; diese Flamenführer sollten den Aktivisten in Belgien mit der Prüfung, ob ein Zusammengehen der Aktivisten mit der Frontpartei möglich sei; Charpentier sollte darüber an die Frontpartei berichten, gleichzeitig auch vom besetzten Gebiet aus eine Propaganda an der belgischen Front im Sinne der Frontpartei entfalten.

Berichterstattung der Abgesandten.

Für den Beweis der Echtheit des Charpentierschen Berichtes waren gewisse Vorstellungen in dem Text des Berichtes vereinbart worden, welche nur dem Obmann der Frontpartei bekannt waren. (Die Kennworte waren hier bekannt. N. O.) Würde der Bericht günstig ausfallen und ein Zusammengehen möglich erscheinen, so sollten andere Abgesandte mit weitergehenden Vollmachten über die Front geschickt werden.

Dieser Bericht Charpentiers ist aber nicht in den Besitz des Obmannes der Frontpartei gelangt; aus diesem Grunde ist die Absendung der zweiten Abordnung, die schon namentlich bestimmt war, unterblieben.

Propaganda der Abgesandten.

Hinsichtlich der durch Charpentier an der Front entwickelten Propaganda war sich die Frontpartei nicht unbedingt im klaren darüber, ob es sich um authentische Schriften von Charpentier handelte; insbesondere hielt man es für möglich, daß der temperamentvolle De Schaepdrijver seine eigenen Artikel unter dem Namen Charpentiers erscheinen lassen würde.

Im großen und ganzen gingen diese Artikel über das Maß dessen hinaus, was die Frontpartei an Propaganda für zweckmäßig hielt.

Der Standpunkt der Frontpartei sei weniger eine Betonung des Defaitismus als vielmehr eine Betonung der flämischen Sache.

Bei der Propaganda Charpentiers sei aber die flämische Frage gegenüber dem Defaitismus in den Hintergrund getreten.

Wirkung der Propaganda

Zweifellos habe diese Propaganda einen großen Eindruck gemacht, und es sei das Ueberlaufen geschlossener Verbände in Frage gezogen worden. Weil man aber nicht wußte, ob ein Einvernehmen mit den Aktivisten im besetzten Belgien zustande gekommen war und vor allem weil die Aeußerungen von amtlicher deutscher Seite nicht klar erkennen ließen, daß Deutschland gewillt sei, Belgien seine Selbständigkeit zu lassen, habe die Frontpartei schließlich weiteres Ueberlaufen verboten.

Neues von der Frontpartei

Der Ausbau der Frontorganisation habe weitere Fortschritte gemacht, trotz der großen Gegenwirkung seitens der Regierung.

Die Regierung sei sich der Macht der flämischen Bewegung wohl bewußt. Sie suche durch scheinbare Zugeständnisse die Flamen zu beschwichtigen, beharre aber in allen prinzipiellen Frage auf ihrem ablehnenden Standpunkt.

Eine Einigung zwischen Regierung und Frontpartei, für die sich van Cauwelaert (Rechtsanwalt aus Antwerpen, geistiger Führer der Passivisten, seinerzeit in Holland) bei seinem Besuche an der belgischen Front Anfang August dieses Jahres vergeblich eingesetzt habe, hält Dr. D. für ausgeschlossen. Auch bei der englischen Regierung habe van Cauwelaert eine Ablehnung erfahren.

Der Gefangene, dessen Stellung als Obmann der Bewegung der belgischen Regierung bekannt war, obwohl sie es ihm nicht nachweisen konnte, war zu den Verhandlungen im Ministerium in le Havre mit van Cauwelaert zugezogen worden, und es gelang ihm daselbst nach den ergebnislosen offiziellen Besprechungen, van Cauwelaert von der Berechtigung der Forderungen der Frontpartei zu überzeugen.

Künftige Politik der Frontpartei

Hält also Debeuckelaere eine Verständigung mit der belgischen Regierung für ausgeschlossen, so erscheint ihm andererseits eine Zusammenfassung der drei flämischen Hauptrichtungen, der Frontpartei, der Passivisten und der Aktivisten im besetzten Belgien möglich.

Als Endziel der Politik der Frontpartei bezeichnet Gefangener die Errichtung eines selbständig verwalteten Flanderns innerhalb eines freien Belgiens, und die Herbeiführung eines Verständigungsfriedens zwischen diesem Belgien und Deutschland. Die Grundlage hierfür sei eine bündige Erklärung seitens der deutschen Regierung über die Freigabe und Schadloshaltung Belgiens nach dem Kriege.

Mit dem Augenblick, in dem hierin eine befriedigende Lösung erzielt sei, entfalle für Belgien jeder Grund zur Fortsetzung des Krieges, und die belgische Armee sei entschlossen, dann diesen Krieg auch nicht einen Tag länger zu führen.

Die belgische Regierung würde aufgefordert werden, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten, widrigenfalls die belgische Armee auf eigene Verantwortung handeln, mit anderen Worten geschlossen auf die deutsche Seite übertreten würde. Die belgische Armee sei hierbei überzeugt, die Mehrheit des belgischen Volkes hinter sich zu haben. Auch von den Wallonen an der Front vertrete der weitaus größte Teil diese Auffassung.

Der Gefangene hält es nicht für ausgeschlossen, daß eine solche Aktion des belgischen Heeres und Volkes den Anstoß zu einer allgemeinen Verständigung zwischen den Kriegführenden geben könnte.

Es sei kein Zweifel darüber, daß die großen Massen aller kriegführenden Nationen, auch in Frankreich und England, lieber heute als morgen dem Kriege ein Ende machen würden.

Aber nicht allein das, es bestehe in England tatsächlich eine einflußreiche Strömung zugunsten einer baldigen Verständigung, weil man erkannt habe, daß mit jedem Tage eine Verschiebung des weltwirtschaftlichen Schwerpunkts von England nach Amerika unvermeidlicher wird.

Heute hätten überall in den Entente-Staaten die Regierungen noch das Uebergewicht; wenn es aber gelinge, zu beweisen, daß es Deutschland mit dem angebotenen Verständigungsfrieden ernst sei, und Belgien auf diese Weise aus der Reihe der Kriegführenden ausscheidet, so könnte dadurch ein Anwachsen der in jedem kriegführenden Lande bestehenden Friedensströmungen entstehen, dem die imperialistischen Regierungen nicht länger mehr gewachsen wären.

(Fortsetzung folgt.)

A3/C3/B3/D4/A4/C4/B4/D3/A3/C3/B3/D2/A2

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0003

Geschäftsverlegung!

Meiner sehr geehrten Kundschaft
zeige ich ergebenst an, daß ich mein

Damenputzgeschäft

von Rannischestraße 2,
vis à vis nach Rannischestr. 20/21
(Nähe Alter Markt) verlege 2843

Eröffnung

Sonnabend, den 15. Oktober, nachm. 3 Uhr

Halle a. S. **A. Wiedekind**

Stadt-Theater

Heute 2851
Freitag, 20 Uhr
Die Opernprobe
hierauf:
Der Tugendwächter
Sonnabend 20 Uhr
Die Macht
des Schicksals

Walhalla

Vorletzter Tag
Gastspiel
Cilly de Rheidt
mit Ensemble
(20 Personen)
Vom 16. b. 31. Oktober
Zauberschau Kaßner
und das erstklassige Varieteeprogr. mit
Rudolf Mälzer
und weiteren Attraktionen
Sonntag, den 16. Oktober
2 Große Vorstellungen **2**
nachmittags 3½ Uhr kleine Preise. Kinder die Hälfte. Abends 8 Uhr gew. Preise
Tageskasse ab 11 Uhr

Petr.-Heizofen billig zu verk. Uhlandstr. 6, II, l. (vorm. 10–1)

In Geschmack und Bekömmlichkeit bester Molkereibutter gleich, an Wirtschaftlichkeit ihr weit überlegen, ist die Feinkostmargarine „Blauband". Sie sollte in keinem gut geführten Haushalt mehr fehlen!

Blauband frisch gekirnt

½ Pfund 50 Pfennig.

Volkspark

Sonnabend und Sonntag
Großes
Oktoberfest
Stimmung Stimmung
Spezialität:
Eisbein mit Sauerkraut

Winterkartoffeln

Gelbfleischige Industrie, Odenwälder Salatnieren und andere Sorten, ab Lager und frei Haus 2471

S. Herdan,
Eichendorff-Str. 9 Tel. 25788 Gegr. 1894

Max Zaubitzer

Roßschlächterei, Steinweg Nr. 5
empfiehlt laufend:
Bestes holstein. Mastroßfleisch
Lenden, Rouladen, Braten- und Kochfleisch, alle Sorten Ia Wurstwaren und täglich frische Brühwurst
Im Restaurant gepflegte Biere und diverse Speisen

Rolands Sonder-Angebot

Nie wieder so günstig!

Einheitspreis

Dame grau Spange mit Einsatz grau Zug, beige Zug u. Lackspange

nur **8⁹⁵**

Herren-Halbschuh 8,95
Herren-Halbschuh braun .. 9,80
Herr.-Halbsch. br. Gummisohle 15,90

Lack **12⁹⁵**

Kamelhaar und Filz in allen Preislagen sehr billig

Schuh-Roland
Steinweg 19
gegenüber Jakobstraße

Beesen — Ammendorf

„Broihanschenke"
Sonntag, den 16., und Montag, den 17. Oktober, von nachmittags 3 Uhr an:
Gr. Kirmesball
Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt
Es ladet freundlichst ein Der Wirt
— Belustigungen aller Art am Platze —

Pelzwaren!

Pelzmäntel, Pelzjacken
vom einfachsten bis elegantesten
Pelzkragen und Muffen
Fuchs ist Mode!
Echte Weiß-, Silber- u. Blaufüchse, nordische Rotfüchse, Kreuzfüchse, Wölfe, Schakale usw.
Pelzumarbeitungen
prompt, sauber und preiswert in eigener Werkstatt 2841
Herrenhüte
Joh. J. Kaliga
Kürschnermeister
Halle a. S., Gr. Klausstr. 35

Astoria-Lichtspiele Bitterfeld

Wir haben keine Kosten gescheut und bringen
etwas ganz Besonderes
ab Freitag, den 14. Okt., bis Montag, den 17. Okt.
den mehrfach verbotenen, nunmehr aber
von der Zensur freigegebenen stärksten aller Sittenfilme

Das Frauenhaus von Rio

nach dem bekannten Roman
Plüsch und Plümowski von Norbert Jacques

Wissen Sie, daß täglich unschuldige junge Mädchen, durch versprechende Angebote nach dem Auslande gelockt werden, um dort in die Hände von gewissenlosen Mädchenhändlern zu geraten und dann, hilflos und elend, in Sumpf und Schande unterzugehen. Das alles schildert in packender Weise
Das Frauenhaus von Rio

Eine Warnung für alle jungen Mädchen!
Ein Mahnruf an Väter und Mütter!
Der gewaltigste Sittenfilm der Zeit!

Ferner spielen wir den an komischen und verzwickten Scenen reichen 6 aktigen Lustspielschlager

Prinz auf 24 Stunden

sowie ein gut gewähltes Beiprogramm

Beginn täglich 6 Uhr Sonntags ½5 Uhr
Sonntags ½3 Uhr: Große Jugendvorstellung

Das beliebte Familienkino

Billige Angebote

in nur guten 2854
bestbewährt. Qualitäten

Gestreifte Neuleder Hosen	3,75 4,75 5,50 6,07,50
Manchester-Hosen	6,50 7,90 8,75 9,50 10,50
Weiße u. karierte Maurer-Hosen	5,90 7,50 9,50 10,50
Blaue Arbeits-Jacken u. Hosen	2,75 2,90 3,50 3,90 4,40
Graue u. feldgraue Jacken u. Jacketts	2,90 3,75 4,40 5,50
Arbeits-Mäntel, weiß und farbig	3,75 4,40 5,75 6,50 7,75

Koch-, Kelln.-, Kondit.-Jacken sowie sämtliche Berufskleidung zu billigsten Preisen
Gustav Reinsch
jetzt nur Schmeerstr. 28
direkt neben J. Lewin

Schlafzimmer

in großer Auswahl kaufen Sie unter günstigsten Bedingungen auch gegen bequeme Teilzahlung, ohne besond. Aufschlag

Gemeinnützige Deutsche
Hausrat-Gesellschaft m. b. H., Leipzig
Zweigstelle Halle, Mittelstr. 5a
Fernruf Nr. 29820 [2352

Kirmes Kirmes

2811
Deutsches Haus, Beesen-Ammendorf
Sonntag, den 16. und Montag, den 17. Okt., von 3 Uhr an
Großer Kirmes-Ball
Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt
Karussell- und Volksbelustigungen aller Art
Es ladet freundlichst ein Hugo Schunke

Beesen-Ammendorf

Zur Halleschen Quelle
Sonntag, den 16. und Montag, den 17. Oktober, von 4 Uhr nachmittags
Großer Kirmes-Ball
ff. Gänse- und Hasenbraten
Volksbelustigungen aller Art am Platze
Es ladet ergebenst ein Otto Ochse

Arbeit.-Sängerchor Halle

Werte Sangesbrüder! Unsere nächste Übungsstunde findet am Montag, dem 17. Oktober im kleinen Saal des Volkspark statt Der Vorstand

---

Hermann Quandt

Lange Str. 21, Tel. 21156, Kl. Klausstraße 6 und Raffineriestraße 11 (Felsch)
empfiehlt diese Woche: 2849
pa. Fohlenfleisch
sowie prima
warme Würstchen
Stand auf dem Wochenmarkt

Dauerwäsche Hosenträger

billigst bei
M. Winkler
Glauchaerstr. 27.

Damentaschen

in Leder 466
sehr billig
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstr. 19
Lederwaren-Haus

Gebr. Sofa billig zu verkaufen. Streiberstraße 41, Hof, links

---

Legen Sie Wert

auf guten Sitz und Verarbeitung, dann kaufen Sie
Winter-Mäntel
Paletots
Anzüge
Joppen
bei 2842
Herm. **Bauchwitz** Nachf.
G. m. b. H.
Halle a. S. Markt 4 Tel. 22288

Klar!

Ich will auch bei Rudolf Zenk kaufen
Herrenhüte 4⁹⁰ an
Sportmützen 95 ₰ an
Clubmützen 2⁰⁰ an

Rudolf Zenk
Hüte — Mützen [2837
Große Klausstraße 1 (am Markt)
Merseburger Str. 161 (Nähe Riebeckpl.)
Achtung auf Namen und Adresse

Möbel, Küchen

naturlasiert und in allen Farben
Schlafzimmer
in großer Auswahl *2815
Wohnzimmer, Vertikos, Bettstellen
mit Patent- und Auflagematratzen
Alle Einzelmöbel zu sehr günstigen Teilzahlungsbedingungen
S. Osswald, Weißenfels
nur Gr. Kalandstraße 21

Wahlausschreiben

Die Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Querfurt in Querfurt findet am Sonntag, dem 27. November 1927, von 8 bis 12 Uhr, sowohl für die Arbeitgeber wie für die Versicherten statt.

Die Stimmbezirke und die Lokale, in denen gewählt wird, werden später bekanntgegeben.

Maßgeblich für die Abgrenzung der Stimmbezirke ist der Beschäftigungsort.

Zu wählen sind 5 Vertreter und 10 Ersatzmänner aus dem Kreise der Arbeitgeber und 10 Vertreter und 20 Ersatzmänner aus dem Kreise der Versicherten.

Die Wahlberechtigten werden hierdurch zur Teilnahme an dieser Wahl eingeladen und zugleich die in Frage kommenden Berechtigten aufgefordert, Wahlvorschläge einzureichen.

Die Wahl ist geheim und wird auf Grund von Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen von beteiligten Arbeitgebern oder von beteiligten Arbeitnehmern oder von Verbänden solcher Vereinigungen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorgenommen. Zur unmittelbaren Einreichung von Vorschlagslisten sind weiter berechtigt Arbeitgeber oder Versicherte, wenn sie dafür 30 bzw. 200 Unterschriften von Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe aufbringen.

Nur solche Wahlvorschläge werden berücksichtigt, die spätestens vier Wochen vor dem Wahltage bei dem unterzeichneten Kassenvorstand eingereicht sind. Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden. Die weiteren Wahlvorschläge liegen nach ihrer Zulassung vom 12. November d. J. bis zum Wahltage ebenfalls in den Geschäftsräumen der Kasse aus.

Kein Wahlberechtigter darf mehr als eine Vorschlagsliste unterschreiben.

Die Wählerliste kann bis zum Tage der Wahl in den Geschäftsräumen der Kasse eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens vier Wochen vor dem Wahltage unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Vorstand einzulegen.

Der Wahlausschuß ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen. Es empfiehlt sich daher, einen Ausweis hierüber (z. B. letzte Quittung über Zahlung des Kassenbeitrags, Bescheinigung des Arbeitgebers über die Mitgliedschaft und dergl.) zur Abstimmung mitzubringen. Eine weitere Benachrichtigung der Wähler findet nicht statt.

Alle weiteren auf die Wahlen sich beziehenden Bestimmungen ergeben sich aus der Satzung und der dieser angehängten Wahlordnung, die in den Geschäftsräumen der Kasse während der Dienstzeit zur Einsicht ausliegen.

Querfurt, den 11. Oktober 1927. *2801

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Querfurt in Querfurt.
Heinze, Vorsitzender.

Tafel-Margarine

Pfund-Würfel 80 75 62 52 ₰
Block-Schmalz schneeweiß, schnittfest, Pfund 80 ₰
Kokosfett ℔ 60 ₰
Zucker ℔ 30 ₰
Bohnen-Kaffee frisch, ¼ Pfund 120, 110, 100, 90, 80, 70, 60 ₰
Cremebruch
¼ Pfund ... 20 ₰
½ Pfund ... 38 ₰
Gemischt. Bonbons
¼ Pfund . nur 25 ₰
Hütchen-Pralinen
¼ Pfund . nur 40 ₰
Vollmilch-Schokolade 2573
3 Tafeln à 100 g 88 ₰
4 Tafeln
1 Vollmilch-Schok.
1 Speise-Schokol.
1 Kokosblockschok.
1 Fruchtcrem-Schok.
zusamm. nur 95 ₰
Sämtliche Kolonial-Waren preiswert und gut!
Merkel,
Zeitz, Roßmarkt 7

Lest u. werbt für den Klassenkampf

Wurzener Weizenmehl

1 Pfund nur 0,29 0,27 0,24 Mk.
10 Pfund nur 2,80 2,60 2,30 Mk.
Holsteinsche Margarine
1 Pfund nur 70 Pfennig
Frische Landeier Stück nur 0.14 M.
sowie alle Kolonialwaren billigst.
Lieferung frei Haus Halle
Otto Bornschein,
Halle, Mittelstraße 21. 2732

Billige Bezugsquelle

in Taschen-, Armband- u. Weckeruhren
Kolliers, Ringe
Armbänder.
Bestecke usw.
Spezialität: Trauringe (moderne Fassons) 333, 585, 750 und 900 gestempelt
Gravieren gratis!
Amand Weiss, Halle a. d. S., Kleinschmieden 6
gegenüber Alex Michel

Pelzbesätze

Veline	12,50
Nerzilla	10,00
Bleuté	11,50
Skunkskanin	4,80
Rehkid	11,50

Liebrecht(?)
An der Ulrichskirche
Leipziger Straße 97

Bekanntmachung

Der diesjährige Gallusmarkt wird vom 23. bis 25. Oktober d. J. abgehalten.
Der Krammarkt findet an diesen Tagen auf dem Marktplatz, der Viehmarkt am 24. d. M. auf dem Klosterplatz statt.

Beginn des Auftriebes nur von der Freistraße:
Pferde- und Rindviehmarkt 7 Uhr, Schweinemarkt 6 Uhr.

Beginn des Verkaufes:
Pferde- und Rindviehmarkt 8 Uhr, Schweinemarkt 7 Uhr.

Der Abtrieb hat in der Zeit von 1 bis 2 Uhr mittags zu erfolgen. Nebenmarktähnliche Veranstaltungen sind verboten. *2812

Eisleben, 10. Oktober 1927. Die Polizeiverwaltung.

Wo speise ich gut und billig?
im
„VOLKSPARK"
Burgstraße 27 Telephon 21107

Zuverlässiger Zeitungsträger

für Torgau gesucht
Meldungen beim Gen. Alfred Holzweißig, Spitalstraße 33

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

ATA
Henkel's
Scheuerpulver
in handlicher Streuflasche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0004

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 35 – Freitag, den 14. Oktober 1927

Die amerikanische Wirtschaftslage

Vor dem Ende der Hochkonjunktur? — und die deutsche Wirtschaft

In den Vereinigten Staaten bringt erfahrungsgemäß der September wegen der Vorbereitungen für den Herbst- und Winterbedarf eine merkliche Steigerung der Konjunkturtätigkeit. Tatsächlich hat aber in diesem Jahre eine Besserung der unter der Höhe des vergangenen Jahres stehenden Produktion nicht eingesetzt, vielmehr hat eher allgemein ein weiterer Rückgang stattgefunden.

Die Produktion der Stahlindustrie, die Juni 1927 einen stärkeren Rückschlag erhalten hat, und damals weit unter den Durchschnitt der Leistung 1926 gefallen war, ist im September erneut zurückgegangen. Ende September hat die Stahlproduktion etwa 65 Prozent der gesamten Leistungsfähigkeit der amerikanischen Stahlindustrie betragen gegen durchschnittlich 70 Prozent August 1927 und 80 Prozent vor einem Jahre. Die United States Steel Comp., das größte amerikanische Stahlunternehmen, hat in den letzten zwei Septemberwochen stärkere Einschränkungen ihrer Produktion vornehmen müssen. Aus dieser Maßnahme ist zu schließen, daß an Stelle eines Anwachsens der Aufträge ein weiteres Abflauen stattgefunden hat, daß also die Depression in der amerikanischen Stahlindustrie auch weiterhin andauern dürfte. Auch in der Eisenindustrie erfolgte ab Juni 1927 ein stärkerer Rückschlag.

In der Automobil-Branche dürfte die Gesamtproduktion September ähnlich wie August wesentlich unter den Zahlen des letzten Jahres liegen. In den ersten acht Monaten 1927 — Januar bis August — betrug die Gesamtproduktion an Kraftwagen in den Vereinigten Staaten 2 593 154 gegen 3 182 569 Januar bis August 1926, also eine Verminderung um rund 500 000 oder um rund 15 Prozent. Besonders ungünstig gestaltete sich die Produktion von Kraftwagen in den letzten Monaten.

Die Entwicklung innerhalb der Kraftwagen-Industrie ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil diese wegen ihres ungeheuren Bedarfs an Material jeder Art **eine der Hauptstützen der amerikanischen Konjunktur** überhaupt darstellt. August 1927 wurden über 25 Prozent weniger Kraftwagen hergestellt, als August 1926. Für diesen Ausfall wird in den Kommentaren meistens der Stillstand in der Herstellung der Ford-Wagen verantwortlich gemacht, was als Erklärung zum Teil auch richtig sein mag. Wäre aber das Bedürfnis nach neuen Wagen größer und die Kaufkraft dem entsprechend, so würde der Bedarf auch von anderen Firmen gedeckt werden. Das heißt also, die mangelnde Kaufkraft und die Uebersättigung des Marktes mit Kraftwagen ist die wesentlichste Ursache der eingeschränkten Produktion, und der nachlassende Absatz ist erst in zweiter Linie auf den Stillstand der Ford-Produktion, die jetzt ein neues, billiges Modell vorbereitet, zurückzuführen.

Die Preisabschwächungen verschiedener Baustoffe deuten auf ein Abflauen der Bautätigkeit, dieser zweiten großen Stütze der amerikanischen Konjunktur, hin. Tatsächlich war das Baugewerbe in den Vereinigten Staaten September und August weniger stark beschäftigt als vor einem Jahr, und zwar war es die Herstellung von Wohnhäusern, die eine beträchtlichere Einbuße erlitten hat.

Für eine Abebbung der Hochkonjunktur in der Art, daß das Jahr 1926 in der letzten Konjunkturphase der Vereinigten Staaten einen Höhepunkt darstellt, sprechen auch noch andere Erscheinungen. So haben laut Bericht der „National City Bank of New York" die Gewinne bei 168 führenden Gesellschaften gegenüber dem Jahre 1926 abgenommen, auf der anderen Seite hat sich die Zahl der Konkurse um etwa 10 Prozent erhöht. Auch die Einnahmen der Eisenbahnen, der dritten Hauptstütze der amerikanischen Konjunktur, haben um etwa 4,6 Prozent abgenommen, ihre Verfrachtungen sind etwa 2,5 Prozent oder rund 25 000 Wagen pro Woche unter die von 1926 gefallen.

Bei dem spezifischen Gewicht nun, das die amerikanische Wirtschaft in der Weltwirtschaft besitzt, sind die ökonomischen Vorgänge, Aenderungen in den Vereinigten Staaten für die Konjunktur-Entwicklung der anderen Länder von schlechthin entscheidender Bedeutung, übt doch heute die Zinsspanne Europa-Amerika, praktisch der Stand des Diskonts der Federal Reserve Bank of New York, auf den Gang der europäischen Konjunktur wesentlichsten Einfluß aus. Diese Abhängigkeit besteht natürlich auch für die deutsche Wirtschaft, und die Perspektive der künftigen amerikanischen Konjunkturentwicklung gewährt auch Anhaltspunkte zu einer Beurteilung der

Aussichten der deutschen Wirtschaftsentwicklung.

In den Vereinigten Staaten besteht jetzt in wichtigen Zweigen wegen der Uebersättigung des inneren Marktes eine Art von Depression. Das hat zur Folge, daß die amerikanischen Produzenten stärker denn je für den Konjunkturausfall im Inneren des Landes einen Ausgleich auf dem Weltmarkte anstreben. Sie verfügen über einen Ueberfluß an Kapital jeder Art — die kürzlich erfolgte Herabsetzung der offiziellen Raten der Reservebanken von 4 auf 3½ Prozent läßt den gegenwärtig besonders flüssigen Stand des Geld- und Kapitalmarktes erkennen — und so dürfte den Vereinigten Staaten in Zukunft mit Hilfe einer Steigerung ihrer Kapitalexporte nicht schwer fallen, auf dem Weltmarkte stärkeren Einfluß zu fassen. Aehnlich wie die Vereinigten Staaten wird sich in der nächsten Periode auch Deutschland stärker dem Weltmarkte zuwenden müssen. Denn seine Inlandskonjunktur geht einmal zu Ende, und die profitmäßige Ausnutzung der Rationalisierung auf dem Weltmarkte steht erst vor der Türe. Hier wird aber Deutschland auf den besonders starken Expansionsdrang der amerikanischen Wirtschaft stoßen, wobei es nicht dieselben Kapitalexport-Möglichkeiten wie die Vereinigten Staaten besitzt und daher von vornherein ins Hintertreffen gerät.

Hinzu kommt noch ein zweiter, die deutsche Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigender Umstand: die Vereinigten Staaten und Deutschland stehen sich nicht allein als direkte Konkurrenten in Fertigwaren auf dem Weltmarkte gegenüber. Die Vereinigten Staaten sind der große Rohstofflieferant der deutschen Wirtschaft, und hier ist ein zweites Gebiet, wo es die Vereinigten Staaten in der Hand haben, die deutsche Konkurrenz empfindlich zu benachteiligen. Eine Verteuerung der amerikanischen Rohstoffe nämlich, auf deren Import Deutschland durchaus angewiesen ist, **schmälert die deutsche Profitrate und beschneidet damit seine Kapitalexportfähigkeit.** Hier spielt eine besonders hervorragende Rolle die Preisentwicklung für Baumwolle. Die amerikanischen Baumwollpreise ziehen jetzt an. Der Durchschnittspreis exportierter amerikanischer Baumwolle betrug Januar 1927 13,5 Cent, jetzt 23 Cent, oder er ist in dieser kurzen Periode um rund 75 Prozent gestiegen. Für dieselbe Menge Baumwolle hat also jetzt Deutschland gegenüber Januar 1927 um rund 75 Prozent mehr zu zahlen. Hinzu treten noch die wachsenden Zins- und Tilgungszahlungen, die Deutschland in Zukunft an die Vereinigten Staaten zu leisten haben wird, und die ebenfalls auf seine Profitrate einen Druck ausüben.

Alle Wirtschaftsberichte über die Lage Deutschlands stimmen darin überein, daß Deutschland zur Abwendung eines größeren Rückschlages in der nächsten Periode mit aller Macht versuchen muß, auf dem Weltmarkte breiteren Raum zu gewinnen. Deutschland hat hier aber mit einer verschärften Konkurrenz aller anderen Länder, vor allem — direkt oder indirekt — mit der Konkurrenz der Vereinigten Staaten zu rechnen. Durch verschärften Druck auf die Lebenshaltung der breiten Massen, da vor allem der Arbeiterklasse, werden die deutschen Unternehmer ihre Profitrate entsprechend hoch zu steigern versuchen, um auf diese Weise die Konkurrenz auf dem Weltmarkte aufnehmen zu können

Vertrustung und ihre Bedeutung

Die von uns bereits gemeldete Verbindung zwischen der J. G. Farbenindustrie und dem bedeutendsten norwegischen Stickstoffunternehmen ist von großer Bedeutung für das Weltstickstoffgeschäft. Wir berichteten ebenfalls bereits über die Bemühungen der Chilesalpeter-Produzenten, in erfolgreiche Konkurrenz mit den Stickstofferzeugnissen der J. G. Farbenindustrie zu treten. Dem norwegischen Unternehmen ist auf Grund der riesigen Wasserkräfte, die ihm zur Verfügung stehen, eine billige Produktion möglich und will die J. G. Farbenindustrie sich diese für ihren Konkurrenzkampf nicht zuletzt mit dem Chilesalpeter zunutze machen.

Eine weitere Ausdehnung wird der deutsche Chemietrust durch den in der bürgerlichen Presse gemeldeten Zusammenschluß zwischen der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-A.-G. und der Berliner Gustav Gentschow-A.-G. erfahren. Die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-A.-G. hat bekanntlich einen Vertrag mit der J. G. Farbenindustrie, der u. a. besagt, daß dieses Werk später im Chemietrust aufgehen soll. Eine ähnliche Verbindung soll nun zwischen der Rheinisch-Westfälischen und Gentschow geschaffen werden.

Ein Zusammenschluß auf anderem Gebiet ist zwischen den Berliner Borsig-Werken und dem Konzern der Gebrüder Mannesmann erfolgt. (Letztere Firma hat mit den Mannesmann-Röhrenwerken nichts zu tun, sondern ist ein selbständiges Unternehmen.) Die beiden obengenannten Firmen haben sich über ihre Produktion von Kälteanlagen und Kältemaschinen geeinigt und eine gemeinsame Verkaufszentrale gegründet. Der Zusammenschluß soll vor allem auch erfolgt sein, um wirksam die **ausländische Konkurrenz abwehren zu können.**

Die Sozialdemokraten und Reformisten bezeichnen bekanntlich diese Vertrustung in den verschiedenen Industrein als einen **Teil des Sozialismus.** Demgegenüber können wir nur immer wieder feststellen, daß, wie auch vorstehende Meldungen beweisen, derartige Zusammenschlüsse nur zum Zwecke der Erzielung eines höheren Profits erfolgen. Zu welchen Auswüchsen diese Vertrustung führt, dafür folgendes Beispiel:

Bekanntlich bestehen auch in der Zementindustrie verschiedene Kartelle. Die von seiten dieser Kartelle festgesetzten Zementpreise sind jedoch derart hoch und entsprechen so wenig den Produktionskosten, daß maßgebende industrielle Unternehmungen wie z. B. der Klöckner-Konzern und das Stahlwerk Hoesch eigene Zementwerke errichtet haben, um sich von den durch die Zementkartelle diktierten Preisen unabhängig zu machen. Geht man den Dingen näher auf den Grund, so muß man feststellen, daß die hohen Preise der Zementkartelle so festgesetzt werden, daß auch die am teuersten arbeitenden Zementwerke **noch genügend verdienen.** Dieses hat schon dazu geführt, daß die besten Zementwerke in den Zementkartellen gegen diese Preispolitik Einspruch erhoben haben und es ablehnten, die unrentablen Werke mit Hilfe der Monopolpreise noch weiter **durchzuschleppen.**

Aus Vorstehendem ergibt sich also, daß die Zusammenschlüsse lediglich zum Zwecke der **Festsetzung von Monopolpreisen** erfolgen. Dieses muß auch die sozialdemokratische Presse zum Teil anerkennen, ohne allerdings daraus die Schlußfolgerungen zu ziehen, daß die Vertrustung und Kartellierung im Kapitalismus noch kein Sozialismus ist.

Zusammenschluß zu einem riesigen Margarine-Wuchertrust

Vom Margarinemonopol zu neuem Margarinewucher

Ein neuer mächtiger Konzern, einer der größten der Welt, hat sich gebildet, die Margarine, monopolistisch beherrschen.

Die beiden großen holländischen Margarinekonzerne Jürgens und van den Bergh haben sich zu einer engen Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. Auch mit dem großen englischen Seifen- und Margarinekonzern Lipton bestehen enge Verbindungen. Dieser steht in Arbeitsgemeinschaft mit der Meadows Dairy Co., die selber wieder von dem van den Bergh-Konzern kontrolliert wird. Hierdurch haben die holländischen und der englische Margarinekonzern sich über den Vertrieb der Margarine verständigt und einen Konkurrenzkampf ausgeschaltet.

Die beiden holländischen Margarinekonzerne **sind die größten Margarinelieferanten nach Deutschland** und beherrschen auch den größeren Teil der deutschen Margarineproduktion. Gewiß bestehen zwischen beiden Margarineunternehmungen bereits seit längerer Zeit Preisvereinbarungen. So haben beide Firmen bereits im Jahre 1924 den Preis für ihre Spitzenfabrikate („Rahma" und „Schwan im Blauband") auf 1,— Mark je Pfund festgelegt.

Der neue Zusammenschluß soll noch weitgehenderen Margarinewucher, vor allem in Deutschland, ermöglichen. Gleichzeitig sollen die noch unabhängigen kleineren Margarinefabrikanten nach Möglichkeit völlig verdrängt werden. Allerdings soll die neue Margarine-Interessengemeinschaft nicht den Zweck verfolgen, „die freien Margarinefabriken durch gemeinsame Unterbietungen noch weiter zurückzudrängen." Aber der große Margarinetrust hat weit niedrigere Produktionskosten als die kleineren Margarinefabriken, und kann infolgedessen durch Hochhaltung der Preise weit höhere Profite als die kleineren Konkurrenten erzielen.

Gerade in den letzten Wochen ist eine erhebliche **Steigerung der Butterpreise** eingetreten. Bekanntlich steht der Margarinepreis in engem Verhältnis zu dem Butterpreis. Es besteht die Gefahr, daß im Anschluß an den neuen Butterwucher auch die „Volksbutter", nämlich die Margarine, verteuert wird. Der neue Margarinetrust ist jedenfalls das Vorzeichen für verstärkte Verteuerung der Margarine.

Die Vertrustung schreitet von den Produktionsmittelindustrien immer weiter auf die der Konsummittelindustrien fort. Auf die internationale Monopolisierung der Zündhölzer und Kunstseide folgt jetzt die der Margarine. Das Trustkapital beherrscht immer unmittelbarer den Arbeiterhaushalt.

Der Kampf gegen das Sowjetnaphtha

Einer Meldung aus Paris zufolge ist es zwischen der Royal-Shell-Gruppe unter der Führung Deterdings und den französisch-belgischen Firmen zu einem Abkommen dahingehend gekommen, daß beide Seiten von einer weiteren Herabsetzung der Preise für Erdölerzeugnisse Abstand nehmen. Der Kampf gegen das Sowjetnaphtha soll statt dessen auf die Weise geführt werden, daß zwischen der französischen Regierung und der Shell-Gruppe Lieferungsverträge für die französische Flotte abgeschlossen werden. Die diesbezüglichen russischen Lieferungsverträge laufen im Dezember 1927 ab und sollen entweder nicht mehr oder doch nur teilweise erneuert werden. Nach halbamtlichen Angaben soll vom nächsten Jahre an nur noch ein Drittel des Gesamtbedarfes Frankreichs beim russischen Naphthasyndikat gedeckt werden. Die Lieferung der restlichen zwei Drittel soll durch die Shellgruppe erfolgen.

Im Zusammenhang damit wird berichtet, daß Deterding mit italienischen Industriellen Verbindung aufgenommen haben soll, um auch in Italien den Absatz des russischen Erdöls unmöglich zu machen. An anderer Stelle ist bereits aufgezeigt worden, wie eng z. B. der Rakowski-Fall mit diesen englischen Bestrebungen zusammenhängt. Die Arbeiterschaft muß die weitere Entwicklung mit Aufmerksamkeit verfolgen, denn gerade das Erdöl und der Kampf um den Absatz desselben ist einer der wichtigsten Faktoren zum Kriege gegen die Sowjetunion.

Wie hoch wird die Dividende der J. G. Farbenindustrie sein? Die vor kurzem stattgefundene Aufsichtsratssitzung der J. G. Farbenindustrie brachte, wie nicht anders zu erwarten, keine Antwort auf obige Frage. Nach Meldungen, die aus London kommen, rechnet man dort damit, daß **zumindest die 10 Prozent Dividende des Vorjahres aufrechterhalten bleiben.**

Dividende im Braunkohlenbergbau. Für das dritte Vierteljahr 1927 verteilen, bürgerlichen Pressemeldungen zufolge, die Gewerkschaften Michel und Leonhard zum 1. Oktober Ausbeuten von je 100 Mk. auf den Kux. Die Gewerkschaft Vesta, eine solche von 75 Mark je Kux und die Gewerkschaft Gute Hoffnung von je 50 Mark je Kux.

Neugründung der Mansfeld A.-G. in England. Mit einem Kapital von 35 000 Pfund ist unter dem Namen „Swansea" Residues Ltd. eine Gesellschaft gegründet worden, die sich hauptsächlich dem Rückständegeschäft widmen, aber auch den Handel mit Silber, Blei, Zink, Zinn, Erzen und Chemikalien betreiben soll. Dem Vorstand gehören Direktor K. Grosche von der Berliner Abteilung der Mansfeld A.-G. und Direktor Schloß der zum Mansfeld-Konzern gehörenden Montangesellschaft an. Auch die englische Tochtergesellschaft der Mansfeld A.-G., die United Metal Co., ist vertreten, ebenso C. Tennant Sons & Co. und Workington, Blackstone.

Gute Beschäftigung der Gottfried Lindner A.-G. in Ammendorf. Wie wir hören, hat die Waggonbauabteilung in der letzten Zeit erhebliche Aufträge erhalten. Auch die Karosserieabteilung ist gut beschäftigt. Das Unternehmen hat in den letzten Monaten mehrere hundert Arbeiter eingestellt und beschäftigt jetzt etwa 2400 Arbeiter und Angestellte, das ist die Höchstziffer, die je erreicht worden ist. Wenn die gute Beschäftigung weiter anhält, wird für das laufende Jahr die Dividendenzahlung wieder aufgenommen. — Gerade bei Lindner herrscht die schlimmste Antreiberei. Die Arbeiterschaft wird es sich einmal überlegen müssen, ob sie bei ihrem Hundelohn noch weiter so schuften will, nur, um eine gute Dividendenausschüttung zu ermöglichen.

Auslandskredite für die mitteldeutsche Industrie. Die vor einhalb Jahren mit dem Sitz in Weimar vom Verband der Mitteldeutschen Industrie gegründeten Kreditgenossenschaft hat bisher der mitteldeutschen Industrie 4½ Mill. Mk. an langfristigen Darlehen ausgezahlt. **Es handelt sich um 60 verschiedene Kredite.** Eine Anzahl weiterer Darlehn ist schon fest zugesagt. In diesen Tagen hat die Kreditgenossenschaft, wie die „Voss. Ztg." meldet, eine Auslandsanleihe aufgenommen, die zu angemessenen Bedingungen weitergegeben werden soll. Man glaubt, daß sie bald vergriffen sein wird.

Voraussichtlich wieder 10 Prozent Dividende bei der Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz Riebeck & Co., A.-G. Leipzig-Reudnitz. Wie wir hören, ist der Geschäftsgang bei dem Unternehmen nach wie vor befriedigend. Obwohl die schlechte Witterung des Sommers den Bierkonsum ungünstig beeinflußt hat, ist für das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr 1926/27 mit einem befriedigenden Ergebnis zu rechnen. Es ist zu erwarten, daß wiederum eine Dividende wie im Vorjahre (10 Prozent) zur Ausschüttung gelangt. — Trotz verminderten Bierkonsums im Sommer also 10 Prozent Dividende. Die Brauer werden dick und fett und die Arbeiter müssen hungern.

Fremder Besuch auf den Plessaer Kohlenwerken. Vor einiger Zeit wurden die Plessaer Braunkohlenwerke sowie die Grube Marga und die Brikettfabrik der Ilse-Bergbau-A.-G. von einer türkischen Studienkommission unter Führung des türkischen Eisenbahn- und Verkehrsministers besichtigt. Wie wir erfahren, sollen diese Besichtigungen im Zusammenhang stehen mit der Feststellung von Braunkohlenvorkommen in der Türkei, die wiederum von deutschen Bergingenieuren und Geologen auf ihre Ausbeutungsfähigkeit hin geprüft werden sollen.

Die Firma Siemens im türkischen Telephonbau. Die türkische Regierung beabsichtigt, zwischen den wichtigsten Städten Anatoliens Telephonverbindungen legen zu lassen. Neben einer schwedischen Telephongesellschaft will auch die Firma Siemens ein Angebot einreichen. Der Auftrag soll der billigsten Firma erteilt werden. — Diese und vorstehende Meldung zeigen, wie die deutschen Unternehmer versuchen, in der ausländischen Industrie wieder Fuß zu fassen.

Ein Außenseiter. Wie man hört, beabsichtigen die chemischen Werke, vormals A. u. G. Albert A.-G. bei Biebrich eine eigene Sodafabrik zu erbauen, wozu die notwendigen Arbeiten bereits ziemlich weit fortgeschritten sind. Die Gesellschaft will unabhängig vom deutschen Sodasyndikat, welches von den Solvay-Werken beherrscht wird, ihren Bedarf trustfrei decken und eventuell auch an Dritte verkaufen. Es wäre hier also wiederum ein Fall zu verzeichnen, daß ein Syndikat von einer Firma durchbrochen wird.

Verständigung in der amerikanischen Automobilindustrie. Meldungen aus Amerika zufolge sollen zwischen leitenden Persönlichkeiten der General Motors Company und der Ford Company in Detroit Verhandlungen stattgefunden haben, die eine Verständigung über den Absatz zum Ziele haben. Es soll bei diesen Verhandlungen zu einer Annäherung gekommen sein. Es ist anzunehmen, daß diese Meldungen auf Wahrheit beruhen, denn, wie wir an anderer Stelle unseres Wirtschaftsteils zeigen, sind die Absatz- und Produktionsverhältnisse in der amerikanischen Automobilindustrie derart, daß sie zu einer Verständigung zwingen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0005
DFG

Stadt Halle

Im Schupo steckt ein Kind und das will spielen

„Im Manne steckt ein Kind, und das will spielen." Diesen bekannten Satz könnte man, wie oben verändert, anwenden, wenn man den neuesten Erlaß des preußischen Innenministers Grzesinski liest. **Er hat an die staatlichen Polizeiverwaltungen den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß den Bereitschaftsbeamten auf den Polizeirevieren und Wachen mehr als bisher Gelegenheit gegeben wird, sich während ihrer Mußezeit mit Lesestoff und Gesellschaftsspielen zu unterhalten.** Für die Auswahl des Lesestoffs soll zwischen einschlägiger Fachliteratur und Unterhaltungsliteratur zu unterscheiden sein.

Da sollen sie so schöne Sachen wie Gesetze, Verordnungen, Instruktionen lesen, **wahrscheinlich auch nette Büchlein über Schießübungen, elegantes Gummiknüppelschwingen und Bürgerkriegsspiele. Aber die gehören wohl schon in die Kategorie der Gesellschaftsspiele.**

Spaß beiseite. Es ist gar nichts einzuwenden gegen die Einführung von Literatur, sie ist sogar zu begrüßen. **Aber bei der** Schmutz- und Schund-Ideologie unserer Gesetzgebenden, **und bei der natürlich auch in geistigen Dingen reaktionären Einstellung der Schupooffiziere, wird man kaum erwarten können, daß den Beamten** irgendwelche Bücher gegeben werden, die auch nur von linksstehenden bürgerlichen Schriftstellern sind. In der Epoche der Kulturreaktion wird es recht christlich und vaterländisch in diesen neu zu errichtenden Bibliotheken hergehen. Und die Beeinflussung der Schupobeamten nach dieser Richtung, wird auch wieder nur die Arbeiterschaft zu spüren bekommen.

Neue Straßennamen

Auf Vorschlag des Magistrats werden die Straßen der Siedlung südlich der Huttenstraße zwischen Böllberger und Röpziger Weg wie folgt neu benannt: a) die Straße von westlicher in östlicher Richtung (zwischen Böllberger und Röpziger Weg) „Passendorfer Weg", „Granauer Weg"; b) die Straßen von nördlicher in südlicher Richtung (zwischen Huttenstraße und Gemarkung Wörmlitz) „Schwarzer Weg" (bis Passendorfer Weg), „Benkendorfer Straße", „Ammendorfer Weg"; c) die Verbindungsstraßen zwischen dem neuen Passendorfer Weg und Granauer Weg „Schlettauer Weg", „Beuchlitzer Weg", „Rattmannsdorfer Weg"; d) die Verbindungsstraße zwischen Benkendorfer Straße und Ammendorfer Weg südlich des Granauer Weges „Angersdorfer Weg". Ein Lageplan liegt bis einschließlich 31. Oktober d. J. im Polizeidienstgebäude, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 114. in der Zeit von 9 bis 12 Uhr (außer Sonntags) zur Einsicht aus.

Ferner wird einstweilen der Teil der Ladenbergstraße zwischen Merseburger und Turmstraße „Oestliche Ladenbergstraße" und der Teil zwischen Liebenauer und Beesener Straße „Westliche Ladenbergstraße" benannt.

Schutzpockenimpfung

Die im September aufgehobenen öffentlichen unentgeltlichen Impfungen werden nunmehr wie folgt abgehalten: In der Torschule, Torstraße, am Dienstag, dem 18. und 25. Oktober und am 1. November; in der Talamtschule, Dreyhauptstraße, am Mittwoch, dem 19. und 26. Oktober und am 2. November, in der Wittekindschule, Friedenstraße, am Freitag, dem 21. Oktober; in der Schule Halle-Trotha, Petersbergstraße 90, am Montag, dem 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr.

Die Räume sind geheizt. Einlaß 3 Uhr nachmittags, die Impfung erfolgt um 4 Uhr. Die an die Eltern übersandte Impfaufforderung ist mitzubringen. Die Nachschau der geimpften Kinder findet eine Woche später an gleicher Stelle um ¾4 Uhr statt. Impfpflichtig sind die 1926 und früher geborenen Kinder.

Aus einem Hause, in welchem **ansteckende Krankheiten**, wie Diphtherie, Fleckfieber, übertragbare Genickstarre, Keuchhusten, Masern, natürliche Pocken, rosenartige Entzündungen, Scharlach und Typhus herrschen, und in denen in den letzten drei Monaten spinale Kinderlähmung vorgekommen ist, dürfen Kinder zu den öffentlichen Impfungen **nicht** gebracht werden. Die Eltern der Impflinge haben dem Impfarzte vor Ausführung der Impfung über frühere oder noch bestehende Krankheiten des Kindes Mitteilung zu machen; auch über rosenartige Entzündungen und nässende Hautausschläge, an denen Personen in der Umgebung des Kindes leiden.

Die westlichen Ausländer sind angenehmer. Nach einem Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 23. Mai 1925 sollen Ostausländer der dort erwähnten Art in der Regel erst nach einer mindestens zwanzigjährigen Niederlassung im Inlande eingebürgert werden. Anläßlich eines Landtagsbeschlusses, der eine Abkürzung dieser Niederlassungsfrist wünscht, ordnet der Minister, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, in einem neuen Erlaß an, daß eine zwanzigjährige Niederlassungsdauer nicht etwa schematisch zu fordern, sondern daß in jedem einzelnen Falle sorgfältig zu prüfen ist, ob nicht etwa eine kleinere Niederlassungsdauer für ausreichend erachtet werden kann. — Muß der Innenminister aber Angst vor den „Ostausländern" haben.

Zentralverband der Zimmerer. Morgen abend 7½ Uhr wichtige Mitgliederversammlung im „Volkspark". Es ist Pflicht, daß jeder Mann erscheint.

Protest gegen die Einseitigkeit der Ausstellung in der Martin-Schule

Bilder des Schreckens — Die Hilfsleistungen der Arbeiterschaft nicht registriert, wohl aber die nationaler Verbände

„Edel soll der Mensch sein, hilfreich und gut." An diesen Spruch hat sicher der Stadtrat von Berggießhübel gedacht, als er den Hilfsruf für die durch die Naturkatastrophe Geschädigten von Berggießhübel erließ. Mein Bestreben ist es, zu helfen wo ich kann, um so mehr, wenn es sich auch um eine große Anzahl Klassengenossen handelt Darum besuchte ich am Sonntag die Ausstellung in der Martinschule. Der Besuch war sehr schlecht. Ich hatte die Eintrittskarte Nr. 70. Das Herabwerfen von Einlandungszetteln vom Flugzeug aus und die Reklame in den Zeitungen hat aber nicht viel genutzt.

Die Bilder, die ausgehängt sind, zeigen das Unglück in einer nie geahnten Größe. Das Wasser stürzte mit einer solchen Wucht in die Stadt, daß Häuser glatt weggerissen wurden. Vielfach sind die Einwohner im Schlafe durch das Wasser überrascht.

Wie ein Bild zeigt, mußten erst die Fensterladen mit der Picke eingeschlagen werden, um die eingeschlossenen Leichen zu bergen.

Wie ein Wunder sind vielfach die Parterreräume weggerissen; die oberen Stockwerke ragen in der Luft. Ein auf der Fahrt befindliches Auto wurde vom Wasser überrascht, es konnte weder vorwärts noch rückwärts. Die Insassen fanden den Tod, und wurden, im Schlamm eingehüllt, geborgen. Das Hotel „Sächsischer Hof" wurde in mehreren Bildern gezeigt. Es handelte sich um ein Kurhotel für die Bourgeoisie. Auch von einer derartigen Stätte hat also die Macht des Wassers und der Tod nicht Halt gemacht.

Unsere Mitbewohner des Erdenballs, die Tiere, haben auch einen Kampf gegen den Tod geführt. Vielfach hoben die Tiere in der Todesangst sich losgerissen, sind, als das Wasser stieg, mit Kopf und Hörner gegen die Decke gestoßen, und wie eine Dame, die in der Ausstellung tätig ist, erklärte, mit den Hörnern in der Decke eingeklemmt, krepiert vorgefunden worden.

Um nun möglich viel Geld für die Verunglückten herauszuschlagen, werden Karten und Broschüren zum Kauf angeboten. Auch ein sogenanntes „Goldenes Buch" zum Einzeichnen von Beträgen liegt aus. Auf der Seite, die mir zu Gesicht kam, waren Beträge von 50 Pf. bis 5 Mk. gezeichnet. Die Not ist also groß. Nun, Vater Staat, sei edel und hilfreich, entziehe den Fürsten, Pfaffen und dem Moloch Militarismus ein paar Millionen und gebe es den Verunglückten von Berggießhübel.

Es ist nicht möglich, hier alle Einzelheiten anzuführen. Daß bei einem derartigen Unglück geholfen werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit und es wäre Pflicht des Staates, hier in einer großzügigen Weise helfend einzugreifen. Aber was erleben wir? — Für Fürsten, Pfaffen und Militär wird Geld millionenweise hingeworfen, da wird nicht gespart, und hier soll die Allgemeinheit helfen. Die Verunglückten sind wieder hauptsächlich die Kleinen und Armen, die nun ganz und gar auf Bettelpfennige angewiesen sind.

Befremden erregt es jedoch, wie die Rettungsmannschaften von der Ausstellungsmannschaft bewertet werden. Da sehe ich vor allen Dingen, wie die Schutzpolizei in voller Glorie auf einem Bilde vorgeführt wird. Ob sie bei den Rettungsarbeiten behilflich war, konnte aus keinem Bilde ersehen werden. Auch Bilder, wo die Reichswehr ihre Pflicht erfüllt, sind zu sehen. Auch eine Jungdeutsche Auto-Hilfskolonne wurde auf einem Bilde gezeigt.

Wenn nun der Stadtrat von Berggießhübel zur Mildtätigkeit und Opferwilligkeit auffordert, ist es doch eine Zurücksetzung sondersgleichen, wenn er sich nicht an eine Organisation erinnert, die Hervorragendes bei der ersten Hilfe geleistet hat. Das ist der Rote Fronkämpfer-Bund. Kein Bild wurde gezeigt, wie etwa Mitglieder des Roten Frontkämpfer-Bundes in uneigennütziger Weise an der Unglücksstelle gearbeitet haben. Bei der Reichswehr stand immer unter dem Bilde: Rettungsarbeiten der Reichswehr oder die Reichswehr bei der Arbeit. Wir haben selbst in bürgerlichen Zeitungen und Illustrierten zahlreiche Bilder gesehen, wo Reichswehr und Mitglieder des RFB. zusammen am Hilfswerk gearbeitet haben. Warum werden diese Bilder nicht gezeigt und warum lautet denn da nicht die Unterschrift: „Reichswehr und rote Frontkämpfer bei den Rettungsarbeiten"?

Glaubt der Herr Stadtrat etwa durch die Ausstellung solcher Bilder, die revolutionäre Arbeiter bei einer menschlichen Pflichterfüllung zeigen, höheren Orts Anstoß zu erregen, oder ist das Fehlen dieser Bilder aus politischen Gründen erfolgt? Wahrscheinlich soll wohl nicht in aller Oeffentlichkeit der Nachweis erbracht werden, daß die revolutionäre Arbeiterschaft in Notfällen zuzufassen und praktische Hilfe zu bringen versteht.

Gemeinsam mit der Internationalen Arbeiterhilfe hat der Rote Frontkämpfer-Bund gleich in den ersten Tagen nach der Katastrophe eine umfangreiche Sammlung für die unglücklichen Opfer eingeleitet und zahlreiche Pakete mit Kleidungsstücken und Lebensmitteln wurden auf dem schnellsten Wege in die vom Unglück betroffenen Gebiete — auch nach Berggießhübel — geschafft. Die Konsumgenossenschaft „Vorwärts" in Dresden hat ebenfalls sofort größere Lebensmittelsendungen in das verwüstete Gebiet dirigiert.

Alle diese, von Arbeiterorganisationen geleisteten Hilfsdienste sind in der Ausstellung der Martinschule nicht registriert. Kein Wort, kein Bild zeugt von der Hilfsbereitschaft der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterorganisationen verzichten sicher auf jegliche Dankbezeugung und Lobhudelei und würden auch über ihre Ignorierung in der Ausstellung kein Wort verlieren, wenn nicht gerade die nationalen und faschistischen Organisationen, die reichlich spät kamen und auch lange nicht das geleistet haben, was Arbeiter leisteten, in dieser Ausstellung zu finden wären. Diese Einseitigkeit — gewollt oder ungewollt — kann nicht unbesprochen bleiben und muß den schärfsten Protest der werktätigen Bevölkerung hervorrufen.

Für die einseitige Einstellung der Ausstellungsleitung können die vom Unglück betroffenen und teilweise völlig verarmten Einwohner der heimgesuchten Stadt nicht verantwortlich gemacht werden und wir richten daher auch an unsere Genossen und Leser weiter die Aufforderung, die Ausstellung, die bis zum Sonntag einschließlich täglich bis abends 9 Uhr geöffnet ist, nach Möglichkeit zahlreich zu besuchen. Jeder kann sich dann selbst von der Richtigkeit unserer Schilderung überzeugen. Auch werden ihm die teilweise geradezu grauenhaften Bilder zeigen, welche ungeheure Unterlassungssünde die Regierung dadurch begeht, daß sie diesen unglücklichen Opfern nicht in dem Maße und mit der Eile zu Hilfe kommt, wie es von den Kommunisten innerhalb der Parlamente mehr als einmal gefordert worden ist. Es ist ein Skandal, daß man einen, viele Tausende kostenden, Hindenburg-Rummel aufzieht, den ausgerissenen Potentaten die Millionen nur so in den Rachen wirft, während wirklich Hilfsbedürftige an die private Mildtätigkeit verwiesen werden.

Die Sozialrentner rühren sich

Uns wird geschrieben:

Am Sonntag fand eine sehr gut besuchte öffentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden statt, die sich mit den laufenden Fragen der öffentlichen Fürsorge beschäftigte. Aus dem Berichte des ersten Vorsitzenden ging hervor, daß die Stadt Halle bereit ist, den Wünschen der Sozialrentner entgegenzukommen. Geklärt werden müsse jedoch noch die Frage der **Hauszinssteuer**. Es ginge nicht an, daß die Steuerstelle des Magistrates sich weigere, diese zu erlassen, wenn öffentliche Fürsorge geleistet werde. Das liefe darauf hinaus, Bessergestellten als den Sozialrentnern die Hauszinssteuer zu erlassen, während diese zahlen müßten. Günstig ist der Stand der Mitgliederbewegung. Weniger erfreulich die Kassenverhältnisse, da die ständig wachsenden Ausgaben für Rechtsschutz und Porto nur schwer aufzubringen sind.

In einer regen Aussprache wurden die laufenden Geschäfte des Verbandes besprochen und beschlossen, am Freitag, dem 4. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volkspark" ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten einer Weihnachtsfeier abzuhalten. Als Mitwirkende haben zugesagt das 1. Hallische Mandolinenorchester und das Bürgermeister-Quartett. Es steht zu hoffen, daß die Arbeiterschaft, wie auch im vorigen Jahre, das Konzert zahlreich besucht. Die Sozialrentner rühren sich, helfen wir ihnen!

Hallische Tageschronik

Was mit der Post nicht verschickt werden darf

Feuergefährliche und leicht entzündliche Sachen (z. B. Streichhölzer, Benzin, Aether, Kalziumkarbid usw.) dürfen nach der Postordnung in Postsendungen nicht verschickt werden. Zuwiderhandlungen sind unter Strafe gestellt und werden ausnahmslos gerichtlich verfolgt. Die Absender haften außerdem für jeden entstehenden Schaden. Wer sich nicht klar darüber ist, welche Gegenstände ihrer leichten Entzündlichkeit wegen von der Postbeförderung ausgeschlossen sind, erkundige sich bei seinem Postamt. Ebenso sind von der Postbeförderung ausgeschlossen Sendungen, deren Außenseite oder sichtbarer Inhalt gegen die Gesetze oder das öffentliche Wohl oder die Sittlichkeit verstößt. Dazu gehören auch Sendungen mit beleidigenden oder unsittlichen Angaben oder Abbildungen.

Zusammenstoß zwischen Kraftwagen und Straßenbahn. Am 13. Oktober gegen 23.45 Uhr stieß in der Großen Steinstraße vor der Hauptpost ein Personenkraftwagen, dessen Führer angetrunken war, mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Eine im Kraftwagen mitfahrende Person erlitt Verletzungen und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Der erheblich beschädigte Kraftwagen mußte abgeschleppt werden.

Anruf für die Müllabfuhr. Die städtische Müllabfuhr ist zu den üblichen Amtsstunden des Magistrats unter dessen Sammelnummer 273 81 und 276 81 zu erreichen. Von der sich dann meldenden Zentrale verlange man Klappe 650.

Besuch durch eine Völkerbundsdelegation. Am 15. und 16. Oktober wird der Austauschkursus für Medizinalbeamte der Hygiene-Organisation des Völkerbundes in Halle weilen, um die hiesigen sanitären und sportlichen Einrichtungen zu besichtigen. — Wird man auch die verschiedenen Wohnhöhlen und das Obdachlosenasyl besuchen?

Die hallischen Lebenshaltungskosten-Indexziffern, berechnet vom Statistischen Amt der Stadt Halle, sind nach dem Stande vom 12. Oktober 1927 gegenüber der Vorwoche unverändert (Gesamtindex 1,44).

Aus dem Geschäftsverkehr

Der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Fa. Waren-Kredit-Gesellschaft „Merkur", Halle a. d. S., bei. 2856

„Blaue Blusen"

Weißenfels, 14. Oktober.

Zwölf Mitwirkende von einer der sechstausend Theatertruppen sind aus Rußland herübergekommen, und von einer begeisterungswilligen Zuhörerschaft, die kein Wort ihrer Sprache versteht, werden sie dennoch verstanden. Aber wir müssen sagen, daß wir nicht alles verstehen. Wir können nur eine Andeutung von der Wirklichkeit mitnehmen, weil wir nicht unter denen sitzen, für die das Repertoire der „Blauen Blusen" bestimmt ist: in den Fabriken und Dörfern Sowjet-Rußlands, wo es noch viele gab und manche gibt, die keine Zeitung lesen können. Dort erst würden wir die Fähigkeit bekommen, ganz mitzugeben.

„Die Bewegung" ist das künstlerische Mittel der „Blauen Blusen", sie sind die Lokomotiven der Aufklärung, so bedeuten sie in ihrem ersten Bild. Als Lokomotiven dringen sie in die weiten Gegenden Rußlands, die Einwohnerschaft versammelt sich, die „Lebende Zeitung" liest sich sozusagen selbst vor: die neuesten politischen Tagesereignisse werden berichtet, glossiert, Folgerungen daran geknüpft. Die Kritik an Schwächen und Mißständen, die Beantwortung der Fragen, wie man Abhilfe schaffen kann, ist eines der Hauptgebiete, das mit tollem Tempo und plakathafter Eindringlichkeit bearbeitet wird. Propagierung von Arbeitersport und Körperpflege, Aufrufe zum Eintritt in die Kommunistische Partei, den Kommunistischen Jugendverband werden an die Zuhörer gerichtet, und dann wird immer wieder der Aufbau gezeigt: zehn Jahre Sowjet-Rußland. Aber die Lebensfunktion der kollektiven Theatergruppen ist mit der Aufzählung ihres Programms nicht erfaßt. Man muß sich jenes ungeheure Gebiet einfachster Aufklärung dazu denken, die drüben in den Aufbaujahren geleistet wurde und noch geleistet wird. Man muß sich erinnern, wie die Interventionsarmeen der Weißgardisten aller Länder gegen den bolschewistischen Staat anrannten. Dann bekommt die Propagierung der Roten Armee, der Roten Flotte erst die richtige Unterlage. Man muß daran denken, daß die Elektrifizierung bei den russischen Bauern eine Revolution für sich dargestellt hat, um zu wissen, daß es mehr als Ulk ist, wenn Oelfunzel, Tranlampe und Kerze in lustigen Versen ausgelacht werden. Die Tageskämpfe um Bruchteile von technischen Fortschritten (deren Heroismus in dem großartigen Roman „**Zement**" niedergelegt ist) werden von den „Blauen Blusen" unterstützt.

Ihre ganze Kraftentfaltung vermögen wir da zu empfinden, wo wir selbst Bescheid wissen. Ist es schon einmal jemand von uns eingefallen, daß es russische Lieder gibt, die ebenso süßlich sentimental und unausstehlich kitschig sein können, wie das, was man deutsches Volkslied zu nennen pflegt? Und wenn im kapitalistischen Westeuropa emigrierte Weißgardisten als Donkosaken düstre Wildheit und schmelzende Romantik mimen, wenn blaue Vögel Genreszenen aus dem russischen Bauernleben stellen, dann geben sie das als die russische Volksseele aus. Nun kommen die Zwölf aus den russischen Betrieben, aus den Dörfern und schütteln die Sentimentalität so aus den Federn, daß es kein Halten mehr gibt. Alle Heiligtümer auf der Bühne sind aus Pappe. Und dazu gehört eine Parodie auf die Kosakenchöre und Genrebilder, die alles das mit einer herrlichen Verspottung erledigt, so daß der Kitschtraum von Schwermut und Seele endgültig ausgeträumt ist.

Wir werden es heut in Halle erleben. Olf.

Die große Not

Neues Aufführungsmaterial für proletarische Bühnenvereine

Im Verlag der JAH. erscheint in Kürze „Die große Not", Drama aus dem Bergarbeiterleben in 1 Akt. von Walter **Troppenz**. Mit diesem treffenden Einakter, dessen Spieldauer etwa 45 Minuten beträgt, wird den Arbeiterbühnen wirklich gutes und sicheren Erfolg versprechendes Aufführungsmaterial gegeben. Bisher sind vom Genossen **Troppenz** zirka 15 dramatische Arbeiten in verschiedenen Verlagsanstalten erschienen, die sämtlich äußerst gute Aufnahme bei den Arbeiterorganisationen fanden. Ganz besonderen Erfolg brachten der satirische Einakter „Der Holzwurm" und die rote Revue „Die Schwefelblüte" (Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin). Ganz sicher wird auch das neue Stück im Verlag der JAH. bei der gesamten Arbeiterschaft ungeteilten Beifall finden, zeigt es doch im Rahmen einer sehr bewegten und äußerst spannenden Handlung, welche Kraft in der Solidarität der Arbeiterklasse verankert ist.

Vorbestellungen für das Aufführungsmaterial nehmen schon jetzt die Internationale Arbeiterhilfe, Halle, Gr. Steinstraße 16, sowie die Zentralbuchhandlung, Halle, Lerchenfeldstraße 14, entgegen.

Aus der Sowjetunion

Der Kampf gegen das Kinderelend

Während des Sommers waren zahlreiche Kinder aus den Heimen für Obdachlose in Bauernfamilien der Dörfer des Kreises Moskau untergebracht worden. Es handelt sich dabei um etwa 1000 Kinder. Der Moskauer Sowjet ist mit den Resultaten dieser Maßnahme sehr zufrieden. Der lange Landaufenthalt hat die Kinder körperlich gekräftigt, die Behandlung in den Bauernfamilien war freundlich und wohlwollend und die Beschäftigung mit landwirtschaftlichen Arbeiten hat bei den Kindern Interesse erweckt. Infolgedessen soll die Unterbringung von obdachlosen Kindern in Bauernfamilien künftighin in größerem Maßstabe durchgeführt werden. Der Sowjet von Moskau beantragt die Bewilligung einer größeren Summe, da jede Bauernfamilie, die ein Kind aufnimmt, dafür eine kleine Entschädigungszahlung erhält. Ferner ist beschlossen worden, sowohl die zur Unterbringung auf dem Lande bestimmten Kinder wie auch die Familien, welche sie aufnehmen, vorher einer genauen medizinischen Untersuchung zu unterwerfen, um gegenseitige Krankheitsübertragung auszuschließen.

Volksbühne. Die erste Sonderveranstaltung ist am 18. Oktober, 8 Uhr, im Saale der „Loge zu den drei Degen". Die Kleist-Feier zum 150. Geburtstage des Dichters, wahlfrei für alle Theatergemeinden Bohnhardt-Quartett, Prof. **Liepe** (Festrede), Dr. **Wittsack** (Rezitationen). Die Mitglieder werden gebeten, Programme in der Geschäftsstelle abzuholen. Die nächste Erstaufführung des Stadttheaters findet am 29. Oktober für Theatergemeinde G statt: „Zwölftausend", Schauspiel von Bruno Frank. Kartenausgabe ab morgen in der Geschäftsstelle. Spieltage: „Macht des Schicksals" am 15. Okt. für H und am 17. Okt. für J. „Prinz von Homburg" am 22. Okt. für A; am 27. Okt. für B und am 31. Okt. für C. Sondervorstellung am 19. Oktober: „Drei arme kleine Mädels", wahlfrei für alle Theatergemeinden. Neuanmeldungen für alle Vergünstigungen in der Geschäftsstelle, Brüderstr. 14.

Walhalla-Theater. Sonnabend, 15. Okt., findet der Abschieds- und Ehrenabend für Celly de Rheidt statt. Am Sonntag beginnt der Zaubermeister A. Kaßner mit seiner größten Zauberschau der Welt ein kurzes Gastspiel. Derselbe trifft mit ca. 12 000 Kilogramm Gepäck nach einer längeren Tournee durch die Schweiz in Halle ein. Vorher der erstklassige Varietéteil. Rudolf Mälzer ist wegen seines Erfolges prolongiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0006

Die Konjunktur in der hallischen Statistik

Die Bevölkerungsstatistik einer kleineren oder größeren Gemeinschaft von Menschen ist für den, der sie zu lesen versteht, immer ein genaues Zahlenbild der jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse der Allgemeinheit. Diese Tatsache entspricht schließlich der marxistischen Erkenntnis der Verbundenheit von Wirtschaft, Politik und individuellen Wohlergehen, von Stadt und Staat, von Mensch und Volk. Und gerade weil so viel Interessantes über diese Zusammenhänge herauszulesen ist, bedauern wir ganz besonders, daß noch nicht die Zahlen aus der Periode der wirtschaftlichen Hochkonjunktur des Deutschen Reiches für Halle vorliegen, sondern erst die des zweiten Vierteljahres 1927. Immerhin hat die Besserung der Arbeitsverhältnisse, die Erleichterung des Arbeitsmarktes schon zu Anfang des Jahres eingesetzt. Und diese leichte Besserung ist in den Zahlen bereits deutlich widergespiegelt.

Wir sehen's schon bei den Eheschließungen, deren Zahl im Ansteigen ist. Automatisch verschiebt sich das Schwergewicht der Verheiratungen in eine frühere Altersgruppe; die Heiratslustigen müssen nicht mehr ganz so lange warten, bis die primitivsten finanziellen Voraussetzungen für die Gründung einer Familie gegeben sind. — Die Geburtenzahl wird so lange nachhinken, als die Erfindung noch nicht gemacht ist, Kinder in kürzerer Zeit zur Welt zu bringen, als das noch heute üblich ist. Die Geburtenzahl zeigt noch die Elendskurve des vorjährigen Herbstes; sie steht hinter der Normalziffer zurück.

Die Erwerbslosigkeit ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um mehr als 50 Prozent gefallen; von einer weiblichen Arbeitslosigkeit kann man überhaupt kaum noch sprechen. Wir lassen die Ziffern für die Monate April/Juni hier folgen:

April 1927	1900 Erwerbslose
Mai 1927	1405 Erwerbslose
Juni 1927	1060 Erwerbslose

Die für Erwerbslosenunterstützung aufgewandte Summe ist auf ein Drittel im Vergleich zum gleichen Viertel des Vorjahres gefallen. (Eine Kommune, die sich ihrer Aufgaben bewußt ist, würde die Ersparnisse aus diesem Fonds zur Erhöhung der wenigen noch zu zahlenden Unterstützungen verwenden.)

Die Zahl der Wohnungsuchenden wird nicht mehr angegeben. Das ist bedauerlich. Ist es vielleicht darauf zurückzuführen, daß das Wohnungsangebot noch weiter gefallen ist? Denn im zweiten Quartal betrug die Zahl der angebotenen Wohnungen nur 330, während das erste Viertel immerhin noch 454 zählte.

Daß sich die Zahl der beförderten Personen auf Ueberland- und Straßenbahnen in städtischer Regie ganz gewaltig vergrößert hat, ist bestimmt auf das Zurückgehen der Erwerbslosigkeit zurückzuführen. Und was geschieht mit den Einnahmen, die sich vergrößert haben, ohne daß die Aufwendungen erheblich gewachsen sind? Wie steht's mit der Erhöhung der Löhne von Straßenbahnern und anderen städtischen Arbeitern? Auch Gas-, Wasser- und Elektrizitätserzeugung sind gewachsen, die Einnahmen steigen dabei stärker, weil die Ausgaben nicht mit der Vergrößerung der Produktion Schritt halten. Aus der Sparkasse zieht die Stadt erhöhte Einnahmen. Die Gewinne steigen, die Ausgaben steigen nicht in gleichem Maße. Wo bleibt die Differenz? Wer die Folgen des Stadtbankskandals kennt, weiß es.

Nun wollen wir noch kurz das Städtische Leihamt betrachten. Diese Institution hat nur dann einen Schimmer von Existenzberechtigung, wenn sie den privaten Wucheranstalten dieser Art das Handwerk legt. Wer's nötig hat, sein bißchen Besitz — meist auf Nimmerwiedersehen — ins Leihamt zu tragen, der tut es nicht zum Vergnügen, sondern weil er Geld für die notwendigsten Ausgaben braucht. Was tut das Städtische Leihamt? Es will nicht als eine Art indirekten Unterstützungsinstituts für die ärmsten der Armen gelten. Es „sichert sich". Es sichert sich so weit, daß es Güter im niedrigen Taxwert von 437 000 Mark mit ganzen 234 000 Mark beleiht. — Immerhin sehen wir auch im Punkte Leihamt eine leichte Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse; im Vorjahr betrug nämlich im zweiten Viertel die Differenz zwischen Zu- und Abgang an Pfändern 2500 Stück, in der gleichen Zeit dieses Jahres wurden trotz höherer Bestandszahl nur etwa 1100 mehr abgegeben als eingelöst. Natürlich sind diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen, solange die Statistik keine Auskunft darüber gibt, ob nicht gerade die wertvollsten Pfänder der Stadt zur Versteigerung anheimfallen.

•

Die Konjunktur hat sich in den meisten Spalten auch der hallischen Statistik gezeigt. Es mag in unserer Besprechung sogar ausgesehen haben, als hätten wir sie zu einseitig berücksichtigt. Deshalb wollen wir abschließend feststellen, daß wir uns der Kehrseite dieser vorübergehenden wirtschaftlichen Besserung, die sich für uns hauptsächlich in der Entspannung des Arbeitsmarktes äußert, durchaus bewußt sind. Wir wissen auch, daß eine Konjunktur ohne sehr tiefgehende Gründe nicht von allzu langer Dauer sein kann. Uns lag hauptsächlich daran, zu zeigen, wie auch in einem kleineren Gemeinwesen, wie es Halle z. B. ist, sich Besserung und Verschlechterungen der großen volkswirtschaftlichen Lage bis ins Einzelne widerspiegeln. Stadt und Land sind im großen politischen Bild nicht zu trennen; das ist der Grund, weshalb man auch in den lokalen Vorgängen immer die großen Zusammenhänge suchen muß. Dann wird es leichter sein, vom kleinsten Platz aus die Vorgänge in der großen Masse des deutschen Proletariats wirksam zu beeinflussen.

Paul Brand.

11.10.27

Arbeiter-Sport

Großkampftag der Schwerathleten in Naumburg a. S.

Am kommenden Sonnabend, dem 15. Oktober, abends 8 Uhr, werden in Naumburg im Hotel „Zur Post" die Bezirksserienkämpfe im Ringen um die Bezirksmeisterschaft des 1. Bezirks, 7. Kreis des Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschlands ausgetragen. Laut Bezirkstagsbeschluß stehen sich an diesem Abend folgende 1. Mannschaften zu je 7 Mann auf der Matte gegenüber: 1899 Naumburg — Vorwärts Naumburg; 1893 Weißenfels — Burgwerben; 1899 Naumburg — Vorwärts, Laucha; Vorwärts Naumburg — Burgwerben; 1893 Weißenfels — 1899 Naumburg; Vorwärts Naumburg — Vorwärts Laucha. Es kommen demzufolge ca. 70 Kampfrunden zur Austragung und werden sich die Kämpfe bis zur Mitternachtsstunde hinziehen. Eine Siegervoraussage läßt sich nicht sagen, da die Vereine in größeren Um- und Neustellungen antreten. Pflicht sämtlicher organisierten Arbeiter muß es sein, diesen Kampftag durch zahlreichen Besuch zu unterstützen.

Naumburg „Hotel zur Post" Naumburg

●●●●●● Großkampftag ●●●●●●

Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 Uhr:

Ausscheidungs-Ringkämpfe

1899 — Vorwärts Naumb. — 1893 Weißenfels — Vorwärts Laucha — Burgwerben

Sportfreunde willkommen. [724] Die Bezirksleitung.

1. Bezirk. 7. Kreis. Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands

Nach den letzten Bestimmungen der Bundesleitung sind bei den Serienkämpfen Aenderungen eingetreten. Jeder Verein, der zur Serie antritt, hat zuerst eine Mannschaft in der A-Klasse zu stellen, die weiteren in der Klasse B.

Die Kämpfe finden wie folgt statt (A-Klasse):

1. Kampftag Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, „Hotel zur Post" in Naumburg. 1. Vorwärts — 99 Naumburg. 2. 93 Weißenfels — Burgwerben. 3. 99 Naumburg — Laucha. 4. Vorw. Naumburg — Burgwerben. 5. 93 Weißenfels gegen 99 Naumburg. 6. Vorw. Naumburg — Laucha. Kampfrichter: Amarell, Herzog, Hüther, Böttcher, Freytag und Lippert.

2. Kampftag Sonntag, 30. Oktober, vormittags, in Zeitz. Zeit- und Lokalangabe erfolgt noch. 1. Burgwerben — Zeitz. 2. Laucha — Zeitz. 3. 93 Weißenfels gegen Zeitz. 4. Vorwärts — 99 Naumburg (B-Klasse).

3. Kampftag Sonntag, 21. November (Totenfest), nachmittags 4 Uhr, im Hotel „Zur Post" in Naumburg. 1. Laucha — Burgwerben. 2. Vorw. Naumburg gegen Weißenfels. 3. 99 Naumburg — Burgwerben. 4. Zeitz — Vorwärts Naumburg. 5. Weißenfels — Laucha. 6. 99 Naumburg — Zeitz.

4. Kampftag Sonntag, 28. November, nachmittags, im „Schützenhaus" Laucha. 1. Vorwärts Naumburg — Laucha 99 Naumburg Jugend.

Die Mannschaften haben pünktlich zur Stelle zu sein. Nichtantritt Startverbot. Sauberer Sportanzug ist Pflicht.

Die Vereine werden gebeten, diese Veranstaltungen zu unterstützen und dabei Disziplin zu üben. Desgleichen fordern wir von allen Mannschaften und Kampfrichtern eiserne Disziplin im Interesse unserer Arbeiter-Sportbewegung.

Die Bezirksleitung.

Verbindlich. Schiedsrichterausschuß. Handball. Mittwoch, 19. Okt., abends 1/20 Uhr, findet im Restaurant „Zur Blume" eine Ausschußsitzung statt. Erwarte restloses Erscheinen.

Der Obmann.

Sichere Zufriedenheit

Das ist es, was wir Ihnen mit jedem Kleidungsstück beim Kauf einpacken. Daher rührt auch die Anhänglichkeit Tausender treuer Stammkunden, welche schon seit Jahrzehnten bei uns kaufen. Den grössten Wert legen wir auf Sitz und Haltbarkeit unserer Kleidung. Unsere fast unerschöpfliche Auswahl gestattet es uns, jeden Wunsch zu erfüllen. Falls Sie mehr über unsere Leistungsfähigkeit erfahren wollen, bitten wir um Ihren unverbindlichen Besuch. Ohne Kaufverpflichtung zeigen wir Ihnen gern unsere letzten Herbst- und Winter-Neuheiten.

wkw **Winter-Ulster** hellgemustert mit angewebtem warmen Futter **29**

wkw **Winter-Paletot** marengo Cheviot mit Samtkragen, 2-reihige Form . . **39**

wkw **Winter-Ulster** dunkler Cheviot, 2-reihig, Rückengurt und Quetschfalte **35**

wkw **Herren-Sacco-Anzug** dunkler und hellfarbiger Stoff, solid verarbeitet **29**

S. Weiss

Halle a. d. S., am Markt

Gegründet 1870

DAS HAUS DER EIGENEN FABRIKATATION

Bekanntmachung

Die Wahl der Vertreter des Ausschusses der Landkrankenkasse für den Landkreis Weißenfels findet

für die wahlberechtigten volljährigen Arbeitgeber

am Sonntag, dem 4. Dezember 1927, von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags,

für die wahlberechtigten volljährigen Versicherten

am Sonntag, dem 27. November 1927, von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, statt.

Zu wählen sind:

4 Vertreter, 8 Stellvertreter der beteiligten Arbeitgeber,

8 Vertreter, 16 Stellvertreter der Versicherten.

Für die Wahlen wird der Kassenbezirk in Stimmbezirke geteilt. Als Stimmbezirke gelten die Bezirke der Meldestellen der Kasse. Als Wahllokale werden die Bureaus der Meldestellen bestimmt, und zwar:

Meldestelle Weißenfels: Kreisständehaus, Zimmer Nr. 7,
Meldestelle Hohenmölsen: Gasthof „Deutsches Haus",
Meldestelle Teuchern: Bahnstraße Nr. 3,
Meldestelle Osterfeld: Rinnegasse Nr. 10,
Meldestelle Droyßig: Gasthof „Deutsches Haus",
Meldestelle Theißen: Weißenfelser Straße Nr. 6,
Meldestelle Schkölen: „Ratskeller",
Meldestelle Stößen: Restaurant Ludwig.

Für die Zugehörigkeit zu den einzelnen Stimmbezirken ist der Beschäftigungsort maßgebend. Wähler, die im Stimmbezirk ihres Wohnorts ihre Stimme abgeben wollen, haben sich rechtzeitig, spätestens aber vor dem Wahltage, bei der Meldestelle, bei der sie gemeldet sind, einen Wahlausweis ausfertigen zu lassen. Dieser berechtigt den Wahlberechtigten zur Abstimmung im Stimmbezirk seines Wohnorts. Die außerhalb des Kassenbezirks Wohnenden wählen in dem Stimmbezirk, in dem sie beschäftigt sind.

Die Wahl ist geheim und erfolgt auf Grund von Vorschlagslisten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Die Stimmabgabe ist an die zugelassenen Vorschlagslisten gebunden. Die Vorschlagslisten sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und sollen höchstens dreimal soviel Bewerber enthalten, als Vertreter zu wählen sind. Zur Einreichung von Wahlvorschlägen sind berechtigt wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern und von Arbeitnehmern oder Verbände solcher Vereinigungen. Diesen Vorschlagslisten stehen gleich:

a) Vorschlagslisten von Arbeitgebern, die von den Vertretern von mindestens 150 Stimmen unterzeichnet sind,

b) Vorschlagslisten von Versicherten, die mindestens 200 Unterschriften tragen.

Die Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern oder von Verbänden solcher Vereinigungen müssen von den zur Vertretung der Vereinigung oder des Verbandes gesetzlich berufenen Personen unterzeichnet sein.

Die Wahlberechtigten werden hierdurch zur Teilnahme an der Wahl eingeladen und die in Frage kommenden Berechtigten zugleich aufgefordert, Vorschlagslisten einzureichen. Es können nur solche Vorschlagslisten berücksichtigt werden, die spätestens vier Wochen vor dem Wahltage bei dem unterzeichneten Kassenvorstand eingereicht sind. Die zugelassenen Wahlvorschläge der Arbeitgeber sind vom 21. November bis 3. Dezember 1927 und diejenigen der Versicherten vom 14. bis 26. November 1927 zur Einsichtnahme der Beteiligten in den Geschäftsräumen der Kasse ausgelegt. Wird nur eine Vorschlagsliste zugelassen, so gelten die darin Vorgeschlagenen in der Reihenfolge der Liste als gewählt, ohne daß eine Wahl stattzufinden hat. Sind auf gültigen Vorschlagslisten im ganzen nur soviel Bewerber benannt, als Vertreter zu wählen sind, so gelten sie als gewählt. Sind weniger vorgeschlagen, so gelten diese als gewählt; die noch fehlenden Vertreter beruft das Versicherungsamt (Aufsichtsbehörde) aus der Zahl der Wählbaren. Findet hiernach keine Wahl statt, so teilt das der Wahlleiter den Listenvertretern vor dem Wahltage mit. Kommt es zu einer Wahl, so können die Wähler ihr Wahlrecht nur persönlich ausüben. Die Stimmabgabe erfolgt durch Stimmzettel, die in einem mit dem Stempel der Kasse versehenen und im Wahllokal erhältlichen Umschlage abzugeben sind. Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe und einer Größe von 9×12 Zentimeter sein.

Als Wählerlisten gelten die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse. Diese liegen bei unseren Meldestellen zur Einsichtnahme aus. Etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberechtigung sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens vier Wochen vor dem Wahltage unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Kassenvorstand einzulegen.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Wahlausschüsse befugt sind, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung nachzuprüfen, und daß es sich daher empfiehlt, einen Ausweis hierüber (letzte Quittung über bezahlte Kassenbeiträge, Bescheinigung des Arbeitgebers über das Bestehen des Beschäftigungsverhältnisses usw.) mitzubringen. Eine weitere Benachrichtigung der Wähler findet nicht statt.

Im übrigen ergeben sich alle für die Wahlen in Frage kommenden Bestimmungen aus der Kassensatzung und der einen Teil der Satzung bildenden Wahlordnung, die in den Geschäftsräumen der Kasse während der Dienststunden zur Einsicht der Beteiligten ausliegt.

Weißenfels, den 12. Oktober 1927. *2802

Der Vorstand der Landkrankenkasse für den Landkreis Weißenfels.
Thimey, Vorsitzender.

Bekanntmachung

Die Wahl der Vertreter des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Weißenfels findet

für die wahlberechtigten volljährigen Arbeitgeber

am Sonntag, dem 4. Dezember 1927, von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags,

für die wahlberechtigten volljährigen Versicherten

am Sonntag, dem 27. November 1927, von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, statt.

Zu wählen sind:

6 Vertreter, 12 Stellvertreter der beteiligten Arbeitgeber,

12 Vertreter, 24 Stellvertreter der Versicherten.

Für die Wahlen wird der Kassenbezirk in Stimmbezirke geteilt. Als Stimmbezirke gelten die Bezirke der Meldestellen der Kasse. Als Wahllokale werden die Bureaus der Meldestellen bestimmt, und zwar:

Meldestelle Weißenfels: Kreisständehaus, Zimmer Nr. 7,
Meldestelle Hohenmölsen: Gasthof „Deutsches Haus",
Meldestelle Teuchern: Bahnstraße Nr. 3,
Meldestelle Osterfeld: Rinnegasse Nr. 10,
Meldestelle Droyßig: Gasthof „Deutsches Haus",
Meldestelle Theißen: Weißenfelser Straße Nr. 6,
Meldestelle Schkölen: „Ratskeller",
Meldestelle Stößen: Restaurant Ludwig.

Für die Zugehörigkeit zu den einzelnen Stimmbezirken ist der Beschäftigungsort maßgebend. Wähler, die im Stimmbezirk ihres Wohnorts ihre Stimme abgeben wollen, haben sich rechtzeitig, spätestens aber vor dem Wahltage, bei der Meldestelle, bei der sie gemeldet sind, einen Wahlausweis ausfertigen zu lassen. Dieser berechtigt den Wahlberechtigten zur Abstimmung im Stimmbezirk seines Wohnorts. Die außerhalb des Kassenbezirks Wohnenden wählen in dem Stimmbezirk, in dem sie beschäftigt sind.

Die Wahl ist geheim und erfolgt auf Grund von Vorschlagslisten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Die Stimmabgabe ist an die zugelassenen Vorschlagslisten gebunden. Die Vorschlagslisten sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und sollen höchstens dreimal soviel Bewerber enthalten, als Vertreter zu wählen sind. Zur Einreichung von Wahlvorschlägen sind berechtigt wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern und von Arbeitnehmern oder Verbände solcher Vereinigungen. Diesen Vorschlagslisten stehen gleich:

a) Vorschlagslisten von Arbeitgebern, die von den Vertretern von mindestens 100 Stimmen unterzeichnet sind,

b) Vorschlagslisten von Versicherten, die mindestens 200 Unterschriften tragen.

Die Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern oder von Verbänden solcher Vereinigungen müssen von den zur Vertretung der Vereinigung oder des Verbandes gesetzlich berufenen Personen unterzeichnet sein.

Die Wahlberechtigten werden hierdurch zur Teilnahme an der Wahl eingeladen und die in Frage kommenden Berechtigten zugleich aufgefordert, Vorschlagslisten einzureichen. Es können nur solche Vorschlagslisten berücksichtigt werden, die spätestens vier Wochen vor dem Wahltage bei dem unterzeichneten Kassenvorstand eingereicht sind. Die zugelassenen Wahlvorschläge der Arbeitgeber sind vom 21. November bis 3. Dezember 1927 und diejenigen der Versicherten vom 14. bis 26. November 1927 zur Einsichtnahme der Beteiligten in den Geschäftsräumen der Kasse ausgelegt. Wird nur eine Vorschlagsliste zugelassen, so gelten die darin Vorgeschlagenen in der Reihenfolge der Liste als gewählt, ohne daß eine Wahl stattzufinden hat. Sind auf gültigen Vorschlagslisten im ganzen nur soviel Bewerber benannt, als Vertreter zu wählen sind, so gelten sie als gewählt. Sind weniger vorgeschlagen, so gelten diese als gewählt; die noch fehlenden Vertreter beruft das Versicherungsamt (Aufsichtsbehörde) aus der Zahl der Wählbaren. Findet hiernach keine Wahl statt, so teilt das der Wahlleiter den Listenvertretern vor dem Wahltage mit. Kommt es zu einer Wahl, so können die Wähler ihr Wahlrecht nur persönlich ausüben. Die Stimmabgabe erfolgt durch Stimmzettel, die in einem mit dem Stempel der Kasse versehenen und im Wahllokal erhältlichen Umschlage abzugeben sind. Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe und einer Größe von 9×12 Zentimeter sein.

Als Wählerlisten gelten die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse. Diese liegen bei unseren Meldestellen zur Einsichtnahme aus. Etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberechtigung sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens vier Wochen vor dem Wahltage unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Kassenvorstand einzulegen.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Wahlausschüsse befugt sind, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung nachzuprüfen, und daß es sich daher empfiehlt, einen Ausweis hierüber (letzte Quittung über bezahlte Kassenbeiträge, Bescheinigung des Arbeitgebers über das Bestehen des Beschäftigungsverhältnisses usw.) mitzubringen. Eine weitere Benachrichtigung der Wähler findet nicht statt.

Im übrigen ergeben sich alle für die Wahlen in Frage kommenden Bestimmungen aus der Kassensatzung und der einen Teil der Satzung bildenden Wahlordnung, die in den Geschäftsräumen der Kasse während der Dienststunden zur Einsicht der Beteiligten ausliegt.

Weißenfels, den 12. Oktober 1927. *2803

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Weißenfels.
Alb. Blechschmidt, Vorsitzender.

Meine Weihnachts-Ausstellung

ist eröffnet!

Adolf Mieth

Weißenfels a. S.

Jüdenstraße Jüdenstraße

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0007
DFG

Für den Winterbedarf

biete ich folgende Waren **enorm billig** an!

Leibwärmer	75 95	Kohlenlöffel	35 50
Wärmeflaschen	1,45 1,95	Grudelöffel	25
Wärmeflaschen, verk. und vernickelt	2,95	Kohlenzange	40
Leibwärm., vern.	1,95 2,45	Feuerhaken	25
Wärmefl., echt Kupfer	4,90	Aschheimer	1,95 2,45
Leibwärm., echt Mess.	2,95	Brikettkasten	2,95
Kohlenk. engl. m. Deck	2,95	Kohlenplätten	3,95
Kohlenk. ex rast. gr.	3,95	Plätten, vern.	4,90
Ofenschirme, gr., dek	9,50	Elektr. Plätten m. Zuleitg. 3kgschw	8,50
Petroleumkannen, 2 l	95	Wandkaffeemühlen, la Mahlwerk	3,95
Handlaternen	75 1,10	Schoßmühlen	1,95 2,45
Sturmlaternen	2,45	Schoßmühlen, Holz m. vern. Trichter	3,60
Küchenlampen	65 1,25 1,75	Reibemaschinen	von 2,45 an
Tischlampen	3,95 4,90 5,75	Küchenwagen	von 2,75 an
Nachtlampen	85 95 1,25		
Spirituskocher	50 85 1,25		
Gasspirituskocher mit Ball	4,90		

Spezial-Haus für Haus- und Küchengeräte, Galanterie-Luxus-Leder- und Spielwaren.

Fleischhackmaschine, Alexanderwerk, 5er	4,50	Marktwaagen m. Topf	von 14,50 an	Haushaltswaagen mit Messingschalen	7,90
Fleischhackmasch. em., 8er	5,90	Eßbestecke 50	Küchenmesser 20	Kaffeelöffel, Alum.	Stück 7
Fleischhackmasch. verz., 8er	6,90	Eßbestecke, Ebenh. u. Kokos	95	Eßlöffel	10 und 15
Holzstoff-Eimer	3,45 3,95	Zinkeimer	95 1,10 1,25	Geflügelscheren	2,75
Holzstoff-Wannen	4,90 5,90	Zinkwannen	2,25 2,75 3,45	Brotkapsel, 6 Pfd.	2,95
Holzstoff-Teigschüssel, gr	2,75	Volksbadewannen	17,50 19,50	Brotkasten	2,95 3,95
Holzst.-Tabletts	95 1,45 1,95	Sitzbadewannen	10,90 12,50	Eimer, emaill., grau	95 1,18
Backformen	von 95 Pf. an	Kinderbadewannen	9,50	Eimer, weiß u. n. ublau	1,45
Kuchenbleche, rd	75 1,25	Backbleche, gr.	1,45 1,75	Eimer, dek. u. marmor.	1,95
Stielpfannen, u. m. Holzgr.	1,10	Stielpfann., Schwarzbl	45 65	Springformen	75 95
Kartoffelpressen	1,10 1,35	Reibeisen, groß	50	Gemüsehobel	25

Waschständer 1,25 1,95 | **Waschtische 3,95 4,90** | **Handplätten von 1,45 an**

Emaille-Geschirre
großes Sortiment, zu billigsten Preisen

Aluminium-Geschirre
größte Auswahl, billigste Preise

Carl Reiter, Weißenfels

Jüdenstraße 12 **Jüdenstraße 12**

Wir eröffnen

heute nachmittag 3½ Uhr in Bitterfeld, Kirchstr. 15

ein modernes Spezialgeschäft für

Herren- und Jünglings-Kleidung

Unser ganz der Zeit angepaßtes

Verkaufssystem

werden wir auch in Bitterfeld einführen, d. h. wir verkaufen auf

Teilzahlung

zu Barzahlungspreisen ohne einen Pfennig Aufschlag und ohne Zinsberechnung. Da die Inhaber unserer Firma mehrere große Kleiderfabriken haben, sind wir in der Lage, trotz

Teilzahlung

zu Barzahlungspreisen zu verkaufen, d. h. wir rechnen mit demselben Prozentsatz wie jedes reelle, auch das größtes Barzahlungsgeschäft rechnen muß.

Unser System:

¼ Anzahlung, 16 Wochen- oder 4 Monatsraten! Jedes Stück wird sofort bei Kauf ausgehändigt!

Wir erwarten Sie zu unserer Eröffnung!

Schmitz & Co., Bitterfeld

Kirchstraße 15 **Kirchstraße 15**

---

8 billige

Sonder-Verkaufstage

Anzüge, Mäntel, Paletots
Knaben-Anzüge, Knaben-Mäntel
ganz besonders billig

Während des Sonderverkaufs wird jedes Stück Großkonfektion **gratis** in tadellosen **Reisekoffer** verpackt

Jarosch Bitterfeld Markt 7
Das Haus der guten Qualitäten

Geschäftseröffnung

Mein Zweiggeschäft Gr. Brauhausstr. 31 habe ich mit dem heutigen Tage nach

Geiststr. 9 (Ecke Fleischerstraße)

verlegt

Um gütigen Zuspruch bittet fernerhin 2850

Hallisches Seifenhaus
Otto Renner
Talamtstr. 9 (a. d. Marktkirche) Tel. 28641 — Geiststr. 9 (Ecke Fleischerstr.) Tel. 22059

Arbeiter-Sport- u. Kulturkartell Merseburg

Sonntag, den 16. Oktober, abds. 8 Uhr in der „Turnhalle", Wilhelmstraße:

Werbe-Sport-Abend

Hierzu wird die organisierte Arbeiterschaft von Merseburg herzlich eingeladen

2807 **Der Vorstand**

Sprechmaschinen

reiche Auswahl. Anzahlung v. 3 Mk. an Schallplatten, Ersatzteile, Reparaturen

Wringmaschinen

beste Qualität. Anzahlung 3 Mark

Fahrradlaternen

in größter Auswahl. Karbid u. elektrisch Bosch und andere

Fahrrad-Vertrieb „Saale"
Weißenfels, Nikolaistr. 33 (Laden)
Filialen: Groß-Corbetha und Markröhlitz

Ich streue Ihnen keinen Sand in die Augen indem ich hohen Rabatt gewähre

Qualitäts Möbel

mit einem bescheidenen Verdienst kalkuliert, die sollte sich jeder ansehen. Wer daher seinen

Vorteil

wahren will, kauft bei mir

Klaar & Co., Inh. G. Spiller
Größte und besteingerichtete **Möbelfabrik** am Platze
Weißenfels, Jüdenstraße 45

Druck

sachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter.

Alle Bücher
empfehlen die
Buchhandlungen
Lerchenfeldst. 14
Harz 42/44

Preiswerte **Küchen**
Alfred Andag
Innenarchitekt, Poststraße 9 und 10

Kaufen Sie Ihre **Wringmaschine**, lassen Sie Ihre **Wringmaschine** reparieren nur bei
Otto Sparmann
neben Walhalla
Telephon 26504

Schlafstelle frei Stadtgutweg 14, part. rechts

In der Nacht v. Sonnabend, d. 8. zum Sonnt. d. 9. Okt. ist ein Herrenfahrrad abhanden gek. a. d. Wege Flugplatz — Gaub Karl-Ernst Troth. Ehrl. Find. wird gebet., dasj. geg. Belohn. abzug. Seeben, Hall. Str. 10

Prima **Fleisch- und Wurstwaren** empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels
Fischgasse 1

BITTERFELD
„Gesellschaftshaus"

Sonnabend und Sonntag, den 15. Okt. und 16. Okt.:

Große Hauskirmes

Sonnabend spielt: „Offi"

Sonntag: **Kirmes-Ball**

Es ladet herzlichst ein
2805 ??????

Konsum-Verein Giesien und Umg.
Eingetr. Genossensch. mit beschr. Haftpflicht

Sonntag, den 23. Okt. 1927 nachm. 2 Uhr im Gasthof **Raue, Rockwitz**

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht u. Richtigkeitssprechung desselben sowie Entlastung des Vorstandes
2. Revisionsbericht
3. Ergänzungswahl des Vorstandes und Aufsichtsrates sowie zweier Ersatzmänner
4. Anträge der Mitglieder nach § 41 des Statuts
5. Verschiedenes

Die geehrten Mitglieder werden zu recht zahlreichem Besuch eingeladen

1497 Für den Aufsichtsrat: Otto Fuchs

1893 Weißenfels

Sonntag, den 16. Oktober 1927, ab nachmittags 4 Uhr, im „Stadttheater" (Volkshaus):

Vergnügen

Jazz-Kapelle des städt. Orchesters
Für Mitglieder Eintritt 50 Pf. (Als Ausweis dient Mitgliedsbuch)
Tanz frei 2806

Ab 4 Uhr findet im „Wintergarten" eine

:: Simultan-Schachvorstellung ::

aus Anlaß der Werbewoche d. Arbeiter-Schachbundes statt
Auch Nichtmitglieder können sich beteiligen

Für Herbst und Winter

Waschsamt	in vielen modern. Farben Meter 2,90 2,60	1,95
Popeline	in reicher Auswahl Meter 3,90 2,50	1,85
Wellrips	130 cm breit Meter 7,80 6,80	5,80
Composé	reine Wolle, entzückende Neuheiten, Meter 5,50 3,25	2,70
Schotten	viele Qualitäten, Meter von	1,40 an
Lindener Köper-Velvet	schw. u. farbig, Met. 10,80 7,80	6,90
Velour de laine	reine Wolle, 130 cm breit, Meter	6,90

In Damen-Mänteln täglich Eingang von Neuheiten

Hermann Kittel / Zeitz
Großer Wendischer Berg 11 (am Fuße der Drahtseilbahn)

Prima fettes Fleisch u. alle Wurstsorten
Fett und Schmeer
Täglich von 4 Uhr an **„Heiße"** 2809
Karl Kessler
Weißenfels
Marienstraße Nr. 21
Telephon 614

Schokoladen, Kaffee, Tee, Lebensmittel,
kaufen Sie am billigsten bei
Klingberg & Garls
Nachflg.
Inh.: H. Steinbrecher
Weißenfels 1491
Leopold-Kellstraße 12
Fischgasse 19

Wir empfehlen:
Prima argentinisches
Ochsenfleisch

Kochfleisch	Pfund 80 Pf.
Bratfleisch mit Beilage	Pfund 85 Pf.
Bratfleisch ohne Knochen	Pfd. 110 Pf.
Rouladen	Pfd. 120 Pf.
Goulasch	Pfund 100 Pf.
Gehacktes	Pfund 100 Pf.

Sämtliche Wurstwaren billigst
Karl Wahl & Sohn
Zeitz, Wasservorstadt 12

Spendet für die Rote Hilfe

Lichtspiel-Theater Wittenberg

bringt von Freitag bis Montag ein Meisterwerk deutscher Filmkunst

Liebelei

Nach dem berühmten Schauspiel von **Arthur Schnitzler** in 7 Akten
Mitwirkende: **Lois Lerch, Henry Stuart, Evelyn Holt, Hilde Maroff, Robert Scholz, Vivian Gibson, Jaro Fürth, Karl Platen** 2825

Im Beiprogramm:

Buddy als Erfinder
ein Lustspiel in 2 Akten

Tierleben im und am Wasser

Keine erhöhten Preise! Nur für Erwachsene!
Anfang: Wochentags jetzt 5.30 und 8 Uhr, Sonntags 4, 6,10 u. 8.15
Wer es ermöglichen kann, bitte die Anfangsvorstellungen zu benutzen!

Morgen 2826
blutfrische Seefische
prima Bücklinge
Fischmarinaden
Markt
Frau Penzel
1. Stand, Fischstraße

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten!

Wiener Lichtspiele Piesteritz

Freitag bis Montag:
Der erste „Lily-Damita"-Großfilm des Deutschen Lichtspiel-Syndikates

Die letzte Nacht

nach dem englischen Schauspiel
Hochzeitsnacht
In den Hauptrollen: „Lily Damita, Harry Liedtke, Ernst Verebes" usw.
Außerdem: Eine reichhaltige Unterhaltung 2822
Anfang 8 Uhr
am Sonntag 6 Uhr u. 8¼ Uhr

Rasberg bei Zeitz

Gasthof „Zum Brühl"
Sonntag, den 16. Oktober 1927, abends 8 Uhr:

Großes **Doppel-Konzert**

Ausführende: 2820
Volkschor Rasberg
(Mitglied d. Deutsch. Arbeiter-Sängerbundes)
Leitung: O. Trautmann
Mand.- u. Gitarre-Orchester, Zeitz
(Mitglied d. Deutsch. Arbeiter-Mand.-Bundes)
Leitung: W. Biehweger

Hierzu laden wir die gesamte Arbeiterschaft von Zeitz, Rasberg und Umgegend ein
Der Wirt **Die Vorstände**

Arbeiter-Gesangverein Langendorf
(Mitglied d. Deutschen Arbeiter-Sängerbundes)

Zu unserem am Sonntag, 16. Oktober, im Gasthaus Lorbeer stattfindenden

: Stiftungsfest :

bestehend aus 2814
Ball und Gesangs-Konzert
unter Mitwirkung v. Brudervereinen
laden alle Freunde des Arbeiterliedes ergebenst ein **Der Vorstand**

Von 4 bis 7 Uhr ●● Tanz ●●
Anfang des Konzerts 8 Uhr
Musik von der Jazz-Kapelle des Roten Frontkämpfer-Bundes

Radio / Planarein
Einzelteile, Netzanoden, kompl. Anlagen sprechreif, Lautsprecher in groß. Auswahl
Auf Wunsch Zahlungserleichterung
Gewissenhafte Akku.-Ladestation
Radio-Zentrale und Foto-Handlung 2848
Max Landmann, Ammendorf

Volkschor Eisleben
Sonntag, den 16. Oktober 1927, abends 7 Uhr im „Volkshaus"

Herbstvergnügen

wozu freundlichst einladet *2813
Der Vorstand

Die gute Zigarre!
bei **H. Liszy Lange Str. 7**

Alle Parteischriften
empfehlen die
Volksbuchhandlungen
Harz 42/44 Lerchenfeldstraße 14

Familien-Nachrichten

Am Donnerstagmorgen 7½ Uhr entschlief sanft nach langem schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden, im Alter von 39 Jahren, meine liebe Frau, unsere gute sorgsame Mutter, Schwieger- und Großmutter, Tochter, Schwägerin und Tante

Frau Marie Beier
geb. Neumeister

Dies zeigen tiefbetrübt an
Der trauernde Gatte und Kinder

Die Beerdigung findet am Montag, dem 17. Oktober 2½ Uhr von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt 2847

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0008

Merseburg-Querfurt

Die Leuna-Zeitung der SPD. eine Werkszeitung

A.-K. Die Sozialverräter vom „Volksblatt" machen ganz gewaltige Anstrengungen. Sie brachten letztens in großer Auflage wieder ihr Schmierblatt, die sogenannte „Leuna-Zeitung", heraus, die kostenlos verteilt wurde. Es haben sich immer sehr wenig Käufer unter der großen Leuna-Belegschaft für diesen Pressefschmok gefunden. Und wenn man die Debatten hört, die die Kollegen über das Presserzeugnis pflegen, so findet man die Begründung dafür.

Die letzte Nummer schlug dem Faß den Boden aus. Auf der Titelseite prangte ein Bild, das den Bayernring in Kössen darstellt. Dort wird die Platzarchitektur gelobt. Kössen muß wirklich eine Perle in Mitteldeutschland sein, denn für die „Monumentalbilder" der dortigen Bauten muß ja nach der „Leuna-Zeitung" jedes Gemüt empfänglich sein. Man wundert sich nur, daß sie bei ihrer Schmiererei immer noch eine Note finden, die sich pro forma von den bürgerlichen Journallen unterscheidet. Sie sind raffiniert genug, um nicht über die Leuna-Schornsteine, die dreckigen, Flugasche speienden Schlote zu philosophieren. Sie schreiben nicht: „Unter den Schatten der 13 Riesen", dafür lassen sie aber eine andere Rakete los. Diese lautet:

„Die Großstadt der Zukunft."

Und da schildern sie die Gartenvorstadt Neurössen, wo die Arbeiterhäuser so luftig und sonnig sind. Wo wirklich der Ort ist für die Feierabendstunde. Der Schreiber des Artikels hat wahrscheinlich noch nicht dort draußen gewohnt, sonst würde er mindestens erwähnt haben, daß kein Mensch ein Fenster in der Kolonie öffnen kann und daß vor allen Dingen die Hausfrauen ihre Wäsche kitzegrau von der Leine hereinholen, wenn eben die Leuna-Essen ihren Segen sprudeln. Das letztere ist meist der Fall, weil die Windrichtung nach dieser Seite geht.

Auch sonst bietet der Artikel allerhand laumarmen Schmus. Man will so tun, als ob man wirklich noch Klasseninteressen vertritt! Man schreibt, daß die Klassenunterschiede in Rössen noch zum Vorschein kommen und daß die Villen der Fabrikdirektoren abstechen von den Hütten der Proleten. Nun, das hat noch keiner abgestritten, aber vermißt wird doch, **wie sich der Berichterstatter die Sache einmal denkt!** Sollen denn die einen sich immer in 24 Zimmern tummeln dürfen, während die anderen zu sechsen und achten in der Küche sitzen? Darüber wird die „Leuna-Zeitung" wohl keine Auskunft geben!

Sie schildert ja nur „Leuna-Blitzlichter". Eigentlich müßte es heißen: „Leuna-Talglichter." Denn die ganze Schilderung über den Tageslauf eines Leuna-Proleten ist nichts Positives. Nicht ein einziges Mal wagt die Zeitung vom Leuna-Zuchthause zu schreiben, einen Ausdruck, den mindestens 90 Prozent der Belegschaft für treffend halten. Dafür ist sie ja eben eine Zeitung, die Leute einseifen will. Mit diesem Blättchen kann jeder Leuna-Belzer durch die Betriebe gehen, da wird ihm kein Härchen gekrümmt werden. Er kann sie getrost überall verteilen und verkaufen, denn trotz des Oppositionsgeschreies ist die Zeitung doch nur ein Blatt für die Chemiekönige. In die Gosse mit diesem Reptil! Schafft und unterstützt die alte bewährte Betriebszeitung „Der Leuna-Prolet"! Nieder mit jeder unechten Ware!

Merseburg. Die „Tageblatt"-Journaille bringt eine dahige Sache in der Mittwoch-Nummer von einer sogenannten „Handwagen-Aktiengesellschaft". Irgend ein O... mag im „Ratsfeller" gesessen und den sogenannten Leitartikel für sein Blättchen geschrieben haben. Er schildert, wie eine Familie mit einem Handwagen voll Kartoffeln und Krautköpfen ihre sogenannte Ernte einführt. Die Kinder der Betreffenden passen auf, daß nichts herunterpurzelt. Er ergeht sich u. a. in folgenden Ergüssen: „Wie friedlich ist eine solche Handwagengemeinschaft! Da ziehen sie in gleichem Schritt und Tritt an derselben Deichsel. Es ist der Ertrag ihres Gartens, den sie heimrollen. Sie freuen sich ihrer kleinen Ernte. Die ganze Familie ist beteiligt. Das Jüngste thront vielleicht oben auf dem Wagen, mit einem Zweig in der Hand, an einem Pflaumenkern lutschend. Es sieht so gemütlich aus, wie sie da des Weges einhertrotten. Die Handwagengemeinschaft gibt jedem seinen kleinen Dienst und schließt sie fest zusammen. Mann und Frau ziehen den Wagen. Er links, sie rechts, rings springen die Kinder herum. Hinterher rollt die Last. — Ist es nicht das Abbild einer Ehe? Sie haben sich angespannt und bringen es nun vorwärts und freuen sich, wenn es recht schnell geht. Noch mehr freuen sie sich, wenn es recht schwer ist, denn es ist ja ihre Last!" Wenn man nicht wüßte, daß so ein bürgerlicher Stribifax eben nicht weiß, womit er sein Blättchen füllt, könnte man sich darüber etwas auslassen. So empfindet man aber nur die lächerliche Seite an der Geschichte. Man wünscht dem Herrn, daß er einmal bei seiner Zeitung abgebaut wird, damit er mit seiner treuen Zuleika an solch einem idyllischen Handwagen zieht.

Merseburg. Von den Nikoläusen. Das sogenannte nationalpolitische Colleg (wer das ist, das weiß nun schon jedes Kind — das ist Nikolaus Schäfer aus dem Leuna-Werk mit seinem dünngesäten Anhang) macht eine ganze Reihe Vortragsabende. Dort sprechen sie über allen möglichen Blödsinn, der eigentlich wenig die Arbeiterschaft interessiert. Wir gehen heute nur darauf ein, weil das letzte Thema so recht vielsagend war. Ein gewisser Pfeifer aus Bad Kösen stotterte über die Deutschen als Landsknechte, und da kamen allerhand schöne Dinge zum Vorschein. In der Diskussion wollte ein Prolet, der sich immer noch in diesen Reihen befindet, eine Parallele zwischen der deutschen Reichswehr und den früheren Landsknechten ziehen. Man hat ihn aber gar nicht zu Worte kommen lassen. Nikolaus allein hat gesprochen. Er hat hervorgehoben in seiner Rede, daß die Landsknechte nichts mit Treue (teutsche Treue) zu tun hätten, daß man auf sie aber das Prädikat allzu großer Dummheit anwenden könnte. Wir glauben, er hat das richtige getroffen, nur hat er vergessen hinzuzusetzen, daß Landsknechte und Kapitalsknechte absolut identisch sind.

Wünschendorf. Rationalisierung in der Landwirtschaft. Die Herren Landwirte mit den großen Ländereien sind sehr im Druck. Sie finden nicht genügend Leute zur Rübenernte, weil sie einen Lohn zahlen, den man kaum einem Bettelmann anbieten kann. Es langt zu allem möglichen, nur nicht zu den Löhnen der Arbeiter. Jetzt hat man nun Rübenerntemaschinen beim Wickel. Dieselben werden jetzt durch die Landwirtschaftskammer zur Vorführung gebracht. Am 8. November findet die erste Vorführung beim Gutsbesitzer Hüffe statt. Wenn die Sache also klappt, dann wird ein einziger Mensch die Rübenernte allein bewältigen können.

Lützen. Omnibus-Fahrzeiten! In der Autobusverbindung Thesau—Dürrenberg ist insofern eine Aenderung eingetreten, indem der Omnibus ab 1. Oktober 1927 bis 31. März 1928 erstmalig ab Lützen 10.48 Uhr vormittags in Richtung Thesau fährt. Die Frühverbindung nach Dürrenberg um 9 Uhr vormittags kommt somit in Wegfall. Die übrigen Fahrzeiten sind beibehalten.

Cracau. Motorrad und Gans. Ein Motorradfahrerunfall ereignete sich hier am Dienstag gegen 17 Uhr. Als ein Motorradfahrer die Dorfstraße in der Nähe des Ortsteiches passierte, geriet ihm eine Gans unter das Vorderrad. Der Motorradfahrer verlor dadurch die Gewalt über sein Rad, fuhr gegen die Bordkante und wurde heruntergeschleudert. Er erlitt erhebliche Verletzungen am rechten Bein, sowie Hautabschürfungen an beiden Händen. Das Motorrad wurde nur wenig beschädigt.

Rechnet die Antikriegsmarken ab!

Aus dem Saalkreis

Unzufriedenheit der Sozialrentner

Uns wird geschrieben:

Am Sonntag früh fand eine Vertrauensmännerversammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden für den Saalkreis statt, die sich mit wichtigen Fragen der Sozialpolitik und des Standes der Organisation beschäftigte. Der Kreisleiter Schoenlank erstattete den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß die Kreisorganisation in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht habe. Insbesondere sei eine Anzahl neuer Ortsgruppen gebildet worden. Schwieriger sei es, in die rein ländlichen Orte vorzudringen, da hier die alten Sozialrentner noch sehr abhängig von den Landwirten und rückständigen Ortsvorstehern seien. Dennoch gehe es auch hier vorwärts. Besonders wichtig sei es, daß der Verband nunmehr offiziell im Fürsorgeausschuß des Saalkreises vertreten sei. Hier könnte segensreiche Arbeit geleistet werden. Leider sei auf dem Gebiete der Sozialrenten noch manches im argen. **Vor allem bestünden noch drei Arten von Richtsätzen.** In anderen Kreisen sei man davon schon abgekommen und gewähre einen einheitlichen Richtsatz. Ferner seien im Saalkreise die Richtsätze, verglichen mit solchen aus dem Regierungsbezirke Magdeburg, recht niedrig. Dort würden zum Teil schon Richtsätze von 45 Mark gezahlt, während im Saalkreise der Richtsatz in der höchsten Klasse nur 38,50 Mark betrage.

Unverständlich sei das Verhalten des Kreistages, der die alten Forderungen der Sozialrentner auf einen Richtsatz von 40 Mk. abgelehnt habe.

Hier müsse unbedingt die Arbeitermehrheit wie im Magdeburger Bezirke ausgenutzt werden. **Die Erbitterung über diese niedrigen Richtsätze wachse ständig.** Darum schlage er vor, vom 27. November an eine große Agitation zu entfalten.

In der Aussprache übten alle Redner heftige Kritik an dem Verhalten des Kreistages. Es wurde eine Entschließung vorgeschlagen und angenommen, die mit den Unterschriften des Vorstandes versehen der Arbeiterpresse zur Verfügung gestellt werden soll. Diese lautet:

„Die Kreiskonferenz des Zentralverbands der Arbeitsinvaliden für den Saalkreis bedauert den Beschluß des letzten Kreistages, der die berechtigten Forderungen der Sozialrentner auf eine Erhöhung der niedrigen Richtsätze ablehnte. Sie erwartet nunmehr, daß diese bei der zunehmenden Teuerung auf 45 Mark für einen Alleinstehenden, auf 67,50 Mk. für ein Ehepaar erhöht wird. Die Kreiskonferenz erwartet von dem sozialen Verständnis der Arbeitermehrheit, daß sie diesen Forderungen zustimmt und einen Weg findet, die dazu nötigen Mittel zu decken.

Solange die Invalidenrenten nicht so hoch sind, um aus der sozialen Fürsorge ausscheiden zu können, muß die Sozialrente so hoch sein, daß ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird.

Schoenlank, Dammendorf. Seaf, Könnern. Bartsch, Ammendorf.

Die Vertrauensmännerkonferenz beschloß ferner, den Rechtsschutz auszubauen und die Werbewoche abzuhalten.

Nachdem noch einige organisatorische Fragen erledigt worden waren, wurde die arbeitsreiche Konferenz mit dem Versprechen geschlossen, gemeinsam mit der organisierten Arbeiterschaft für die Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen zu kämpfen.

*

Dieser Bericht, den uns die Leitung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden übersendet, zeigt dem Eingeweihten, daß die Leitung dieser Organisation, aus Sozialdemokraten bestehend, und ihre Mitglieder, die auch zum Teil der SPD. angehören, endlich gegen den Beschluß des Kreistages, die Richtsätze für die Sozialrentner nicht zu erhöhen, vorgegangen sind. Die Resolution, die sich gegen diesen Beschluß wendet, richtet das Verhalten der sozialdemokratischen Kreistagsabgeordneten und des sozialdemokratischen Landrats Müller, die sich auf das heftigste dem kommunistischen Antrag auf Erhöhung der Richtsätze widersetzt hatten. Aber dieser Bericht zeigt auch noch etwas anderes. Nämlich, daß die Schoenlank und Genossen es nicht über sich gewinnen können, ihre Bureaukratie offen anzugreifen und die ganze Wahrheit zu sagen. Die halbe Wahrheit ist so gut wie keine. Es wird in diesem Bericht immer davon gesprochen, daß „der Beschluß des Kreistages", die berechtigten Forderungen der Sozialrentner abzulehnen, mißbilligt werde. Daß dieser Beschluß **allein gegen die kommunistischen Stimmen zustande kam, daß der Bürgerblock in der Minderheit geblieben wäre, wenn die Sozialdemokraten sich nicht in jene verräterische Einheitsfront mit ihm begeben hätten, das sagt der Bericht in keiner Weise.** Und deshalb wird es immer so bleiben, wenn auch Schoenlank radikale Töne vor seiner Mitgliedschaft redet. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden genau wie der sozialdemokratische Landrat, ohne auf die Proteststimmen aus ihrer eigenen Partei zu hören, über die Interessen der ärmsten der Armen hinweggehen. Sie werden die Forderung nach Erhöhung der Richtsätze weiterhin als kommunistischen Agitationsantrag, als demagogisches Manöver bezeichnen und weiterhin brav in Einheitsfront mit den Agrarkapitalisten und Stahlhelmern des Saalkreises machen.

Arbeiterkorrespondenten, rüstet!

Zu den Arbeiterkorrespondentenkonferenzen

die in nachfolgenden Orten stattfinden:

In Merseburg am 16. Oktober.
In Halle für den Wirtschaftsbezirk Saalkreis am 23. Oktober.
In Wittenberg am 23. Oktober.
In Bitterfeld am 23. Oktober.
In Torgau am 23. Oktober.
In Elsterwerda am 23. Oktober.
In Halle für die Stadt Halle am 6. November
In Delitzsch am 6. November.
In Weißenfels am 6 November.
In Eisleben am 6. November,
In Naumburg am 13 November.

Tagungslokal und Tagungszeit für die einzelnen Konferenzen werden noch veröffentlicht. Die Tagesordnung lautet auf allen Konferenzen:

Politische Lage und politische Aufgaben der Arbeiterkorrespondenten, Ausbau der Zeitung, Ausbau des Arbeiterkorrespondentenapparates.

Das einleitende Referat hält jeweils ein Mitglied der Redaktion des „Klassenkampf". Zutritt zu den Konferenzen haben alle organisierten Arbeiter, welche gewillt sind, als Arbeiterkorrespondenten an ihrer Zeitung, dem „Klassenkampf", mitzuarbeiten. Als Ausweis ist das Mitgliedsbuch einer Arbeiterorganisation mitzubringen.

Die „Blauen Blusen" in Weißenfels

Schon eine Stunde vor Beginn der Aufführung war der Stadttheatersaal ausverkauft und immer neue Scharen drängten sich, um Einlaß zu bekommen. Als es pünktlich um 8 Uhr begann, waren mehr als 800 Zuschauer anwesend. Schon diese Zahl allein genügt, um zu zeigen, daß die mitteldeutschen Arbeiter dem Rufe gefolgt sind und die „Blauen Blusen" aus Moskau, die schon in Berlin, Leipzig, Chemnitz, Dresden, Breslau jubelnd empfangen worden waren, ebenfalls solidarisch begrüßten. Aber auch Bürgerliche und Sozialdemokraten hatten sich gestern abend dort eingefunden, Reichsbannermitglieder mit ihrem Abzeichen ließen erkennen, daß sie sich stark für die Kunst des neuen Rußland interessieren. Dies alles trotz Sabotage des „Volksboten". Denn diese „linke" SPD.-Zeitung hatte es ebenso wie ihr rechter Bruder, das „Volksblatt", fertig bekommen, die Inserate, welche das Gastspiel ankündigten, abzulehnen. Es hat weder den Arbeitern, noch den „Blauen Blusen" geschadet. Geschadet hat es sicherlich nur der sozialdemokratischen Presse, deren Bösartigkeit hier an eine Grenze gekommen ist, wo sie noch dazu lächerlich wirkt.

Bevor das eigentliche Programm abgewickelt wurde, sang der Weißenfelser Volkschor ein Lied, und nachdem Genosse Schulz (Halle) ein paar Worte über die JAS., die Einberuferin der Veranstaltung, gesprochen hatte, trat der vermittelnde Ansager auf die Bühne, um kurz zu erklären, was die „Blauen Blusen" sind und was sie wollen. Dann kamen sie selbst, und obwohl sie russisch sprachen und sangen, war der Kontakt mit den Zuhörern bald hergestellt. Denn wo in aller Welt, wo es klassenbewußte Arbeiter gibt, verstände man nicht die Symbolsprache von Sichel und Hammer, von „Proletarier aller Länder vereinigt Euch"?!

Nach Schluß unterhielten wir uns mit dem Genossen Juschanin, dem Leiter dieser Truppe. Er erzählte, daß es in Sowjet-Rußland bereits 6000 solcher Truppen gibt, die in die Betriebe, auf die Dörfer, in die kleinen Orte hinausgehen und dort Aufklärung schaffen. „Wir sind kein Kabarett", betonte er wiederholt. „Wir sind eine Bühne, die den Arbeitern nach Feierabend zur Erholung dient, gleichzeitig aber zur Aufklärung. Jede unserer Nummern hat Zweck und Ziel: die Propaganda." Drüben in Sowjet-Rußland steht ihr Programm aktueller aus, erzählte er noch, dort werden die neuesten politischen Tagesereignisse **mit einbezogen**, denn die „Blauen Blusen" sind ja überhaupt die „Lebende Zeitung", die in witziger und kritischer, belehrender und eindringlicherniter Weise überall wirkt. Hier in Deutschland können sie nur Allgemeines zeigen — unsere republikanische Polizei würde alles andere als bolschewistische Propaganda unbarmherzig verbieten, jede Salve auf den Abrüstungsschwindel, jede witzige Abrechnung mit Mussolini oder mit der westeuropäischen bürgerlichen Klassenjustiz. Aber noch das, was sie aus der Zensurumklammerung der deutschen Demokratie an die Oeffentlichkeit retten durften, trägt so sehr den Zug des proletarischen Staates, des mächtigen gemeinschaftlichen Aufbaues, der unversöhnlichen Gegnerschaft gegen die Bourgeoisie, daß, obwohl die Zuhörer kein Wort russisch verstanden, der agitatorische Erfolg unausbleiblich, der starke Eindruck unauslöschlich sein wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Aus der Teucherner Kommunalpolitik

Der Bürgermeister macht sich aus dem Staube — Beschlüsse werden nicht durchgeführt — Sozialdemokraten als müßige Stänker

Die Stadtverordnetensitzung, die am 8. Oktober, vormittags 10 Uhr stattfand, hatte sich mit der Aufnahme eines Wohnungsbaukredites bei der Girozentrale, mit der Aufnahme eines Darlehens zu Kanalisationszwecken und mit der Aufnahme eines Hauszinssteuerdarlehens zu beschäftigen. Weil der Bürgermeister Schilken bereits zweimal in den Sitzungen nicht erschienen war und auch diesmal durch Abwesenheit glänzte, gab Genosse Nessen bei Eintritt in die Tagesordnung folgende **Protesterklärung** ab:

„Am 30. September und 4. Oktober 1927 waren Stadtverordnetensitzungen angesetzt. Der Herr Bürgermeister Schilken war in beiden Sitzungen nicht erschienen. Das ist nicht nur eine Brüskierung der Stadtverordnetenversammlung, sondern der gesamten Bevölkerung der Stadt Teuchern.

Wir lesen im Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadtgemeinde Teuchern für die Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 über Bevölkerungsverhältnisse und Einwohnerschaft folgendes:

„Die Einwohnerschaft unserer Stadt mit ihrer reichen industriellen Umgebung setzt sich zum überwiegenden Teile aus Industriearbeitern zusammen, deren Stärke im Verhältnis zur übrigen Einwohnerschaft (Handwerker, Gewerbetreibende, Landwirte, Beamte usw.) mit 90 Prozent der Gesamtbevölkerung angenommen werden muß."

Die Bevölkerung hat nun Interesse, zu erfahren, wie momentan die Verhältnisse liegen. Der Herr Bürgermeister kann hierüber ausgiebig Auskunft geben. Der Herr Bürgermeister Schilken ist aber, ohne irgend jemand oder die Stadtverordnetenversammlung zu benachrichtigen, in einen dreimonatigen Urlaub gegangen. Die Führung der Geschäfte wurde vernachlässigt und, wie es scheint, das Allgemeinwohl der Stadt Teuchern geschädigt.

Wir haben vor uns den begonnenen Bau eines Wohnhauses für 26 Familien. Dieserhalb wurde beschlossen, eine Anleihe in Höhe von 100 000 Mark aufzunehmen. Nach den Ausführungen des Beigeordneten Gröbe in der angesetzten Stadtverordnetensitzung am 4. Oktober 1927 lassen sich die 100 000 Mark nicht auftreiben, weil auf dem Geldmarkt eine Versteifung eingetreten sei. Es biete sich jetzt Gelegenheit, diesen Betrag durch Wechsel zu erhalten. Erfolgt dagegen die Bewilligung nicht, dann käme es vielleicht soweit, daß der Bau des 26-Familien-Wohnhauses in den nächsten Tagen eingestellt werden müsse.

Die Stadtverordnetenversammlung ist anderer Meinung. Im Interesse der Stadt Teuchern ist eine restlose Aufklärung erforderlich. Es ist die Pflicht des Bürgermeisters Schilken, persönlich in der Stadtverordnetenversammlung zu erscheinen. Nur hier kann eine vollkommene Klärung herbeigeführt werden. Da der Herr Bürgermeister Schilken angeblich nicht nach seinen Dienststunden in der Stadtverordnetenversammlung erscheinen wolle, so liegt sich die Stadtverordnetenversammlung gezwungen, die Sitzungen in die Dienststunden des Herrn Bürgermeisters zu verlegen. Der Herr Bürgermeister Schilken übernimmt die volle Verantwortung für die finanziellen Auslagen der Stadt.

Da uns die Interessen der Stadt höher liegen als das brüskierende Verhalten des Herrn Bürgermeisters Schilken, treten wir in die Verhandlung des 1. Punktes der Tagesordnung ein. Wir werden uns betreffs der 100 000-Mark-Anleihe restlos Aufklärung verschaffen.

Teuchern, den 8. Oktober 1927.

Die Stadtverordnetenversammlung."

Nach dieser Erklärung erhebt sich der Beigeordnete Gröbe (der schon aus verschiedenen Gründen längst nicht mehr Beigeordneter sein dürfte) und nimmt den Beleidigten wegen der Vernachlässigung der Verwaltung. (!!) Genosse Nessen erklärt, daß die Person Gröbe dabei nicht in Frage komme, sondern nur der einzige besoldete Bürgermeister, der es vorzog, in Urlaub zu gehen!

Nachdem Gröbe Aufschluß über die 50 000-Mark-Anleihe gegeben hatte, wurde derselben zugestimmt. Genosse Nessen erklärte, daß die Stadtverordnetenversammlung sich restlos über die Nichtabberufung der 100 000-Mark-Anleihe, die am 27. Mai bewilligt wurde, Aufklärung verschaffen werde. Er beantragte, eine Kommission zu wählen. Seinem Vorschlage wurde zugestimmt.

Nach Annahme des zweiten und dritten Tagesordnungspunktes wurde noch folgender Dringlichkeitsantrag von der Versammlung beschlossen:

„An die Reichsregierung.

Betrifft Entwurf zum Reichsschulgesetz.

Die am 8. Oktober 1927 in Teuchern tagende Stadtverordnetenversammlung nimmt Stellung zu dem Reichsschulgesetzentwurf der Regierung. Der Entwurf macht die Staatsschule zur Kirchenschule, die Lehrer zu Kirchendienern, zerschlägt voll ausgebaute Schulen in Zwergschulen und bürdet den breiten Massen der Steuerzahler, besonders in den Gemeinden, neue Millionenlasten auf. Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb die Zurückziehung des vorgelegten Reichsschulgesetzentwurfes und ein Schulgesetz, das die Einheitlichkeit und volle Weltlichkeit des gesamten Schulwesens durchführt."

Unsere Genossen haben hervor, daß viele Lehrertagungen sich ebenfalls gegen das reaktionäre Schulgesetz ausgesprochen haben. Der Entwurf zeigt, wie hoch die Reaktion im Sattel sitzt, weil sie es überhaupt wagt, ein solches Schulgesetz dem Volke zu bieten.

Einige SPD.-Leuchten glaubten, dem Sprecher der KPD. durch eine andere Angelegenheit eins auswischen zu können. Genosse Nessen wies aber die Aeußerung des Beigeordneten Gröbe entschieden zurück, die ihm unterstellte, bei Vergebung der Zimmererarbeit einen finanziellen Vorteil gehabt zu haben. Der klare Menschenverstand müßte das schon widerlegen, denn nicht der von Nessen vorgeschlagene Zimmermeister bekam die Arbeit zugesprochen, sondern der viel teuere Zimmermeister Keil, den Gröbe aufs Tapet gebracht hatte.

Gröbe meinte darauf, daß er den Ausspruch betreffs des finanziellen Vorteils nicht gebraucht hätte. Also waren die SPD.-Helden die Blamierten. Wie groß solche Leute im Verkaumden sind, beweisen sie damit, daß sie, wenn sich bei einer Firma ein Kommunist zur Arbeitsannahme vorstellt, gleich von Bestechung faseln. Sie suchen immer andere Menschen hinter dem Busche, hinter dem sie nur zu oft selbst stecken.

Arbeiter von Teuchern, wie lange wollt Ihr noch die Schweinereien im Stadtparlament mit ansehen? Wann endlich reckt der Herr Bürgermeister sein Bündel? Es muß einmal gründlich aufgeräumt werden, wenn für die Arbeiterschaft etwas auf kommunalpolitischem Gebiete geleistet werden soll.

Weg mit dem Weißenfelser Wurstblatt

Eine Arbeiterfrau schreibt:

Bis jetzt habe ich das sogenannte „Tageblatt" gelesen. Aber bei dem Hindenburg-Rummel ist mir doch die Galle übergelaufen, und zwar fiel mir ein Artikel in dem Abschnitt „Das Blatt der Frau" besonders auf. Denn was dort geschrieben wurde, kann keine Arbeiterfrau genießen. Ein Artikel „Mein Spaziergang mit Hindenburg", von einer Krankenschwester geschrieben, war dort zu lesen, der mir den letzten Anstoß gab, das Blatt sofort abzubestellen. Nur einige Stellen möchte ich daraus veröffentlichen.

Die Krankenschwester hatte während des Krieges eine große Sehnsucht nach dem „Retter" bekommen. Sie fuhr nach Creutznach und dort schildert sie das Zusammentreffen mit Hindenburg. Die schwulstigste Stelle daraus lautet:

„Mir klopfte das Herz vor Aufregung. Also jetzt sollte ich wirklich unseren Hindenburg sehen! . . . Der Gedanke, ihm auch die Hand zu geben, kam mir plötzlich in den Sinn.

Gedacht, getan — ich drehte mich um, eilf paar Schritte und da stand ich vor dem größten Deutschen, vor Hindenburg!

Freudlich lächelnd sah er mit seinen gütigen Augen an meiner Schwesternkleidung herab, und meine große Verwirrtheit, meine Aufregung bemerkend, reichte er mir freundlich lächelnd die Hand und fragte: „Na, Schwester?"

Zitternd, zu Boden sehend, brachte ich mühsam die Worte heraus: „Ich möchte Ihnen so gern einmal die Hand geben, Herr Generalfeldmarschall!"

„Das, Schwester, können Sie gern haben", erwiderte er belustigt und schüttelte mir kräftig die Hand. „Doch, woher kommen Sie, Schwester?" „Von der Westfront, von der Nähe von Verdun, von Stenay", erwiderte ich. „Und wie geht es den Jungens da draußen?" „Sind sie zufrieden und guten Muts und haben sie genug zu essen?" Durch seine Freundlichkeit ermutigt, erzählte ich dem Feldmarschall, daß sie alle munter und in unserem Lazarett recht gut aufgehoben seien.

So schritten wir drei — Hindenburgs Schwiegersohn war dabei — unter lustigen Plaudern zusammen weiter. So aufgeregt war ich in meinem ganzen Leben noch nie gewesen. — — — Sobald ich in des großen Marschalls graublaue Augen sah, von denen ein heller Glanz und eine starke Kraft aussing, wurde ich ganz stumm vor Aufregung und doch war es ein seltsames, fast feierliches Gefühl: das also ist der große Hindenburg.

„Was werden meine Soldaten sagen, wenn ich ihnen erzähle, ich habe den Generalfeldmarschall von Hindenburg gesehen", sagte ich erregt und schüchtern zugleich.

Beide lachten, als sie mein Zittern, meine Erregung sahen. Da waren wir an der Villa Hindenburgs angelangt. „Nun drücken Sie mir noch einmal recht kräftig die Hand, Schwester", meinte Hindenburg belustigt, „und grüßen Sie jeden einzelnen Soldaten von mir." — Damit verschwand der große und so gütige Mann in seinem Hause."

Solcher Lesestoff sollte doch wirklich jede Arbeiterfrau anwidern, so daß sie sich besinnt und mit diesem Blatt Schluß macht. Die „graublauen Augen" Hindenburgs gehen uns nichts an, sie haben doch mit unserer Not nichts zu tun. Auch Wilhelm in Holland hatte solche graublauen Augen. Ich sah ihn auch einmal, als ich noch dumm genug war, Spalier zu stehen. Da fiel mir nicht etwa ein „gütiges Gesicht", sondern eine ganz zerhackte und durchfurchte Visage auf. Er hatte mehr Falten im Gesicht als ich in meinem ganzen Leben Geld in meinem Portemonnai.

Bisher stand ich der Arbeiterbewegung fern, aber nun wird es anders. Seit längerer Zeit habe ich mir hin und wieder einen „Klassenkampf" gekauft. Jetzt habe ich mich aber durchgerungen und werde ein fester „Klassenkampf"-Abonnent.

Frau L. B.

Weißenfels. Rote-Hilfe-Sammlung. Beim Kameradschaftsabend des RFB. wurde eine Haussammlung im Betrage von 4,05 Mark für die Opfer der Klassenjustiz durchgeführt.

Weißenfels. Arbeiter, laßt Euch nicht verhöhnen! Gegen den bevorstehenden Bergarbeiterkampf hetzen besonders die „Zeitzer Neuesten Nachrichten". Das Blatt bringt eine Notiz vom „Abbröckeln der Streikbewegung im mitteldeutschen Bergbau". Dort wird davon gesprochen, daß nicht einmal die Hälfte der Belegschaft die Kündigungsscheine unterschrieben hätte. Das ist absoluter Schwindel. Es kommt den Leuten nur darauf an, einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben. Leider lesen noch immer viele Bergarbeiter dieses Schmierblatt. Es ist die höchste Zeit, daß es nun endlich aus den Arbeiterwohnungen herausfliegt. Kumpels, bestellt noch heute den „Klassenkampf"!

Zeitz. Stiftungsfest des JB. Am Sonnabend und Sonntag begeht die Ortsgruppe des Internationalen Bundes Zeitz im großen Saale des „Preußischen Hofes" ihr 7. Stiftungsfest. Die Ortsgruppenleitung hat zur Verschönerung des Festes die Mandolinen- und Gitarre-Gesellschaft Zeitz zur Mitwirkung gewonnen. Aus Anlaß des Stiftungsfestes veranstaltet die Ortsgruppe weiter am Sonnabend eine Vorfeier in der „Zentralhalle" unter Mitwirkung des 1. Zeitzer Mandolinen-Klubs. Wir empfehlen der Arbeiterschaft von Zeitz und Umgegend, diese Veranstaltungen recht rege zu besuchen. Siehe Inserat.

Zeitz. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Uebungslokal: Zentralhalle (kleiner Saal). Dienst vom 13. bis 19. Oktober: Artur Gadegast, Stephanstraße 34 I (Nachtglocke); Karl Meister, Weinbergstraße 11; Walter Koch, Grana 43; Paul Zimmermann, Weißenfelser Straße 5; Max Scharr, Naumburger Straße 18; Heinrich Knauer, Roßmarkt 22 II; Erich Rosenkranz, Scharrenstraße 22; Walter Leutsch, Kl. Wendischer Berg 9 pt.; Georg Bulika, Freiligrathstraße 20; Ernst Enke, Klosterstraße 7 II; Lina Schütz, Feldstraße 24 II; Hedwig Kunze, Liebknechtstraße 28 II.

Deuben. Nachstehende Geldspenden für die dritte Arbeiterdelegation nach Sowjet-Rußland gingen beim Genossen Schlag ein: Sammlung beim Veranügen durch Arbeiter-Radfahrer-Bund, Ortsgruppe Kreischau, 12,50 Mark; Kaufmann Pfeiffer, Muschwitz, 3 Mark; gesammelt von Mitgliedern der Kommunistischen Jugend unter Arbeitskollegen 8 Mark; Arbeiter-Radfahrer-Bund, Ortsgruppe Peterna, 10 Mark; vom Deutschen Theaterbund, Ortsgruppe Kreischau, 10 Mark; vom Gastwirt Koch, Muschwitz, 3 Mark; Ortsgruppe der KPD. Muschwitz 7,50 Mark; Arbeiter-Radfahrerverein Kreischau 10 Mark; Arbeiter-Jugendverein Kreischau 10 Mark; Gastwirt Paul Röbel, Kreischau, 5 Mark; Genossen Bauer, Wes. Schlag, je 3 Mark, 9 Mark; Ungenannt (Kleinbauer, Kreischau) 3 Mark, in Summa 98 Mark. Die Summe wurde dem Landesausschuß überwiesen.

An alle Zellen, Ortsgruppen u. Stadtorganisationen des Bezirks Halle-Merseburg

Nach dem Bezirksparteitag erfolgt die Berichterstattung durch die Delegierten in den obengenannten Organisationen.

1. **Die Stadtorganisationen organisieren die Berichterstattung in Stadtteilmitgliederversammlungen und zwar getrennt, je nach der besonderen Lage.**
   a) **Alle Betriebszellen treten zur Versammlung kurz nach Arbeitsschluß zusammen;**
   b) **Straßenzellen tagen zusammen, abends.**
2. **Die Ortsgruppen nehmen in Mitgliederversammlungen den Bericht entgegen. Arbeitsgebietsweise Zusammenfassung der Ortsgruppen ist im Interesse einer guten Berichterstattung zu vermeiden.**
3. **Die Betriebszellen der großen Werke, sowohl wie die mit großen Mitgliederzahlen, tagen für sich.**

Allen leitenden Funktionären ist durch die B.-L. durch Rundschreiben Nr. 16 das notwendige Material, das bei der Berichterstattung mit verwandt werden muß, zugesandt.

Alle Versammlungen sind sofort bei der zuständigen Unterbezirksleitung zu melden. Die Referentenvermittlung erfolgt ebenfalls durch die U.-B.-L.

Mit der Berichterstattung sind die organisatorischen Fragen (Ueberprüfung und Ergänzung der Leitungen, Angliederung der im Betrieb beschäftigten Genossen an die Betriebszellen, Abschluß der Auswertung der Reichskontrolle, Vorbereitung der Werbekampagne, Ende Oktober — Anfang November, Vorbereitung zum 10. Jahrestag der russischen Revolution) zu verbinden.

Im Interesse der politischen Schulung der Parteigenossen und der organisatorischen Festigung der Partei, ergeht der Ruf an die Parteimitgliedschaft, restlos die festgesetzten Versammlungen zu besuchen.

Mit kommunistischem Gruß

Bezirksleitung der KPD. (Org.-Abt.)

Die Plastenschule

„Geordnet" ist der Schulbetrieb,
Wenn auch nur eine Klasse blieb:
Und der Lehrer?
Mit Kreuz und Stock ertüchtigt er,
„Wen Gott lieb hat, den züchtigt er".

Mansfeld-Sangerhausen

Wie Schwerkranke im Sangerhäuser Krankenhaus behandelt werden

Vor etwa einem halben Jahre wurde ein junger Mann in das Sangerhäuser Krankenhaus eingeliefert. Angeblich wegen einer ansteckenden Krankheit (Tuberkulose). Es sei von vornherein bemerkt, daß er ein armer Proletarier, ein Mensch von 24 Jahren war. Die Krankenhausverwaltung benahm sich in diesem Falle direkt bahnebüchen. Sie legte ihn in eine Baracke, die während des Krieges für Geschlechtskranke errichtet sein mag. Alte Betten, Tische und Stühle stehen darin. Der junge Mann wurde in der trostlosen Baracke schwer krank. Was bekam er für eine Kost? Ein vernünftiger Mensch wird diese Frage ohne zu überlegen schnell beantworten können: Gute Speisen, kräftige Suppen usw. Was tat man aber in diesem Falle?

Kartoffeln mit Kohl zusammengekocht setzte man dem Schwerkranken vor.

Dies kann durch Augenzeugen bestätigt werden. Plötzlich wurde der Vater des Patienten gerufen, mit der Bemerkung, es stände schlecht mit seinem Sohne. Er fuhr sofort nach dort und wollte seinen Sohn mit heimnehmen, aber es war zu spät, denn der Kranke war schon so schwach, daß er keinen Transport mehr vertragen konnte. Trotz alledem wollte der Vater seinen Sohn mit nach Hause nehmen. Dies wurde aber vom Leiter des Krankenhauses für den Abend nicht gestattet. Am anderen Tage dürfe er ihn mitnehmen. Der Vater blieb die Nacht bei seinem Kinde. Der Sohn erzählte seinem Vater die ganzen Verhältnisse des Krankenhauses. Weiter sagte er, daß er noch in derselben Nacht sterben würde!

Es war nach Mitternacht, als der Sohn abermals einen Blutsturz bekam. Er rief herzzerreißend: „Vater, lieber Vater, hilf, ich muß ersticken!" Der Vater in seinem größten Schmerz konnte seinem Sohne nicht helfen, der in seinen Armen verschied.

Und nun fragen wir die Verwaltung: Wo blieb die Nachtwache? Keine Klingel war in Ordnung, daß der Vater hätte um Hilfe klingeln können! Noch viel schlimmeres ist zu bemerken: Der Krankenwärter verlangte am anderen Tage von dem armen Vater noch 3 Mark Einbettungskosten. Ist so etwas in der Ordnung des Krankenhauses enthalten? Wir verlangen vom Magistrat der Stadt Sangerhausen hierüber Aufklärung und vor allen Dingen, daß solche Zustände aufgehoben werden!

Eisleben. Werbesingen. Am Sonntag, dem 16. Oktober, nachmittags ½5 Uhr, findet im „Stadtpark" ein öffentliches Werbesingen der Gruppe I des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes statt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Helfta. Oeffentliches Gesangskonzert. Am Sonntag, dem 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet am Spritzenhaus ein öffentliches Werbesingen der Gruppe I des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes statt. Arbeiter, erscheint in Massen.

Großörner. Ach, wie wohl ist mir's am Abend. Das Sechsuhrabend-Läuten fällt im Winterhalbjahr aus. Kein Mensch wird es vermissen. Die eine Sorte Einwohner, die noch beim 5-Uhr-Tee sitzt, verpaßt ja sowieso vor lauter Langeweile den Feierabend und die anderen, die Industrie- und Landarbeiter, kommen mit ihren müden Knochen doch vor 9 Uhr nicht zur Ruhe. Das Gebimmel war ja doch nur „für den alten Fritzen".

Seeburg. Straße Halle—Eisleben wieder frei. Die Pflasterarbeiten auf der Straße Eisleben—Halle zwischen Seeburg und Langenbogen sind beendet. Die Straße kann nun wieder befahren werden.

Ermsleben. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich hier. Die Pferde eines Gespannes gingen in der Siederstraße durch und fuhren auf einen Rollwagen auf. Durch den Anprall wurde der auffahrende Wagen schwer beschädigt, das eine Pferd hat schwere Verletzungen davongetragen. Der Führer des Wagens, Herr Ernst Kulbe, wurde ohnmächtig in ein Haus getragen.

Siersleben. Er bringt sich bald um. Es wird jetzt sehr viel gesprochen im Dorfe von dem Herrn Pastor, daß er vor lauter Arbeit gar nicht weiß, wo er anfangen soll. Er hat die drei Kirchen der Parochie Siersleben zu besorgen und außerdem muß er auch nach der benachbarten Gemeinde Thondorf stiebeln zur Abhaltung des Gottesdienstes. Jetzt hat er sogar noch Religionsunterricht in Oberwiederstedt zu geben. Ist das nicht schrecklich, liebe Leute? Da muß ja der Mann noch Ueberstunden machen. Es wäre unbedingt besser, wenn die Proleten in den genannten Gemeinden in zahlreicherem Maße der Kirche den Rücken kehren würden, dann käme der Herr Pfarrer wenigstens zu einer geregelten Arbeitszeit.

Belleben. Zwischen Rad und Wagen geriet das etwa fünfjährige Söhnchen des Gutsbesitzers Löchelt, als es auf den Speichen eines Hinterrades auf den Wagen klettern wollte und die Stiere plötzlich anzogen. Der bedauernswerte Kleine erlitt so schwere Quetschungen, daß er nach einer Stunde verschied.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Wie man mit Kriegsinvaliden umspringt

Kulturbild aus Ramsin

Die Werksleitung aus Neustaßfurt hat vor einigen Wochen einen Kriegsinvaliden, der Familienvater einer sechsköpfigen Familie ist, fristlos entlassen. Da dieser in einer Werkswohnung wohnt, einem sogenannten Koloniehaus, wurde gegen ihn die Räumungsklage seitens der Werksleitung angestrengt. Der Mann hat bereits andere Arbeit bekommen, wurde zweimal vor Gericht geladen, mußte auch zwei Tage Lohn einbüßen, ist aber niemals gehört worden. Das Urteil wurde natürlich zugunsten der Werksleitung gefällt und der Prolete kann ja nun zusehen, wo er mit seiner sechsköpfigen Familie unterkommt. Obwohl er sich nun schon bemüht hat, in Ramsin eine Wohnung zu erhalten, will man ihn seitens des Kreiswohnungsamtes Bitterfeld nach Brehna überweisen. Daß sich der Mann dagegen wehrt, ist selbstverständlich, zumal er als Kriegsinvalide einen Weg von zwei Stunden zu seiner Arbeitsstelle hätte, wenn er in Brehna wohnen würde. Es kommt natürlich hinzu, daß der Mann auch vollständig mittellos ist und den Umzug selbstverständlich nicht bezahlen kann.

Es ist das ein Fall, wie er sich täglich ereignet. Die Werksleitungen haben ihre Arbeiter in der Hand, die in Werkswohnungen untergebracht sind. Wird das Arbeitsverhältnis aus irgendeinem Grunde gelöst, dann mögen die Gemeinden zusehen, wie sie mit dem Wohnungslosen fertig werden. Die Herren Kapitalisten fragen einen Dreck danach, ob eine solche Arbeiterfamilie **mit Kind und Kegel auf der Straße sitzt** oder in eine absolut **menschenunwürdige Wohnung hineingezwängt** wird. Die Mieterschutzgesetze werden abgebaut. Das ist der Kurs, den die Bürgerblockregierung bestimmt. Nur unter Führung der Kommunistischen Partei ist ein erfolgreicher und wirksamer Kampf gegen diese Zustände möglich.

RFB.-Kameraden retten Verunglückte

und werden dafür in Brehna von Faschisten beschimpft

Zu der Meldung vom Dienstag, den Scheunenbrand in Brehna betreffend, wird uns noch folgender Zwischenfall gemeldet. Kameraden des Roten Frontkämpfer-Bundes der Ortsgruppe Brehna, welche nachts 12 Uhr von Delitzsch vom Kommers zurückkehrten, besichtigten um diese Zeit noch die Brandstelle. Die Feuerwehr war mit dem Einreißen der Mauern beschäftigt. Nachdem eine Decke zusammengebrochen war, ertönte der Ruf: „Schnell zur Hilfe, es sind welche verschüttet!“. Schnell sprangen auch einige Kameraden des RFB. hinzu und beteiligten sich an den Rettungsarbeiten. Als unsere Kameraden von einigen Feuerwehrleuten erkannt wurden, wollte man sie von den Rettungsarbeiten verdrängen. Es war besonders der Feuerwehrmann Willi Meinhardt, welcher dann noch Unterstützung fand in seinem Vater und Bruder. Natürlich wurde ihnen vom Kameraden Troitzsch die gebührende Antwort erteilt. Es gilt für uns in solchen Fällen vor allen Dingen, so schnell wie möglich zu helfen, ganz gleich wer der Verunglückte ist. Auch in diesem Falle konnten ja unsere Kameraden gar nicht wissen, wer alles verschüttet war. Jedenfalls zeugt das Vorgehen der Meinhardts von einer ganz niedrigen Gesinnung. Arbeiter, welche politisch anders denken als diese Kleinbürger, werden von den Rettungsarbeiten Verunglückter abgehalten. Unsere Kameraden ließen sich durch die Aeußerungen nicht abhalten, die Rettungsarbeiten zu vollenden.

Als der verschüttete Feuerwehrmann halb freigelegt war, erkannte der Kamerad Troitzsch in dem Verschütteten seinen Bruder und trotzdem ließ man sich noch zu solchen Aeußerungen hinreißen, wie sie der Bäckereiinhaber Prünicke tat: „Ihr Bluthunde!“.

Also hieraus kann die Brehnaer Arbeiterschaft sehen, wie die Kreise in Wut geraten, wenn sie unsere Kameraden zu Gesicht bekommen oder sagar sich aktiv an Rettungsarbeiten beteiligen. Es gilt eben für die hiesige Arbeiterschaft, ihren Bedarf zu decken im hiesigen Konsumverein und bei den ihnen nahestehenden Geschäftsinhabern. Bei all den anderen, welche sich stets an jedem monarchistischen Rummel beteiligen, sei es durch Flaggung des Hauses oder sonstwie, heißt es, fleißig an diesen Geschäftsleuten vorbeizugehen, damit sie ja nicht in Berührung mit Bluthunden kommen. Ein Pfui über dieses feige „vaterländische“ Gesindel!

Bitterfeld. In den Astoria-Lichtspielen laufen ab heute einige interessante Filme. Wir verweisen auf das Inserat.

Friedersdorf. Vom Pferde geschlagen wurde hier der Arbeiter Oswald Döring. Da der Huf in die Brustseite traf, nimmt man an, daß einige Rippen verletzt sind. Er wurde dem Krankenhaus Carlsfeld zugeführt.

Radis. Einbruchsdiebstahl. Als die Eeheleute Schröder einen Spaziergang unternommen hatten, raubten unbekannte Diebe aus der Wohnung Anzüge, Wäsche, Uhren usw.

Wittenberg. Eine Stadtverordnetensitzung, über deren Verlauf wir noch eingehender berichten werden, fand am Dienstag statt. U. a. wurde der Mandatsniederlegung unseres Genosse Behnke zugestimmt. Ebenso einem Flächenaustausch mit der Reichsbahngesellschaft, der Bewilligung von Umzugsgeld an den Lehrer Siwers. Einige andere, nicht wichtige Punkte vervollständigten die Tagesordnung der kurzen Sitzung.

Wittenberg. Zwei Kinder werden vermißt seit dem 3. Oktober. Es handelt sich um die beiden Kinder des Arbeiters Richard Hanke, hier, Jüdenstraße 33 wohnhaft: Ilse Hanke, geboren am 20. Oktober 1919, und Erika Hanke, geboren am 28. Dezember 1922. Die beiden Kinder sind schon des öfteren heimlich nach Clöden zu ihren Großeltern gelaufen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die beiden Kinder unterwegs verirrt haben oder daß ihnen sonst ein Leid zugestoßen ist.

Wittenberg. Vom eigenen Gespann überfahren. In schwerverletztem Zustande wurde vorgestern in der Nähe des Rittergutes Haus Leipnitz der Gutsarbeiter Wilhelm Schneider aufgefunden. Er hatte sich mit seinem Ochsengespann überfahren, wobei ihm die Räder über die Brust und den linken Arm gegangen sind. Wie das Unglück geschehen ist, konnte nicht festgestellt werden, da niemand dabei gewesen ist.

Wittenberg. Die Wahl der Vertrauensmänner und deren Ersatzmänner in der Angestelltenversicherung findet im Stadtkreis Wittenberg am Sonntag, dem 13. November, statt.

Piesteritz. Schwer verbrannt. Im Städtchen Zerbst in Anhalt, am Frauentorplatz, ereignete sich beim Teeren eines Daches ein Unglücksfall. Ein Arbeiter wollte einen mit kochendem Teer gefüllten Ofen wegziehen, als dieser umschlug, so daß sich der Inhalt über den Mann ergoß und ihn verbrannte. Er mußte schwer-, aber nicht lebensgefährlich verletzt in das Krankenhaus gebracht werden.

Debrau. Freitod. Mittwoch vormittag hat sich der Kossät Wilhelm Kunert in seiner Wohnung erschossen. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

Aus dem Gemeindeparlament in Piesteritz

Der optimistische Gemeindevorsteher und der pessimistische Direktor Trumpf — Die Stickstoffwerke als „Wohltäter“

Am 6. Oktober tagte nach langer Zeit wieder mal die Gemeindevertretung. Seitdem das „Rathaus mit den Kisten“ fertig ist, erledigt scheinbar der Herr Ober — die Geschäfte allein, soweit dies angängig ist. Wie weit die Befugnisse eines Gemeindevorstehers gehen können, davon nachher. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß zur Erledigung der 17 Punkte der Tagesordnung fünf Stunden reichlich genug sind. Die langen Ausführungen des Gemeindevorstehers, welcher vom Hundertsten ins Tausendste, vom Bau einer Leichenhalle und Anlegen eines Friedhofes auf den Bau von Wohnungen kommt, sind wirklich dazu angetan, die Sitzung zu langweilen. So kam es denn auch, daß der Genosse Bode sich „irren“ konnte und glaubte, man spräche von Erbbegräbnissen. Worauf man langsam zur Tagesordnung zurückkehrte. Besonders der fünfte Punkt löste eine ausgiebige Debatte aus. Es handelte sich um den Ausbau von Gebäuden auf dem Gelände der früheren Munitionsanstalt. Hierbei zeigten die Stickstoff-Werke so richtig wieder einmal, wie „mildtätig“ sie sein können.

20 000 Mark für die Uebernahme von zehn Exmittierten

zahlen die Stickstoff-Werke an die Gemeinde. Wollen sie dafür ein besonderes Lob haben? 20 000 Mark bedeuten für die Gemeinde zehn Wohnungen zu 2000 Mark und für die Stickstoff-Werke die Weiterführung der alten Wohnungspolitik! Wenn morgen wieder verbrauchte Proleten aufs Pflaster fliegen, werden wieder die Sachen auf die Straße geworfen. Nun, Gemeinde, schaffe Wohnungen! Fremde Proleten, aus anderen Gegenden, treten als Ersatz nicht nur an die Stelle der alten im Werk, am Ofen oder in dem Phosphorbetrieb, nein, auch in die Wohnung! Uebermorgen, wenn auch sie verbraucht sind, liegen sie der Gemeinde zur Last. So kann die Gemeinde noch soviel bauen, niemals wird sie Herr der Situation werden, solange das Werk nicht selbst baut. Für die Erweiterung der Betriebe, zur Erhöhung der Dividenden ist Geld da. Die Industrie muß gezwungen werden, auch für Wohnungen zu sorgen, selbst zu bauen. Zu den Ausführungen unseres Genosse Bode äußerte sich der Vertreter der Stickstoff-Werke nicht, vielleicht war er innerlich selbst überzeugt von der Richtigkeit dieser Worte.

Eine der brennendsten Fragen in Piesteritz ist **die Wasserversorgung.** Auch hier tragen die Stickstoff-Werke neben den Gummi-Werken und den Sprengstoff-Werken die Schuld. Seit fast zehn Jahren streitet sich die Gemeinde Piesteritz vor allen möglichen Instanzen herum, um festzustellen, wer von den Werken die größte Schuld trägt. Wer das Wasser versaut hat. Vor vier bis fünf Monaten schon erklärte Herr Kuntz auf das Vorgehen der KPD.-Fraktion: „In einigen Wochen sei die Geschichte reif, d. h. mit dem Bau der Wasserleitung kann begonnen werden. Da aber mittlerweile die ganze Angelegenheit ruhte, man nichts hörte, wurde erneut durch unsere Fraktion die Frage aufgerollt. In der letzten Zeit ist durch den Bau eines Brunnens im Stickstoff-Werke auch **das letzte Wasser noch aus den Brunnen verschwunden. Jetzt wächst sich die ganze Frage zur Katastrophe aus!** In der Schul-, Berg-, Neu-, Feld- und Coswiger Straße

sind fast alle Brunnen leer!

Aus dem ganzen Orte laufen die Einwohner zur Zapfstelle am Rathaus, um Wasser zu holen. So bildet die Schulstraße zu Zeiten die reinste Karawanenstraße für Wasserträger. Was soll daraus werden, Herr Gemeindevorsteher?

Nun, was heißt, der Herr Kuntz ist Optimist!

In drei Wochen ist die Geschichte soweit, daß mit dem Bau begonnen werden kann. Der Verteilungsschlüssel ist bereits gefunden und dann kann es losgehen.

Direktor Trumpf, Vertreter der Stickstoff-Werke, ist Pessimist.

(Wieviel Mist es bloß gibt. D. V.) Mit besonderem Schmelz in der Stimme erklärte er: „Die Werke werden den Schlüssel nicht anerkennen, werden sich an höhere Instanzen wenden. Herr Bode hat schon recht, wenn er sagt, daß solche Streitigkeiten oft 20 bis 30 Jahre dauern.“

Deutlicher und brutaler hat wohl selten ein Vertreter der Industrie im Piesteritzer Gemeindeparlament gesprochen.

Das nennt sich Vertretung der Gemeindeinteressen!

Der Genosse Engel sagte denn auch dem Herrn Wahrheiten, die er sich bestimmt nicht hinter den Spiegel stecken wird.

Wo Wein- und Sektpfropfen knallen, sucht man vergeblich nach einem Verständnis für proletarische Interessen! Verreckt! Das ist ist die Devise dieser Leute! Die Wasserfrage ist noch nicht gelöst. Sie wird auch nicht gelöst, solange es „Optimisten“ gibt!

Hier gilt es zu handeln. Die breite Oeffentlichkeit hat jetzt das Wort!

Bei der Erhöhung der Bezüge für eine Helferin der Kleinkinderschule kommt es ebenfalls zu Auseinandersetzungen zwischen unserem Genosse Bode und Kuntz. Da in der Finanzkommission (in der Bode auch ist) bereits ein Beschluß vorlag, der aber, nach nachträglicher, genauer Information unsererseits, nicht den Verhältnissen Rechnung trug, beantragt Bode die Erhöhung der Bezüge für beide Mädchen der Kinderschule auf monatlich 75 Reichsmark. Da die Sozialbeiträge die Gemeinde selbst trägt, so ist das ungefähr der Lohn für ein 19jähriges Mädchen in der chemischen Industrie. Dazu erklärt Kuntz: „Beschlüsse, die in der Finanzkommission gefaßt sind, müssen bestehen bleiben“.

Also, die Gesamtvertretung hat „nischt tau seggen!“

Sobald es sich um die Finanzen handelt, ist in der Frage des Ausgebens schwerer Stuhlgang, sonst aber hat man ein sehr „einnehmendes“ Wesen.

Trotzdem wurde der Antrag Bode angenommen.

In der Finanzpolitik der Gemeinde gibt es überhaupt keine Grundsätze. Das zeigte sich besonders bei einem Streit, den der Genosse Bode mit derselben hatte.

Im April d. J. wurde, ohne irgendwie in den Kommissionen über eine Erhöhung der Mieten zu beraten, auch ohne eine Mitteilung an die Mieter der Gemeindehäuser, dieselbe um zehn Prozent erhöht. Dasselbe ist auch jetzt im Oktober wieder der Fall. Ein Teil der Mieter, hauptsächlich im Rathaus, weigerte sich nun, die zehn Prozent zu zahlen. Es wurden dabei die verschiedensten Gründe vorgebracht. Tatsächlich soll auch einigen Mietern, wie wir erst jetzt erfahren, versprochen worden sein, „die Miete solle vorläufig nicht erhöht werden“. Der Genosse Bode berief sich darauf, daß in seinem Mietvertrag stehe: „Der Gemeindevorstand kann die Miete erhöhen“. Da er nun wußte, daß derselbe bis heute noch keine Stellung zur Erhöhung der Mieten genommen habe, stützte er sich darauf, erst den Beschluß dieser Instanz abzuwarten. Ihm war es unverständlich, daß eine Arbeitergemeinde dieselbe Politik des Bürgerblocks mitmachen könnte. Tatsächlich waren die Ausführungen des Gemeindevorstehers Kuntz eindeutig genug, um zu erkennen, daß man längst vergessen hat, daß früher auch mal der Brotkorb höher hing. Einmal arbeitet er selbständig nach einem früheren Beschluß, der vorliegen soll, wonach er das Recht hat, automatisch wie das Reich erhöht, auch in der Gemeinde die Mieten zu erhöhen! Das ist die Wohnungspolitik nach Kuntz! Gemeindevorsteher und Sozialdemokrat! Wenn wir uns die Mieten in Berlin, in Frankfurt, in Schweden (alter Schwede, fehlt nur noch Honolulu) ansehen, dort wird noch viel mehr bezahlt. Daß ein Arbeiter nicht nur Miete zu zahlen hat, sondern auch leben muß von einem Wochenverdienst von 30 bis 40 Reichsmark (40 Reichsmark ist schon ein guter Verdienst) und wie man das machen soll, darüber konnte auch Herr Kuntz keine Auskunft geben. Freilich, 1000 Reichsmark sind eben siebenmal soviel. Damit kann man schon „leben“. Während sich die SPD.-Fraktion sehr ruhig verhielt, stimmten die Bürgerlichen Trumpf und Specht in dasselbe Horn. Einer davon ist ja auch Hausagrarier in Vertretung, da ist dann die Einheitsfront hergestellt. Trotzdem der Genosse Bode wiederholt grundsätzlich die Frage der Mietsteigerung für die Gemeinde als ein Parlament mit Arbeitermehrheit hervorhob, fand er kein Verständnis. Das einzigste Argument, das immer wieder herhalten mußte, war, ihm egoistische Interessen zu unterschieben. Das Verständnis, daß ein Gemeindevertreter die Interessen seiner Wähler vertritt, scheint doch wirklich dort nicht mehr vorhanden zu sein, wie die Erfahrungen lehrten.

Die zahnärztlichen Untersuchungen, wurde noch bekannt gegeben, haben gute Erfolge gezeitigt. Seit dem letzten Jahr ist im Gesundheitszustand der Kinder eine wesentliche Besserung eingetreten. Das Resultat der sonstigen Untersuchungen ist noch nicht vorhanden. Damit war diese lehrreiche und interessante Sitzung geschlossen.

Die strafrechtliche Seite der Unfallverhütung

Von O. W., Pr.

(Schluß)

Aber nicht nur der Unternehmer und seine Stellvertreter, sondern auch die Arbeiter selbst können bei Fahrlässigkeit, die den Tod oder eine Körperverletzung eines anderen herbeiführt, bestraft werden. Das Gesetz befaßt sich zuerst mit dem Täter, fragt dann aber weiter nach den Mittätern, Anstiftern und Teilnehmern. In den §§ 47 bis 50 des StGB. ist das wesentlichste darüber nachzulesen. Es wird also nicht nur der Täter selbst, sondern auch Mittäter, Anstifter und Teilnehmer werden bestraft. Wird durch Fahrlässigkeit der Tod eines Menschen herbeigeführt, dann greift, wie schon oben gesagt, der Staatsanwalt ein. Ist aber eine Körperverletzung die Folge einer Fahrlässigkeit, die nicht eine Uebertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbepflicht ist, dann tritt die strafrechtliche Verfolgung nur auf Antrag ein. Der Antrag kann von dem Verletzten selbst oder von der Betriebsvertretung gestellt werden. Aber nicht nur Strafe hat der Täter, Mittäter, Anstifter oder Teilnehmer zu gewärtigen, sondern es kann auch nach § 231 des StGB. neben der Strafe auf Verlangen des Verletzten auf eine an diesen zu zahlende Buße bis zum Betrage von 6000 Mark erkannt werden. Allerdings schließt diese Buße, ebenfalls nach § 231 Abs. 2, die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruches aus. Für diese Buße haften nach § 231 Abs. 3 die zu derselben Verurteilten als Gesamtschuldner.

Hieraus kann man ersehen, daß eine begangene fahrlässige Handlung oder eine Uebertretung der Schutzvorschriften nicht nur für den Verunglückten selbst, sondern auch für jeden Beteiligten unangenehme Folgen haben kann. Es liegt deshalb im Interesse jedes einzelnen, nicht nur die erlassenen Schutzbestimmungen genau zu beachten, sondern auch bei der Arbeit selbst die Augen und Ohren offen zu halten.

Vor ungefähr sechs Wochen fand vor dem Wittenberger Amtsgericht eine Verhandlung wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen einen Monteur der Firma Steffens & Nölle (Berlin-Tempelhof) statt. Der Monteur hatte, trotzdem es ihm von dem Montageleiter ausdrücklich verboten war, auf der Baustelle in Piesteritz ein stark beschädigtes Seil zum Hochziehen von Eisenträgern benutzt. Das Seil riß und durch den herabstürzenden Träger wurden drei Kollegen leicht verletzt. Die Betriebsvertretung stellte daraufhin Strafantrag und der Monteur wurde wegen Fahrlässigkeit zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Sehr häufig sind auch die Unfälle, wo durch Fahrlässigkeit der fahrlässig Handelnde selbst verletzt wird. In einer Blechverarbeitungsfabrik war ein Arbeiter mit dem Ausstanzen von Blechdeckeln beschäftigt. Da an diesen Maschinen schon öfter Unfälle erfolgten, wurden die Stanzen auf Antrag der Betriebsvertretung so gesichert, daß nach menschlichem Ermessen ein Unfall ausgeschlossen schien. Der Arbeiter mußte unter allen Umständen zur Inbetriebsetzung der Stanze beide Hände gebrauchen. Und doch quetschte er sich eines Tages die Finger einer Hand ab. Ein allgemeines Rätselraten über den Unfall, der auch heute noch nicht aufgeklärt ist. Wahrscheinlich ist aber, daß von dem Verunglückten selbst die Sicherung mit einem untergelegten Holzklötzchen ausgelöst wurde, um die linke Hand frei zu bekommen. Das Ausstanzen der Deckel geschieht in Akkord. **Um einige Pfennige mehr zu verdienen, opferte der noch jugendliche Arbeiter einige Finger.**

Im Vorraum einer Sauerstoffkammer waren mehrere Kollegen mit Ausräumen beschäftigt. Schon während der Arbeit wollte ein Kollege sich eine Zigarette anzünden. Er wurde aber von den anderen Kollegen daran gehindert. Während der Frühstückspause, als alle übrigen die Arbeitsstelle verließen, blieb dieser Kollege in dem Raum und zündete sich nach dem Essen eine Zigarette an. **Im Nu stand der mit Sauerstoff geschwängerte Raum in Flammen.** Mit schweren Brandwunden und nur mit großer Mühe konnte der Kollege aus dem brennenden Raum geholt werden, wobei sein Retter ebenfalls schwere Brandwunden davontrug. Beide wurden dem Krankenhaus zugeführt, wo der erstere, nachdem er noch vorher seine Schuld eingestanden, bald nach seiner Einlieferung seinen Verletzungen erlag.

Aber auch durch offene und versteckte Drohungen der Vorgesetzten, die Arbeitsstelle zu verlieren, lassen sich viele Arbeiter verleiten, die Unfallverhütungsvorschriften zu umgehen. Sie sind der Meinung, daß sie sich dadurch bei ihrem Vorgesetzten lieb Kind machen können. Ganz abgesehen davon, daß viele dieser Kollegen diese Tatsache mit dem Leben bezahlen mußten oder auf Lebenszeit zum Krüppel wurden, steht immer im Hintergrunde in drohender Haltung der Staatsanwalt oder der Strafrichter. Geht es aber wirklich einmal ganz ohne Folgen ab, dann nimmt eine Werksleitung bei einem Abbau der Belegschaft nicht die geringste Rücksicht auf die besonderen „Eigenschaften“, sondern jeder wird rücksichtslos auf die Straße befördert.

In einem größeren Werke, wo der Arbeiterrat eine Statistik der Unfälle führt, konnte festgestellt werden, daß **zur Zeit des Abbaues der Belegschaft die Unfallziffern ganz gewaltig in die Höhe schnellten,** ja, daß die mittelschweren Unfälle die Zahl der leichten Unfälle (die naturgemäß am meisten vorkommen) in normalen Zeiten bei bedeutend stärkerer Belegschaft überschritten. Die leichten Unfälle stiegen von 1,46 Prozent bei Beginn des Abbaues auf 2,46 Prozent. Die mittelschweren Unfälle dagegen stiegen in derselben Zeit von 0,043 Prozent auf 1,55 Prozent, und dies alles, trotzdem ganze Betriebsteile still lagen und die Belegschaft um Hunderte von Arbeitern verringert war. Diese Zahlen sind ein Beweis dafür, daß viele Arbeiter aus Furcht, auf die Straße zu fliegen, sehr leichtsinnig mit ihrem Leben spielen.

Alles in allem muß gesagt werden, daß nach der strafrechtlichen Betrachtung dieser Angelegenheit von jedem einzelnen Kollegen alles vermieden werden sollte, was ihn irgendwie mit dem Strafgesetz in Konflikt bringen kann. **In energischer Weise ist dem Vorgesetzten entgegenzutreten,** wenn er durch Antreiberei die Unfallgefahren vermehrt. Wird aber eine direkte Umgehung der Unfallverhütungsvorschriften von dem Vorgesetzten verlangt, dann muß **unter allen Umständen die Betriebsvertretung sofort in Kenntnis gesetzt werden.** Außerdem muß immer wieder der Ruf auf **Abschaffung der Akkord- und Prämienarbeit** in gesundheitsgefährlichen und gefahrdrohenden Betrieben erhoben werden. Es liegt im Interesse jedes einzelnen Kollegen, sich um diese Dinge **mehr als bisher zu kümmern.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau

Streik in den Keramischen Werken, Torgau

Durch entstandene Differenzen zwischen dem Meister Linge und zwei Kollegen der Dreherei wurden diese beiden Kollegen von Linge sofort entlassen. Die noch beschäftigten Facharbeiter verlangten am Montag die **sofortige Wiedereinstellung** der beiden entlassenen Kollegen. Da sich die Firma weigerte, traten sämtliche Facharbeiter in einen Solidaritätsstreik ein, welcher auch heute noch andauert. Diesen Solidaritätsstreik verbanden die Kollegen mit **einer sofortigen Forderung auf Lohnerhöhung.** Bisher wurde nur Quantitätslohn bezahlt und Qualitätsarbeit verlangt, deshalb forderten die Kollegen auch Qualitätslöhne.

Es wäre richtiger gewesen, wenn sämtliche Kollegen und Kolleginnen sich ebenfalls solidarisch erklärt hätten und hätten ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Denn was bedeutet es, wenn vom 1. Oktober 1 Pfennig Zulage gewährt wird, auf der anderen Seite wieder 9 Prozent zugelegt werden müssen, um die neue Mietsteigerung bezahlen zu können. Ab gestern früh sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen von der Firma ausgesperrt. Dies ist die provozierende Antwort der Firma auf die Solidaritätsaktion der Facharbeiter. Kaum sind 14 Tage vorüber, wo der Betriebsrat ein Fabrikvergnügen arrangierte, wozu man auch die Direktion einlud, dieselbe auch erschienen ist. In voller Harmonieduselei wurde der Tisch dieser Herrschaften mit Blumen geschmückt. Ja, die gnädigen Frauen tanzten auch einmal mit dem Betriebsrat Uckert. Große Reden der Einmütigkeit wurden vom Stapel gelassen. Keiner freute sich jedoch mehr als die Herren Meister und Betriebsleiter über die Naivität ihrer Belegschaft. Denn, Kollegen, solange Ihr nicht über Eure Klassenlage nachdenkt und mit der Firma in trauter Gemeinschaft ein für Euch harmloses Tänzchen macht, blüht der Weizen der Firma und trägt goldne Früchte, ausgepreßt aus Eurer Ware Arbeitskraft. Jetzt, nach kaum 14 Tagen trauter Gemeinschaft ist der Profit dieser Herrschaften in Gefahr, und nun zeigen sie Euch ihr wahres Gesicht, reißen ihre heuchlerische Maske, die sie vor 14 Tagen aufsteckten, herunter und gehen brutal über Euer Elend hinweg. Kollegen und Kolleginnen, reicht in diesem Euch aufgezwungenen Kampf die **Forderung um erhöhten Lohn** ein. Lernt begreifen und erkennen, daß alle Harmonieduselei nichts hilft, daß nur der nackte Klassenkampf das Mittel ist, die Macht dieser Herrschaften zu brechen. Und Ihr, Kollegen von den Generatoren, wollt Ihr Euren Kollegen in ihrem Kampfe in den Rücken fallen? Wenn Ihr noch Arbeiterehre besitzt, dann heraus aus dem Betrieb, löscht die Feuer und reiht Euch ein in den Kampf, der auch Euer Kampf ist. Je härter Ihr der Firma an den Profitsäckel greift, um so schneller ist der Kampf für Euch siegreich beendet.

Der Oberreichsanwalt sucht neue Opfer

In Torgau mit langer Nase abgezogen

Nachdem mit vollem Recht sich unsere Genossen, welche angeklagt sind, 1923 nicht im Sinne der kapitalistischen Republik gearbeitet zu haben, dem Niedner-Gericht nicht gestellt haben, wird man in Leipzig anscheinend nervös. Der Oberreichsanwalt sucht „Ersatzmänner" auf die Anklagebank zu bringen. Durch Rundfunk hat er seine Organe angewiesen, am 6. Oktober nach einer Zeitschrift, welche angeblich die Sipo zersetzen soll, bei unseren Genossen zu haussuchen. Torgau steht in solchen Fällen nicht nach und entsandte zwei Hüter der Ordnung in Galauniform, welche nach einer Nummer der Zeitung „Die Schutzpolizei" vom August, Jahrgang 3/4 suchten. Hoffentlich fällt die Haussuchung überall so aus wie in Torgau, dann kann Niedner Zeit seines Lebens vor leeren Bänken sitzen, bis wir ihn ablösen. Der Hindenburg-Rummel wirkt sich aus.

Delitzsch. Der hiesige Arbeiter-Schach-Klub feiert am Sonntag, dem 16. Oktober, sein 4. Stiftungsfest. Anläßlich der Werbewoche (16. bis 23. Oktober) des Arbeiter-Schach-Bundes, dessen Mitglied der hiesige Verein ist, beginnt früh um 9 Uhr im Saale des „Lindenhofes" ein großes Propaganda-Wettspiel. An diesem Spiel werden sich voraussichtlich folgende Brudervereine beteiligen: Halle, Bitterfeld, Dessau, Leipzig und Sandersdorf. Nach den Spielen, um 19 Uhr, Ball. — Der Verein hat die Absicht, in nächster Zeit Lehrabende einzuführen, um der Arbeiterschaft das schönste der Brettspiele bekanntzumachen und dadurch der Arbeiter-Schachbewegung neue Mitglieder und Freunde zuzuführen.

„Klassenkampf"-Rechtsauskunftsstelle

Unsere Rechtsauskunftsstelle ist bis einschließlich Montag, den 17. Oktober, geschlossen. Briefe für die Rechtsauskunftsstelle, die in der genannten Zeit an uns um Rechtsauskunft eingehen, können daher erst nach dem 17. Oktober beantwortet werden. **Verlag „Klassenkampf".**

Neues aus aller Welt

Ruth Elders in den Ozean gestürzt

Insassen von einem Ueberseedampfer gerettet

Wie der Amsterdamer Berichterstatter des WTB. auf Anfrage bei der Direktion der Rotterdamer Schiffswerft, der das Oeltankschiff „Barendrecht" gehört, in Bestätigung der bisherigen Meldungen erfährt, hat die „Barendrecht" das amerikanische Flugzeug „American Girl" nordöstlich der Azoren aufgefunden und deren Insassen an Bord genommen. Der Kapitän der „Barendrecht" beabsichtigt, die Flieger am Sonnabend vormittag auf den Azoren, voraussichtlich im Hafen von Horta, an Land zu setzen, falls die Flieger hiermit einverstanden sind. Die Direktion der genannten Rotterdamer Werft hat sich damit einverstanden erklärt, daß das Schiff, das ursprünglich auf seiner Reise von Rotterdam nach dem Golf von Mexiko die Azoren nicht anlaufen sollte, zu diesem Zweck von seinem Kurs abweicht.

Die „American Girl" durch Feuer zerstört

Das Flugzeug „American Girl" wurde in dem Augenblick, als die Rettung durch den Dampfer „Barendrecht" erfolgte, durch Feuer zerstört.

Die Deutschen haben noch mehr Pech

Sie kommen überhaupt nicht vom Fleck

Das deutsche Flugzeug D 1230 ist am Donnerstag gestartet, mußte aber nach Ueberfliegung Lissabons wegen Maschinendefekts wieder landen.

Die Heinkelmaschine D 1220, die am Mittwochnachmittag nach Amsterdam gestartet war, jedoch bei Brunsbüttel wegen Kühlerdefektes landen mußte, ist, nachdem sie am Donnerstagvormittag 9.45 Uhr wieder aufgestiegen war, nach knapp einstündigem Flug wieder in Wilhelmshaven gelandet. Es hatte sich während des Fluges herausgestellt, daß der Wasserkühler defekt war.

Eisenbahnattentat bei Altenburg

Unweit der Station Lehndorf, zwischen Gößnitz und Altenburg, wurde gestern abend ein Anschlag gegen einen Eisenbahnzug versucht. Unbekannte Täter hatten eines der schweren Teerfässer, die zum Ausbessern der Chaussee Leipzig—Zwickau zurzeit auf der Staatsstraße liegen, fortgerollt und auf ein Gleis der Linie Leipzig—Gößnitz gelegt. Ein aus Altenburg kommender Eilgüterzug fuhr auf das schwere Hindernis. Die Lokomotive sowie fünf Waggons wurden so schwer beschädigt, daß sie aus dem Betrieb genommen werden mußten. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Auf die Ermittlung der flüchtigen Täter sind 300 Mk. Belohnung ausgesetzt worden. Es wird vermutet, daß der Anschlag dem beschleunigten Personenzug Reichenbach—Leipzig 867 gegolten hat, der um 19.10 Uhr von Gößnitz abgeht, in Lehndorf nicht hält und in Altenburg fahrplanmäßig 19.30 Uhr eintrifft. Die Täter sind offenbar von dem Eilgüterzug überrascht worden und haben das Faß nicht mehr auf das Nebengleis rollen können, das der Personenzug passiert. Nur diesem Umstand ist es zu danken, daß nicht eine schwere Eisenbahnkatastrophe eingetreten ist, die sicherlich viele Opfer unter den Reisenden gefordert hätte.

Schrankenwärter im Nebel überfahren

Auf der Bahnstrecke Halle—Kassel wurde der in der Nähe von Wollersleben wohnende Schrankenwärter Friedrich Bösenberg von dem Kasseler Morgenzug überfahren und auf der Stelle getötet. An jenem Unglücksmorgen herrschte dichter Nebel, und so muß der Verunglückte, dessen Aufmerksamkeit von dem auf dem anderen Gleise herannahenden hallischen Zug in Anspruch genommen wurde, den Gegenzug nicht gehört haben.

Tödlicher Motorradunfall

Als sich der Geschäftsführer Max Skandolo mit seinem Motorrade abends auf dem Heimweg von Schwarzenberg nach Johanngeorgenstadt befand, fuhr er in der Gegend von Antonsthal einem Geschirr in die Flanke, das gerade aus dem Torweg der Pappenfabrik von Heinrichstein herauskam. Der Motorradfahrer stürzte so unglücklich mit dem Kopfe auf die Deichsel des Wagens, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Schwere Folgen eines Wirbelsturmes in Arkansas

Zehn Menschen getötet

Die Stadt Blytheville (Arkansas), ist von einem schweren Sturm heimgesucht worden, in dessen Verlauf mehrere Häuser schwer beschädigt wurden. Zehn Personen wurden durch einstürzende Mauern und umhergewürfelte Dachteile getötet.

Arbeiter-Sport

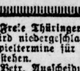
Verbindlich. Handball. Spiel 176 Frisch auf 2. — Merseburg 1. muß bereits 11.30 Uhr stattfinden. Spiel 160 Naundorf 1. — Schraplau 1. findet um 15 Uhr in Osmünde statt. Saffstädt 1. tritt im letzten Augenblick noch von der Serie zurück. Grund: Unfall.

Verbindliche Mitteilung des Schiedsrichterausschusses, Bezirk Zeitz, Nr. 1

Wir haben des öfteren die Beobachtung machen müssen, daß die neuen Regeln, trotzdem sie seit 1. Juli in Kraft getreten sind, nicht so ausgeführt werden, wie sie es vorschreiben. Der Ausschuß erwartet unbedingt von den Schiedsrichtergenossen, die neuen Regeln und Satzungen mit Ausführungsbestimmungen anzuwenden. Es werden in aller Kürze in den einzelnen Gruppen Schiedsrichterbelehrungsabende stattfinden, in welchen die neuen Regeln und Satzungen besprochen werden. Die Schiedsrichter werden aufgefordert, zu denselben zu erscheinen.

Die Vereine werden angewiesen, in ihren Abteilungen Umschau zu halten nach fähigen Genossen, sowie Vorbereitungen zu einer Prüfung vorzunehmen, und dieselben dem Obmann namentlich zu melden.

Vereinsmeldungen über Schiedsrichtertätigkeit für September haben bis jetzt nur drei Vereine eingesandt. (Taucha, Trebnitz, Union.) Die übrigen werden ersucht, dieselben sofort nachzuholen. **Der Obmann.**



720]

Sportplatz Brandberge

Sonntag, den 16. Oktober, 15 Uhr Handballspiel:

ABV. 1. — Fichte-Ammendorf 1.

Freie Thüringer Fußballvereinigung, Bezirk Zeitz. Das neu angesetzte Spiel Nr. 7 wird niedergeschlagen. Für dieses Spiel tritt für Hohenmölsen 1. Punktverlust ein. Spieltermine für Fr. T. Zeitz 1. — Union 1. und Union 1. — Theißen 1. bleiben bestehen.

Betr. Ausscheidungsspiele um die Bezirksmeisterschaft in Hohenmölsen am 16. Okt. Als Protestkommission haben zu erscheinen: Teuchert (Union), W. Brösel (Leißl.), Hahn (Sportfr. Rbg.). Die Mannschaften haben sich eine Stunde vor Beginn des Spieles bei der Protestkommission zu melden. Teuchern 2. wird zu einem Spiel gegen Zangenberg 1. verpflichtet am 30. Okt. Anstoß 2 Uhr. Bei Nichtantritt Teucherns tritt strengste Bestrafung ein. Am 6. Nov. findet in Luckenau, Gasthof Luckenau, vormittags 8 Uhr, eine Vereinsleitertagung statt. Jeder Verein wird bei Vermeidung von Strafe verpflichtet, einen Vertreter zu entsenden.

Der diesjährige Bezirkstag findet am 11. Dezember 1927 in Weißenfels statt. Anträge sind bis zum 30. Nov. an den Bezirksleiter einzureichen. Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Großkampftag im Boxen

Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 11 Uhr, im „Volkspark"

Adler (Staßfurt) — Achilles (Halle)

Kreismeister des 8. Kreises [716] Kreismeister des 5. Kreises

HFC. Minerva 09. Sonnabend 15. Okt., abends 8 Uhr, bei Weinrich Mitgliederversammlung. — **Handball am Sonntag, 16. Oktober:** Minerva 1. — Seeben 1. um 3 Uhr in Seeben. — **Sportlerinnen.** Minerva Sportlerinnen gegen Cröllwitz Sportlerinnen um 11 Uhr in Cröllwitz. [721

ASC. Halle (Handball). Das Spiel der Sportlerinnen findet Sonntag 4 Uhr Peißnitz statt. [722

Fußballabteilung Fichte Ammendorf. Sonnabend, 15. Oktober, findet im „Burgschlößchen" unsere fällige Monatsversammlung statt. Anfang 8 Uhr. Da sehr wichtige Tagesordnung, ist das Erscheinen sämtlicher Sportgenossen unbedingt erforderlich. [723

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle, e. V.

Die für heute, Freitag, angesetzte Zusammenkunft mit Vortrag fällt wegen Behinderung des Referenten und die im großen Saale des „Volkspark" stattfindende Kulturveranstaltung aus. Sonntag, 16. Okt., Halbtageswanderung zur Gebietskonferenz nach Ammendorf. Abmarsch 2 Uhr Kannischer Platz. Sonnabends Turnen von 8 Uhr an in der Johannisschule. Montags von 8 Uhr an Laban-Gymnastik- und Bewegungschor in der Lutherschule. [725

Rundfunk-Programm

Sonnabend, den 15. Oktober

10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Lindström-A.-G., Berlin. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 15 bis 15.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Englisch (Kulturkundlich-literarische Stunden). 16 bis 17.25 Uhr: Aus dem Schatzkästlein für die Jugend: Ein Stündchen an der Elbe. 17.30 bis 18.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 17.30 bis 18 Uhr: „Zur Psychologie des Industrieangestellten." 18 bis 18.30 Uhr: Technischer Lehrgang für Facharbeiter: Konstruktionselemente. 18.30 bis 18.45 Uhr: Funkbastelstunde. 18.45 bis 19 Uhr: „Aus der Praxis des Arbeitsrechts." 19 bis 19.30 Uhr: „Arnold Böcklin." (Zu seinem 100. Geburtstage.) 19.30 bis 20 Uhr: „Erklärung berühmter Melodien und Themen." 20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 20.15 Uhr: Leipziger Komponisten IV. Werke von Georg Kießig. 1. Harfenlieder. 2. Quintett für Flöte, Oboe, Klarinette, Horn und Fagott. 21 Uhr: Humor in der Musik. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.15 bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Temperaturen wenig verändert. Wechselnd bewölkt. Einzelne Regenschauer. Nur schwache Winde.

Für das übrige Deutschland: Nirgends wesentliche Temperaturveränderungen. Stellenweise Regenfälle.

Verantwortlich: Walter Knöpfel, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 21473 — Postscheckkonto Leipzig 107001 Artur Samisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Halle. Achtung! Jüngere Parteigenossen! Montag abend 8 Uhr in der Produktiv. wichtige Zusammenkunft zwecks Vorbereitung der 10. Jahresfeier der Sowjet-Union. Keiner darf fehlen.

Stadtteil Norden, Zellengruppe 2 (Cröllwitz). Sonntag vorm. 9 Uhr im „Lindenhof" wichtige Besprechung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Sennewitz. Sonnabend, 15. Okt., bei Pabst Arbeitsgebietsversammlung. Bericht vom Bezirksparteitag.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Rattmannsdorf. Sonnabend, den 16. Oktober, findet im Lokal Haustein eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. Ortsgruppe Delitz wird hierzu eingeladen. Anfang 8 Uhr. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Schkeuditz. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, bei Silber Mitgliederversammlung. Referent Genosse Schulz.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Roßleben. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent Genosse Schippa.

Zeitz. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, in der „Herberge" Frauenversammlung.

Hohenmölsen-Wählitz. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, bei Runsch Mitgliederversammlung. Gruppenführer müssen bestellen. (Bericht vom Bezirksparteitag.)

Deuben. Sonntag, 16. Okt., mittags 3 Uhr, bei Geißler Mitgliederversammlung. Referent Genosse Schippa.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen-Nordhausen

Gerbstedt. Sonntag, 16. Okt., abends 8 Uhr, bei Hesse Mitgliederversammlung. Alle Genossen haben zu erscheinen.

Wiederstedt. Sonntag, 16. Okt., beim Genossen Heidenreich Mitgliederversammlung. Referent der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Zörbig. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, im Lokal „Löwen" gemeinsame Versammlung von KPD. und RFB.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Belgern. Sonnabend, 15. Oktober, abends 8 Uhr, bei Richter Mitgliederversammlung. Referent Genosse Holzweißig.

Schildau-Sitzenroda. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, bei Klemm, Schildau, Mitgliederversammlung. Referent Gen. Voigt.

Mückenberg. Sonnabend, 15. Okt., 8 Uhr, in der „Elsterschenke" Mitgliederversammlung.

Elsterwerda. Sonntag, 16. Okt., vorm. 10 Uhr, in der „Quelle" Mitgliederversammlung. Referent Genosse Grade.

Prösen. Sonntag, 16. Okt., mittags 2 Uhr, im Gasthof Mitgliederversammlung. Referent Genosse Grade.

Unterbezirk Delitzsch

Glesien. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, bei Raue Mitgliederversammlung.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauführung des RFB Halle-Merseburg: Fritz Brückner Halle a. d. S., Große Klausstraße 18.

Bureauzeit des Sekretariats des RFB. vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr abends. Postscheckkonto: Leipzig Konto Nr. 14971 Fritz Brückner, Halle.

Kamerad, hast Du schon Dein Fahrgeld nach Weißenfels abgeliefert? Beeile Dich, es wird bald Zeit.

Halle. Abt. 4 (Norden). Sonntag, 16. Okt., vorm. 10 Uhr, bei Starke, Lüderitzberg, sämtliche Funktionäre Sitzung.

Rote Jungfront Halle. Sonntag, 16. Okt., vorm. ½10 Uhr, große Mitgliederversammlung im „Pfälzer Schießgraben". Funktionäre ½9 Uhr. Erscheinen ist Pflicht.

Halle. Abt. 5 (Zentrum). Alle Kameradschaftsführer haben Sorge zu tragen, daß das Fahrgeld der mitfahrenden Kameraden nach Weißenfels bis Sonnabend, 15. Okt., im Werbebureau bei Wötzel eingezahlt ist. Fahrpreis beträgt 1,75 Mk. mit Abzeichen. Weiter findet dort Sonnabend, abends ½8 Uhr, eine Sitzung der Abteilungsführung mit Kameradschaftsführern statt.

Teicha-Petersberg. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler" Sennewitz Mitgliederversammlung betr. Fahrt nach Weißenfels. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Nietleben-Zscherben. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in Zscherben. Lokal Liebau. Alles hat zu erscheinen. Kapelle mit Instrumenten.

Nietleben-Zscherben. Sonntag, 16. Okt., Ausmarsch der gesamten Ortsgruppe nach Eisdorf. Abmarsch ½2 Uhr vom Lokal Bolze, Zscherben. Die Funktionäre sorgen für restlose Beteiligung.

Beuchlitz-Rassendorf. Sonnabend, 15. Okt., pünktlich 8½ Uhr, in Schuberts Lokal Mitgliederversammlung. Es wird zur Pflicht eines jeden Kameraden gemacht, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind in voller Ordnung mitzubringen. Wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen.

Werbebezirk Canena. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, in Canena bei Wenkel Werbebezirksversammlung. Tagesordnung: Gautreffen in Weißenfels. Canena, Bruckdorf, Dieskau, Zwintschöna muß erscheinen.

Untergau Halle-Saalkreis

Werbebezirk Seeben. Sonnabend, den 15. Okt., abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler", Sennewitz, Werbebezirksmitgliederversammlung. Die Ortsgruppen Teicha, Oppin, Seeben, Brachstedt und Sennewitz haben unbedingt zu erscheinen.

Wettin. Sonnabend, 15. Okt., findet im Gasthof „Kleiner Schweizerling" eine Mitgliederversammlung statt. Erscheinen ist Pflicht.

Kameradschaft 20. Sonntag, 16. Okt., 9 Uhr vorm., im „Lindenhof" Antreten. Jeder Kamerad hat zu erscheinen.

Untergau Merseburg

Abt. Geiseltal. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, erweiterte Abteilungsleitersitzung bei Schumann. Sämtliche Pol- und technischen Leiter der Ortsgruppen müssen erscheinen.

Neumark. Sonntag, 16. Okt., nachm. 3 Uhr, dringende Mitgliederversammlung. Erscheinen ist unbedingt Pflicht.

Rattmannsdorf. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Eisleben. Sonntag, 16. Okt., mittags 2 Uhr, Generalversammlung im „Volkshaus". Pflicht eines jeden Kameraden ist, zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen

Höhnstedt. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, findet bei Hoffmann eine wichtige Versammlung statt. Alles muß erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Untergau Bitterfeld

Glesien. Sonntag, 16. Okt., vorm. ½8 Uhr, Treffen sich alle Kameraden am Gasthof Raue mit Rad zur Werbeagitation. Befehl wird dort ausgegeben.

Zörbig. Sonnabend, 15. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gasthof zum Löwen" Mitgliederversammlung. Erscheinen jedes Kameraden ist Pflicht.

Untergau Wittenberg

Abteilung Piesteritz. Sonntag, 16. Okt., Ausmarsch nach Seegrehna. Vertrieb von Parteikalendern.

Untergau Zeitz

Alle Ortsgruppenvorstände müssen bis spätestens Sonnabend, den 15. Okt., die Teilnehmerlisten zum Gautreffen der Roten Jungfront in Weißenfels an die Gauführung einsenden.

Alle Monatsberichte von August und September mit doppelten Exemplaren müssen an die Untergauführung Zeitz eingesandt werden. Ortsgruppen, welche den Termin nicht einhalten, werden zur Rechenschaft gezogen.

Streckau. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, im Gasthof Luckenau Mitgliederversammlung.

Naundorf. Sonnabend, 15. Okt., abends 8 Uhr, bei Burkhardt Mitgliederversammlung.

Zeitz. Sonntag, 16. Okt., Ausmarsch nach Kayna. Abmarsch 8.30 Uhr vom Altmarkt.

Rote Jungfront Zeitz. Sonnabend, 15. Okt., abends 6 Uhr, Generalappell. Antreten 6 Uhr Naetherpark.

Zeitz. Sonntag, 16. Okt., Antreten der gesamten Ortsgruppe einschl. Rote Jungfront auf dem Schützenplatz vorm. 9 Uhr zum Pflichtausmarsch.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Das Bureau der Gauleitung ist täglich von 5 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. (Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 5.)

Werbebezirk Süden. Werbebezirksversammlung Dienstag, 18. Oktober, abends 8 Uhr, bei Köhler. Wichtige Tagesordnung. Alles hat zu erscheinen. Referent der Gauleitung anwesend.

Hohenturm. Mitgliederversammlung Dienstag, 18. Oktober, abends 8 Uhr, bei Eckelmann. Wichtige Tagesordnung. Referentin anwesend.

Sangerhausen. Werbeabend Sonntag, 16. Okt., abends 8 Uhr, im „Herrenkrug". (Näheres siehe im Provinzteil.)

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg

Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. An alle Mitglieder! Alle Genossen beteiligen sich am Gautreffen der Roten Jungfront, das in Weißenfels stattfindet. Wir fahren Sonnabend, dem 22. Okt., abends 6.31 Uhr und marschieren von Weißenfels nach Langendorf zum Werbeabend, dort Uebernachtung. Fahrgeld 1,70 Mark. Alles muß daran teilnehmen.

Halle. Sonntag Fahrt nach Neuracoczy. Treffpunkt vorm. ½8 Uhr Hallmarkt.

Halle. Sonntag abend 8 Uhr im „Volkspark" (Kartellzimmer) Lichtbildervortrag: Auf der Walze durch die Türkei und Griechenland. Erzählungen von Genossen Paul Prech. Musikinstrumente mitbringen. Eintritt 15 Pf.

Unterbezirk Weißenfels

Zeitz. Fahrt nach Leipzig fällt aus. Sonntag abend 6 Uhr im Jugendheim Veranstaltung.

Unterbezirk Mansfeld

Am Sonntagvormittag 10 Uhr in Blankenhain, „Edelgarten", wichtige UB.-Konferenz. Alle Ortsgruppen müssen erscheinen.

Ermsleben. Sonnabend, 15. Okt., wichtige Mitgliederversammlung abends 8 Uhr. Referent der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Delitzsch

Freiroda. Freitag, 14. Okt., abends 8 Uhr, im Lokal Reißhauer Gruppenabend. Thema: ABC des Kommunismus. Referent G. Elkner.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Weißenfels. Sonnabend, 15. Okt., nachm. 5 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Berichte-Austausch vom Ferienlager in Straußberg und der Krim.

Ammendorf. Freitag, 14. Okt., nachm. ½5 Uhr, in der „Post" Spielnachmittag.

Ammendorf. Dienstag, 18. Okt., nachm. ½5 Uhr, in der „Post" Lese- und Liedernachmittag.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29150

Dronßig und Kretzschau. Sonnabend, 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Dronßig **gemeinsame Mitgliederversammlung.** Referent anwesend.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Bureau: Zwingerstraße 29 (Laden). Fernruf 24425

Zeitz. Mitgliederversammlung am Sonnabend, 15. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Schuhmacherherberge". In Anbetracht der Wichtigkeit hat jedes Mitglied zu erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0012
DFG

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Bergarbeiter!

Sonntag früh 9 Uhr sammeln sich alle klassenbewußten Arbeiter von Zeitz, Rasberg, Aue-Aylsdorf, Zangenberg am „Deutschen Haus" zum Abmarsch nach Luckenau, um an der öffentlichen Bergarbeiterkundgebung teilzunehmen. Arbeiter, Genossen, zeigt, daß Ihr gewillt seid, den schweren Kampf der Bergarbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen. Beteiligt Euch restlos, macht die Veranstaltung zu einer Massenkundgebung!

Bergarbeiterverband, Zahlstelle Zeitz.

*

Am Sonntagnachmittag 2 Uhr im „Preußischen Hof" in Hohenmölsen öffentliche Bergarbeiterversammlung.

Für Streikfreiheit!

Entschließung der J. G. Farbenindustrie, A.-G., Werk Treptow

Der Arbeiterrat der J. G. Farbenindustrie A.-G., Werk Treptow, nimmt Stellung zu den unerhörten Schandurteilen des Landesarbeitsgerichtes Leipzig von 8. 10. und des Arbeitsgerichtes Berlin vom 10. 10. 27, wodurch den Leipziger Zimmerern und den Berliner Putzern das Streikrecht unter Androhung mit zu gewärtigenden Geld- oder Gefängnisstrafen genommen wird. Wo bleibt das feierliche Versprechen der Koalitionsfreiheit aus der Weimarer Verfassung? Es ist durch die Bürgerblockregierung beseitigt worden. Ein würdiges Glied in der Kette des Schlichtungsschwindels!

Der Arbeiterrat fordert im Namen der Belegschaft vom ADGB. wie von allen proletarischen Organisationen und auch von den Parlamentsfraktionen die schärfsten Kampfmaßnahmen zur Zunichtemachung derartiger Schandsprüche. Solche Sprüche bedeuten praktisch: Arbeiten und Maul halten!

Holzarbeiter Halle für zwischentarifliche Lohnerhöhung

Fort mit der Zwangsinnungskasse

Am 7. Oktober tagte die Vierteljahresmitgliederversammlung des **Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Halle,** welche folgende Tagesordnung zu erledigen hatte. 1. Vortrag über Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen; 2. Abrechnung vom 3. Quartal; 3. Verbandsangelegenheiten, Verschiedenes.

Zum ersten Punkt sprach der Kollege Lehmann von der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Der Vortrag war notwendig geworden durch den Beschluß der Unternehmer, eine Tischler-Zwangs-Innungskasse zu gründen. Dem Vortrag war zu entnehmen, daß die Zwangsinnungskasse absolut nicht begründet ist, und es hat den Anschein, als ob Unternehmer durch diese Gründung nur ihre verlorenen Machtpositionen wiedererlangen wollen. Die Allgemeine Ortskrankenkasse wird beauftragt, von ihrem Einspruchsrecht Gebrauch zu machen und bis zur höchsten Instanz nicht nachzulassen, um die Gründung der Zwangsinnungskasse zu verhindern.

Zum zweiten Punkt gab der Kollege Müller den Kassenbericht und stellte fest, daß an Hand der abgerechneten Marken eine wesentliche Aufwärtsbewegung der Zahlstelle zu verzeichnen ist. Die Zahlstelle hat am Schluß des Quartals einen Bestand von 1386 Mitgliedern. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Zu dritten Punkt wurde zunächst die Einladung zur öffentlichen Wederversammlung am 24. Oktober im „Volkspark" behandelt. In dieser Versammlung wird der Kollege Freitgang, Berlin, referieren. Außerdem nahm die Versammlung Stellung zu den bestehenden Tarifen der Holzindustrie und stellte fest, daß die Löhne nicht mehr der steigenden Teuerungswelle entsprechen. Dementsprechend wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 7. Oktober im „Volkspark" zu Halle a. d. S. tagende Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes nimmt u. a. Stellung zu dem bestehenden Lohnabkommen in der Holzindustrie, hauptsächlich zu dem der Bau- und Möbeltischler. Die Versammlung hält die am 1. Oktober 1927 fällige Lohnzulage von 2 Pf. für völlig ungenügend und betrachtet sie als schon längst durch die Teuerung überholt. Sie beauftragt deshalb den Vorstand, schnellstens zwischentarifliche Lohnverhandlungen anzubahnen und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen.

Wie die Eisenbahner verhöhnt werden

Von Eisenbahnern geht uns ein Telegrammbrief der Reichsbahndirektion Erfurt zu, welcher an allen Dienststellen zum Aushang gelangte und in seinen wesentlichsten Teilen folgendes besagt:

Anbei übersenden wir eine Uebersicht der vom 1. Oktober d. J. geltenden Stunden- und Schichtlöhne der unter den LTV. fallenden Arbeiter. In der für Zeit- und Aushilfsarbeiter vorgesehenen Lohntafel 4 bleiben die Stundenlöhne vom vollendeten 18. und 19. Lebensjahre an unverändert; die Stundenlohnsätze vom vollendeten 20. Lebensjahre an erhöhen sich um einen Reichspfennig. Diese Lohntafel ist handschriftlich zu berichtigen.

Die Dienststellen wollen die Einlagebläter zur Arbeiterliste usw. sofort berichtigen, damit die Lohnbediensteten schon bei der nächsten Abschlagszahlung in den Genuß der Lohnaufbesserung gelangen.

Die jugendlichen Arbeiter also erhalten gar nichts und vom 20. Lebensjahre gibt es

einen ganzen Pfennig mehr pro Stunde.

Dabei aber wagt die Reichsbahn noch, von einem Genuß der Lohnaufbesserung zu sprechen. Wir Eisenbahner möchten mal die Dawes-Fronvögte sehen, welchen Genuß sie sich für einen Pfennig Lohnerhöhung leisten können. Kollegen, so kann es nicht weitergehen. Der Hohn der Direktion beweist, daß wir zu langmütig gewesen sind und uns alles gefallen lassen haben. Damit muß jetzt Schluß gemacht werden. Wir müssen dem Beispiel der Kollegen anderer Orte folgen und gemeinsam mit denselben unsere Lohnforderungen einreichen. Gerade der vor der Tür stehende Streik der mitteldeutschen Bergarbeiter gibt auch uns die Möglichkeit, **einen erfolgreichen Kampf zu führen.**

Geld für Bahnschutz, aber nicht für Lohnerhöhung

Wie wir erfahren, werden nach wie vor im Eisenbahnausbesserungswerk Grunewald Panzerwagen gebaut. So war z. B. im April d. J. ein Zug, bestehend aus zwei verdeckten Wiederherstellungswagen, zwei R.-G.-Z. und zwei Rungenwagen fahr- und kampfbereit. Diese Wagen sind neben den elektrischen Lampen mit Petroleumlampen) ausgerüstet, enthalten Telegraphie-, Fernsprech-Einrichtungen, Sonderanlagen, Schlaf- und Aufenthaltsräume, je sechs Krankenbetten und einen Operationsraum. Die Herstellung des ganzen Panzerzuges soll 650 000 Mk. übersteigen.

Diese Panzerzüge haben die Aufgabe, bei Streiks der Eisenbahner die Streikbrecher mit allen Mitteln zu stützen. Wie wäre es, wenn die Direktion den Eisenbahnern das Geld direkt als Lohnerhöhung geben würde. Dann hätte sie nicht nötig, Streikbrecher zu schützen.

Lohn nach Leistung?

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" wärmt in ihrer letzten Nummer (am 9. Oktober) wieder mal das Märchen auf, daß das Kapital die Arbeitskraft nach ihrer Leistung bezahle, und daß die Unternehmer nichts sehnlicher wünschen, als daß Arbeiter und Angestellte ihre Leistungen steigern, damit man ihnen entsprechend höhere Löhne zahlen könne. Was das für eine dreiste Bauernfängerei ist, kehrt ein Blick auf den tatsächlichen Verlauf der Dinge. Seit bald 1½ Jahren haben wir gute Konjunktur in Deutschland, die mit einer ganz beträchtlichen Steigerung der Arbeitsleistung verbunden ist. Hier ein paar Beweise. Im monatlichen Durchschnitt wurden in Deutschland produziert:

	1926	1927 (Jan./Juli)
Steinkohle	12,1 Mill. To.	12,7 Mill. To.
Roheisen	804 000 To.	1 068 000 To.
Kali	93 000 To.	110 000 To.

Ebenso vermehrte sich die Arbeitsleistung auf anderen Gebieten. Z. B. betrugen:

Einfuhr	970	1 280 Mill. Mk.
Einnahmen aus Güterverkehr .	246	266 „ „
Abrechnung der Reichsbank . .	5 840	6 580 „ „
Postscheck	10 650	12 000 „ „
Güterwagen pro Tag	3 465 000	3 905 000 Stück

Man braucht keinen Sachkenner zu sagen, wieviel mehr Arbeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten diese Zahlen zum Ausdruck bringen. Aber haben sie etwas davon gehabt? Ist ihr Lohn darum gestiegen?

In den 12 Industriegruppen, welche die Statistik regelmäßig veröffentlicht, standen die Tariflöhne (im Durchschnitt der 12 Gruppen und im Durchschnitt ganz Deutschlands) wie folgt:

August 1926	45,95	34,05 Mk. pro Woche
Juli 1927	49,10	36,65 Mk. pro Woche

Das ist eine Zunahme um etwa 77 Prozent. Zur selben Zeit jedoch stieg der amtliche Index der Lebenshaltungskosten von 142,5 auf 150 d. h. die Lebenshaltung verteuerte sich um 7,5 Prozent. Es ist also von der nominellen Lohnsteigerung kaum etwas Reales übriggeblieben, um kaum 2 Prozent hat sich die Kaufkraft des Lohnes in jenen 12 Monaten erhöht, und auch diese 2 Prozent müßte man — bei der bekannten Schönfärberei des Index — erst nochmal gehörig unter die Lupe nehmen, um zu sehen, ob überhaupt etwas Wahres daran ist.

Es ist also einfach nicht wahr, daß mit gesteigerter Leistung die Arbeitslöhne steigen. Ganz woanders ist der Mehrertrag hängen geblieben. Die Aktien an der Berliner Börse — 850 solcher Papiere, die ein Kapital von 11 Milliarden Mark repräsentieren, werden von der amtlichen Statistik regelmäßig beobachtet — haben ihren Kurs in denselben 12 Monaten von [illegible] Prozent des Vorkriegsstandes auf 52 Prozent erhöht. Das ist eine Zunahme um nicht weniger als 37 Prozent! Da sieht man, wer das einstreicht, was Arbeiter und Angestellte mehr leisten.

Bauarbeiter von Zeitz und Umgegend!

Die Zeitzer Ofensetzmeister versuchen mit allen Mitteln, Streikbrecher heranzuziehen, um die berechtigten Forderungen der Ofensetzer zunichte zu machen. Jeder Bauarbeiter hat die Pflicht, mit dafür zu sorgen, **daß kein Streikbrecher das Lohngebiet Zeitz betritt.**

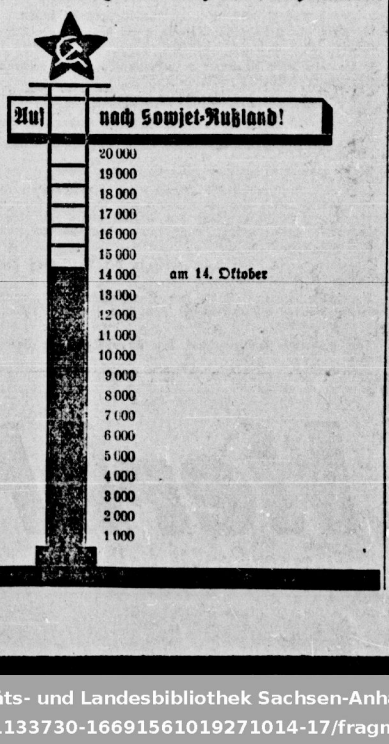
Die streikenden Ofensetzer sind alle anderweitig untergebracht oder arbeiten zu neuen Bedingungen. Die Ofensetzfirma Hugo Luchsinger in Teuchern hat die Forderungen anerkannt und wird nicht bestreikt. Bauarbeiter, übt Solidarität!

Zum Putzerstreik in Berlin

Aus Bauarbeiterkreisen werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß uns in unserem Bericht über das Schandurteil des Arbeitsgerichts ein Irrtum unterlaufen ist. Nicht der einzelne Putzer, sondern der Baugewerksbund [illegible] für jeden streikenden Putzer pro Tag 10 Mark Geldstrafe zahlen. Die dem Baugewerksbund angedrohte Strafe beträgt also, da rund 1400 Putzer in Frage kommen, 14 000 Mark pro Tag.

Außerdem ist noch richtigzustellen, daß der Reichstarif für das Baugewerbe nicht die „54-Stunden-Woche" zuläßt. Die Arbeitszeit ist in diesem Vertrag überhaupt nicht geregelt. Die Berliner Bauarbeiter arbeiten z. B. auch ohne Tarif nicht länger als 46 Stunden in der Woche.

Sammelt Unterschriften für die 3. Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion!



Bergarbeiterkampf — Nebensache; Hauptsache — Fahrradverkauf

Sitzung des Ortsausschusses Bitterfeld

Fast vier Monate brauchte der Vorstand des Ortsausschusses, um eine Sitzung einzuberufen. (Den Herrschaften scheint die Arbeiterbewegung nicht sehr am Herzen zu liegen. Der Ber.) Wer nun geglaubt hätte, daß nach den Schweinereien eines Vogler, die Leute um Lebbin etwas in dieser langen Periode sich umgestellt hätten, sah sich schwer enttäuscht. Trotzdem drei Mann aus dem Vorstand ausgeschieden sind, diktierte einfach Lebbin,

der alte Vorstand bleibt bei seiner jetzigen Zusammensetzung bis Jahresschluß bestehen

und ich bin selbstverständlich Vorsitzender. Alle Anträge des Kollegen Zieger und Keller, auf Grund der Korruptionsschweinereien innerhalb des Kartellvorstandes eine

Neuwahl des Gesamtvorstandes

vorzunehmen, wurden von Lebbin diktatorisch niedergestimmt. Sehr deutlich war aus den Aeußerungen dieser Reformisten zu vernehmen, daß sie auf keinen Fall Kollegen der Opposition mit hinein haben wollten. Sie wollen eben weiter so unter sich bleiben, damit niemand von dieser Schieberei hinter den Kulissen etwas erfährt. Sie wissen ganz genau, daß alle Lumpereien, welche ein Vogler gegenüber der Arbeiterschaft begangen hat, nur möglich waren, weil mon im Kartell und im Fabrikarbeiterverband eine Cliquenwirtschaft schlimmster Art betrieben hat.

Der Tagesordnungspunkt: Geschäftsbericht vom ersten und zweiten Quartal

war in zirka zwei Minuten erledigt.

Der Kassierer Henze gab nur in groben Umrissen den Kassenbestand an. Er hütete sich schwer, auch nur ein Wort von den Schweinereien der letzten Zeit zu erwähnen. Kollege Zieger fragte deshalb an, wie es möglich wäre, daß zum Beispiel der Fabrikarbeiterverband zirka zwei Jahre keine Kartellbeiträge bezahlt hat. Hier müsse doch unbedingt eine Mitschuld des Kassierers und der Revisoren vorliegen. Genau so steht es mit den 300 Mark des Konsumvereins. Aber Lebbin hält nach jedem Redner ein kleines Referat über die Schuldlosigkeit seiner Parteigenossen im Vorstand. Was würde er wohl gesagt haben, wenn der Vorstand in seiner Mehrheit von oppositionellen Kollegen besetzt gewesen wäre? So aber betont er immer wieder, es ist nun genug davon gesprochen. Der Geschäftsführer des Eisenbahner-Verbandes, Zilm, stellt dann auch den fälligen Schlußantrag. Lebbin ist durch die Diskussion derartig verwirrt worden, daß er sogar vergißt, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Ohne auch nur ein Wort über die Nichttätigkeit des Ortsausschusses während des Geschäftshalbjahres zu verlieren, ist Lebbin plötzlich schon im letzten Tagesordnungspunkt: Verschiedenes, angelangt. Er gibt bekannt, daß der Maschi- und Heizerverband am 30. Oktober sein 30jähriges Bestehen feiert. Daß weiter am 21. Oktober in der Schule Weststraße ein neuer Kursus der Arbeiter-Samariter beginnt. Weiterhin soll jeder Delegierte eine Satzung erhalten, dabei stellt sich heraus, daß der Vorstand noch nicht einmal den Mahlmodus kennt. Kollege Zieger gibt Aufschluß darüber und stellt nun noch einmal an Hand der Satzungen fest, daß sich unbedingt eine Neuwahl des Vorstandes notwendig macht, da drei Mitglieder ausgeschieden sind. Aber genau so, wie sich die Mehrzahl der Delegierten bei allen diktatorischen Verdrehungskünsten eines Vogler doch auf dessen Seite gestellt hat, unterstützten sie auch wieder alle statutenwidrigen Maßnahmen ihres von Demokratie triefenden Parteigenossen Lebbin. Nun verlas der Diktator Lebbin noch ein Schreiben des Mitteldeutschen Landestheaters, worin dem Ortsausschuß empfohlen wurde, Propaganda für den Besuch des Theaters zu betreiben. Zur gewerkschaftlichen Bildung empfahl Lebbin: „Zigeunerbaron", „Mädel vom Rhein", „Dirnentragödie" und „Die Dame vom Zirkus". Als erster Vorstellungsabend wurde der 28. Oktober vorgeschlagen. Kollege Zieger machte darauf aufmerksam, daß am 28. Oktober Hoffmanns Rote Sänger in Bitterfeld im „Gesellschaftshaus" spielen. Aber dem altromantischen Forscher Lebbin waren Hoffmanns Rote Sänger überhaupt nicht bekannt, und sie hätten ihn auch nicht eingeladen.

infolgedessen kann man auch keine Rücksicht nehmen.

Trotzdem Kollegen dagegen sprachen, wurde beschlossen, die Operette: „Die Dame vom Zirkus" aufführen zu lassen.

Bei der Aussprache über die Krankenkassenwahlen konnte einmal wieder jeder Delegierte Studien über den ernsthaften Kampf der Gewerkschaftsführer anstellen. Bald eine Stunde stritten sich Bormann und der Diktator Lebbin, ob auf dem Kraftwerk Zschornewitz mehr organisierte Heizer arbeiten oder mehr organisierte Metallarbeiter, und wieviel davon Hilfsarbeiter sind. Lebbin ersuchte nun, die Aufstellung der Liste zur Krankenkassenwahl dem Vorstand zu überlassen. Der wird sie natürlich nicht irgendwie vom politischen Standpunkt, sondern nur nach Fähigkeiten aufsetzen. Bei der Objektivität eines Lebbin hätte das tatsächlich keiner Aussprache mehr bedurft, denn jeder, der diese Leute kennt, weiß, daß sie nie politisch handeln. Das zeigte auch eine Anfrage des Kollegen Krause betreffs Arbeitsgerichtsbeisitzer. Stellt sich doch jetzt heraus,

daß ausscheidenden freigewerkschaftlichen Beisitzern Hirsch-Dunckersche nachrücken.

Auf einen Antrag des Kollegen Bredschneider, einen kurzen Situationsbericht über die Bergarbeiterbewegung zu geben, erwiderte Wolfram,

daß das nicht nötig sei.

Die Bergarbeiterbewegung sei lediglich eine Angelegenheit, welche die daran beteiligten Organisationen angeht. Wenn sich später Fälle von Streikbrecherarbeit aus dem Kreise der Chemie ergeben,

dann ist später immer noch Zeit, etwas zu machen.

Nun brachte Kollege Zieger noch eine Resolution ein, welche sich wendet gegen den Fahrradverkauf des ADGB. Wir sind auch der Meinung, daß der ADGB. sich mehr auf die Arbeiterbewegung stützt, als daß er sich mit Fahrrädern beschäftigt. Da nun Kollege Lebbin im Aufsichtsrat des Konsum sitzt, wäre es angebracht, daß sich die nächste Aufsichtsratssitzung mit diesem Verräter befaßt, denn er meinte, die Fahrräder sind billiger **als die des Konsums.** Also Mitglied des Aufsichtsrats im Konsum und trotzdem gegen den Konsum arbeiten.

Kollegen und Kolleginnen, in nächster Zeit finden die Ortsverwaltungswahlen der einzelnen Organisationen statt, und es ist angebracht, daß sich der letzte Kollege und die letzte Kollegin organisiert, **damit eine andere Zusammensetzung stattfindet, wo solche Schweinereien nicht vorkommen.**

Proletarischer Staat gegen Privatkapital

Der gesamte Umsatz des Engros-Handels der USSR. betrug im Monat August 942 Millionen Rubel, das ist ein Mehr von 70,4 Prozent im Vergleich zu Juli und ein Mehr von 69,4 Prozent im Vergleich zu August 1926.

65,5 Prozent des Gesamtumsatzes entfallen auf Industriewaren, die übrigen 34,5 Prozent auf landwirtschaftliche Produkte. Den größten Umsatz im Vergleich zum Juli weisen Metallwaren, landwirtschaftliche Rohstoffe, Getreide und Futtermittel auf.

Die Rolle des Privatkapitals ist sowohl im Einkauf als auch im Verkauf gesunken. Im Verkauf betrug der Umsatz des Privathandels 1,8 Prozent des Gesamtumsatzes, im Einkauf 2,2 Prozent. Mit der zurückgehenden Rolle des Privatkapitals steigt die Beteiligung der Genossenschaftsorganisationen im Engros-Handel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0013

Bekanntmachung

betreffend die Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner in der Angestelltenversicherung

Die Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner findet

am Sonntag, dem 27. November 1927,

von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, und zwar gleichzeitig seitens der Arbeitgeber und der Angestellten statt.

Es sind zu wählen 8 Vertrauensmänner und 16 Ersatzmänner.

Für den Stadtbezirk Halle werden die unten näher bezeichneten 10 Stimmbezirke gebildet, denen die Wahlberechtigten nach Lage ihrer Wohnung zur Ausübung des Wahlrechtes überwiesen werden.

1. Wahlbezirk

Wahllokal: Talamtschule, Dreihauptstraße 3

Albert-Dehne-Straße, Ankerstraße, Bärgasse, Barfüßerstraße, Bechershof, Bergstraße, Großer und Kleiner Berlin, Bölbergasse, Kl. Brauhausstraße, Brüderstraße, Dachritzstraße, Domplatz, Domstraße, Dreihauptstraße, Flutgasse, Fürstenthal, Graseweg, Gutjahrstraße, Hackebornstraße, Hanfjack, Jägergasse, Kanzleigasse, Karzerplan, Kaulenberg, Große und Kleine Klausstraße, Kleinschmieden, Kühler Brunnen, Kuhgasse, Kutschgasse, Leipziger Straße 1 bis 25 und 86 bis 106, Große und Kleine Märkerstraße, An der Marienkirche, Alter Markt, Marktplatz, Meterizstraße, Mittelstraße, Mühlberg, Mühlgasse, Mühlpforte, Neunhäuser, Nikolaistraße, Oleariusstraße, Packhofgasse, Paradeplatz, Pfälzerstraße, Poststraße, Alte Promenade 1 bis 11, Rannische Straße, Rathausstraße, Ritterstraße, Rittergasse, Roberti-Franz-Straße, Salzstraße, Salzgrafenstraße, Großer und Kleiner Sandberg, Schlamm, Schloßberg, Große und Kleine Schloßgasse, Schmeerstraße, Schmale Gasse, Schülershof, Schulstraße, Sperlingsberg, Spiegelstraße, Steinbocksgasse, Große Steinstraße 1 bis 19 und 73 bis 88, Kleine Steinstraße, Sternstraße, Talamtstraße, Trödel, Tuchrähmen, Große und Kleine Ulrichstraße, An der Universität, Zapfenstraße, Zenkerstraße.

2. Wahlbezirk

Wahllokal: Glauchaschule, Taubenstraße 13

Albert-Schmidt-Straße, An der Baderei, Bäckerstraße, Bertramstraße, Bronosmarte, Deyboldsgasse, Fischerplan, Gerberstraße, Glauchaer Straße, Gommergasse, Hasenstraße, Hallorenstraße, Herrenstraße, Hirtenstraße, Holzplatz, Jacobstraße, Kelserteinstraße, Kellnerstraße, Kuttelhof, Langestraße, Lerchenfeldstraße, Lilienstraße, Mansfelder Straße, Mauerstraße, Mittelwache, An der Moritzkirche, Moritzkirchhof, Moritzzwinger, Neue Gasse, Paradiesgasse, Pulverweiden, Ratswerder, Saalberg, Schützenstraße, An der Schwemme, Schwetschkestraße, Spitze, Steg, Taubenstraße, Torstraße 34 bis 63, Unterplan, Weingärten, Werdergasse, Wiesenstraße, Zwingerstraße.

3. Wahlbezirk

Wahllokal: Weingärtenschule, Böllberger Weg 125/26

Beesener Weg, Benkendorfer Straße, Böllberger Weg, Bugenhagenstraße, Calvinstraße, Canisteinstraße, Eckteinstraße, Flattwellstraße, Flurstraße, Geseniusstraße, Gustav-Herzberg-Straße, Gustav-Hertzberg-Platz, Harrachstraße, Ronasstraße, Leostraße, Ludwigstraße, Lutherplatz, Lutherstraße, Melanchthonstraße, Nickel-Hoffmann-Straße, Paul-Riebeck-Straße, Königenstraße, Röpziger Straße, Schleiermacherstraße, Schönistraße, Seckendorfstraße, Semmlerstraße, Stadigutweg, Tholuckstraße, Wescheiderstraße, Wittestraße, Wörmlitzer Straße 13 bis 108, Wörmlitzer Platz, Zwinglistraße.

4. Wahlbezirk

Wahllokal: Johannesschule, Liebenauer Straße 151/52

Huttenstraße 1 bis 76, Hübnerstraße, An der Johanniskirche, Johannisplatz, Kanonierstraße, Ladenbergstraße, Lauchstädter Straße, Liebenauer Straße, Gutenbergstraße, Poladowskistraße, Riedelstraße, Südstraße, Thomasiusstraße, Thüringer Straße, Turmstraße 4 bis 152, Weiseстraße.

5. Wahlbezirk

Wahllokal: Lutherschule, Roßbachstraße 70

Ackerweg, Am breiten Pfuhl, Am grünen Feld, Apfelweg, Artillerieстraße, Auenstraße, Am weißen Graben, Barbarastraße, Am Bergmannstroft, Birnenweg, Dieskauer Straße, Baumweg, An der eigenen Scholle, Blütenweg, Falkenweg, Finkenweg, Glockenweg, Hasenweg, Huttenstr. 77 bis 103, Kirschweg, Kohlenweg, Leipziger Chaussee, Lützener Straße, Merseburger Straße, Nußweg, Pflaumenweg, Privatstraße Zimmermann, Raffineriestraße, Roßbachstraße, Schlosserstraße, Schmiedstraße, Sonnenweg, Wachtelweg, Zeisigweg.

6. Wahlbezirk

Wahllokal: Torschule, Torstraße 13/14

Annenstraße, Beesener Straße, Beyschlagstraße, Bernhardystraße, Blücherstraße, Bruckdorfer Straße, Buddestraße, Dryanderstraße, Franckeplatz, Gräfestraße, Hochstr., Kirchnerstr., Königsplatz, Königstraße 10 bis 94, Landwehrstraße 6 bis 20, Lindenstraße, Maybachstraße, Niemeyerstraße, Oiendorfer Straße, Pfännerhöhe, Prexlersberg, Rudolf-Haym-Straße, Steinweg, Streiberstraße, Südstraße 1 bis 11 und 35 bis 50, Thomasiusstraße 1 bis 14 und 35 bis 50, Torstraße 1 bis 33, Turmstraße 1 bis 3 und 153 bis 159, 1. bis 5. Vereinsstraße, Wörmlitzer Straße 1 bis 12 und 109 bis 118, Wolfstraße.

7. Wahlbezirk

Wahllokal: Martinschule, Charlottenstraße 15

Anhalter Straße, Augustastraße, Am alten Bahnhof, Am Bauhof, Gr. Brauhausstr., Büschdorfer Straße, Canenaer Weg, Charlottenstraße, Delitzscher Straße, Dorotheenstraße, Djondbjstraße, Forsterstraße 1 bis 24 und 32 bis 58, Franzdefstraße, Freiimfelde, Freiimfelderstraße, Germarstraße, Gottesackerstraße, Grimmstr., Am Güterbahnhof, Hagenstraße, Halberstädter Straße, Herbartstraße, Königstraße 1 bis 9, Krutenbergstraße, Kronborser Straße, Kurze Gasse, Landsberger Straße, Landwehrstraße 1 bis 5 und 21 bis 25, Leipziger Straße 26 bis 85, Magdeburger Straße 1 bis 14 und 50 bis 68, Marienstraße, Martinsberg 11 bis 24, Martinstraße, Meckelstraße, Parkstraße, Prinzenstraße, Neue Promenade, Reideburger Straße, Riedeckplatz, Röserstraße, Sagisdorfer Straße, Thielenstr., Töpferplan, Viehhofstraße, Volkmannstraße.

8. Wahlbezirk

Wahllokal: Friesenschule, Friesenstraße 33

Bergschenkenweg, Berliner Straße, Bismarckstraße, Boelckestraße mit Sanscouci, Ceciliенstraße, Kontradtstraße, Dessauer Straße, Dessauer Platz, Dittenberger Straße, Ernst-Moritz-Arndt-Straße, Feldstraße, Flugplatz (Boelckestraße), Forsterstraße 25 bis 31, Franzosenweg, Große Zukunft, Friedrichstraße 1 bis 13c und 48a bis 70, Friesenstraße, Goethestraße, Grünstraße, Gütchenstraße, Hardenbergstraße, Harz 38 bis 52, Hedwigstraße, Herderstraße, Hordorfer Straße, Hollgitstraße, Humboldtstraße, Immelmannweg, Jahnstraße, Julius-Kühn-Straße, Kaiserplatz, Kapellengasse, Karlstraße, Kleiststraße, Krausenstraße, Kuhnstraße, Der Landrain, Lessingstraße, Liebigstraße, Lilienталweg, Luisenstraße, Luckengasse, Ludwig-Wucherer-Straße 1 bis 27 und 60 bis 50, Magdeburger Straße 15 bis 49, Margaretenstraße, Marthastraße, Martinsberg 1 bis 10, Paulusstraße, Alte Promenade 12 bis 35, Scharnhorststraße, verlängerte Scharnhorststraße, Schillerstraße, Schimmelstraße, Sophienstraße, Gr. Steinstraße 20 bis 72, Thaerplatz, Thaerstraße, Theodor-Weber-Straße, Vollhardtstraße, Volkmannstraße von 14 an, Am Wasserturm, Weidenplan, Wielandstraße, Wilhelmstraße, Im Winkel, Zinksgartenstraße.

9. Wahlbezirk

Wahllokal: Neumarktschule, Hermannstraße 32

Adolfstraße, Advokatenweg 1 bis 13 und 30 bis 48, Albrechtstraße, Bernburger Straße, Blumenstraße, Blumenthalstraße, Bockstraße, Brandenburger Straße, Breitestraße, Bülowstraße, Burgstraße 32 bis 45, Ernestusstraße, Fleischerstraße, Friedrichsplatz, Friedrichstraße 14 bis 48, Fritz-Reuter-Straße, Gartenstraße, Geiststraße, Georgstraße, Gimritz (Gut), Göbenstraße, Gr. Gosenstraße 12 bis 31, Händelstraße, Harz 1 bis 37, Heinrichstraße, Henriettenstraße, Hermannstraße, Hohenzollernstraße, Jägerplatz, Jentzschstraße, Kaiserstraße, Am Kirchtor, Klosterstraße, Kohlschütterstraße, Kronprinzenstraße, Kurfürstenstraße, Lafontainestraße, Laurentiusstraße, Leitergasse, Ludwig-Wucherer-Straße 28 bis 59, Moltkestraße, Mozartstraße, Mühlweg, Neumarktstraße, Neuwerk, Peißnitz, Peißnitzstraße, Reichardstraße, Reilstraße 1 bis 21 und 115 bis 134, Richard-Wagener-Straße 1 bis 10 und 48 bis 60, Roonstraße, Scharrenstr., Schleuse (an der Ziegelwiese), Staudestraße, An der Steinmühle, Stephanstraße, Tristrasse 1 bis 5 und 36, Ulestraße, Viktoriaplatz, Uferstraße, Große und Kleine Wallstraße, Weinberg, Wettiner Str., Porkstraße, Zeppelinstraße.

10. Wahlbezirk

Wahllokal: Oberrealschule, Staudestraße

Advokatenweg 14 bis 29, Angerstraße, Angerweg, Bahnhofstraße, Belforststraße, Birkenallee, Birkenwäldchen, Brachwitzer Straße, Große und Kleine Brunnenstraße, Burgstraße 1 bis 31 und 46 bis 72, Cröllwitzer Straße, Baracke Cröllwitzer Brücke, Am Donnersberg, Dölauer Straße, Eichendorffstraße, Elsässerstraße, Fährstraße, Falkstraße, Fasanenstraße, Fehrbellinstraße, Felsenstraße, Fichtestr., Flugplatz, neuer, Friedenstraße, Fuchsbergstraße, Gabelsbergerstr., Am Galgenberg, Giebichensteiner Straße, Gneisenaustraße, Große Gosenstraße 1 bis 11 und 32 bis 48, Kleine Gosenstraße, Görtheстraße, Heidehäuser, Heideweg, Hohe Weg, Kabelhäuser, Kirschbergweg, Klausbergstraße, Am Krähenberg, Am Klausberge Königsberg, Körnerstraße, Köthener Straße, Kurallee, Landgestüt Kreuz, Kreuz-Vorwerk, Leopoldstraße, Lettiner Straße, Lettiner Weg, Lothringer Straße, Mötzlicher Straße, Morkstraße, Müllers Privat-Straße, Nordstraße, Oppiner Straße, Verlängerte Oppiner Straße, Petersbergstraße, Pestalozzistraße, Pfarrstraße, Platanenstraße, Plan, Reinstraße, Rauchfussstraße, Reilstraße 22 bis 114, Richard-Wagner-Straße 11 bis 47, Röberberg, Rosenstraße, Saalestraße, Saalschlosstraße, Saalwerderstraße, Schleusenstraße, Schulberg, Seebener Straße, Sendlikstraße, Saarlandstraße, Schleifweg, Schleuse (Trotha), Talstraße, Tiergartenstraße, Triftstraße 6 bis 35, Trothaer Straße, Wasserweg, Wasserwerk, Weinbergsweg, Weißenburgstraße, Wittekindstraße, Wörthstraße, Zietenstraße.

Die Vertrauens- und Ersatzmänner werden je zur Hälfte aus den Versicherten, die nicht Arbeitgeber sind, und aus den Arbeitgebern der versicherten Angestellten gewählt.

Die Vertrauens- und Ersatzmänner aus den Arbeitgebern werden von den Arbeitgebern der versicherten Angestellten, die übrigen von den versicherten Angestellten gewählt.

Wahlberechtigt sind volljährige Deutsche, männlichen und weiblichen Geschlechts, sofern sie zu den versicherten Angestellten oder deren Arbeitgebern gehören und in der Stadt Halle wohnen.

Wahlberechtigt als Arbeitgeber sind — wenn sie nicht als Angestellte wahlberechtigt sind — auch

1. die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und beschränkt geschäftsfähiger natürlicher Personen,

2. bei juristischen Personen die Mitglieder des Vorstandes, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Geschäftsführer, bei anderen Handelsgesellschaften die persönlich haftenden Gesellschafter, soweit sie nicht von der Vertretung ausgeschlossen sind. Sind hiernach für eine juristische Person oder Gesellschaft mehrere wahlberechtigte Personen vorhanden, so darf nur eine von ihnen das Wahlrecht ausüben.

Wählbar sind nur Versicherte, die nicht Arbeitgeber sind, und Arbeitgeber der versicherten Angestellten, die in der Stadt Halle wohnen oder beschäftigt werden oder ihren Betriebssitz haben.

Wählbar als Arbeitgeber sind — wenn sie nicht als Angestellte wählbar sind — auch

1. die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und beschränkt geschäftsfähiger natürlicher Personen;

2. die Mitglieder des Vorstandes einer juristischen Person, die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die persönlich haftenden Gesellschafter bei anderen Handelsgesellschaften, soweit sie nicht von der Vertretung ausgeschlossen sind;

3. die bevollmächtigten Betriebsleiter.

Weder wahlberechtigt noch wählbar ist, wer

1. infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeiten zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist;

2. infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Angestellte, die nach § 275 des Angestelltenversicherungsgesetzes von der Beitragsleistung befreit sind, sind sowohl wahlberechtigt als auch wählbar.

Gewählt wird schriftlich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, **bis spätestens drei Wochen vor dem Wahltag, also bis zum 6. November 1927, mittags 12 Uhr,** dem unterzeichneten Wahlleiter im Versicherungsamt, Schmeerstraße 11r., Vorschlagslisten einzureichen, die von wirtschaftlichen Vereinigungen, von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern oder von Verbänden solcher Vereinigungen aufzustellen sind. Diesen Vorschlagslisten stehen nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung solche Vorschlagslisten der Arbeitgeber oder der Versicherten gleich, die von mindestens fünf Wahlberechtigten unterschrieben sind.

Die Vorschlagslisten sind für die Arbeitgeber und die versicherten Angestellten getrennt aufzustellen. Jede Vorschlagsliste soll mindestens so viel Namen enthalten, als Vertrauensmänner und Ersatzmänner zu wählen sind.

Die Vorgeschlagenen sind nach Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort zu bezeichnen und in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Eine Trennung der Vorgeschlagenen nach Vertrauensmännern und Ersatzmännern ist unzulässig.

Mit der Einreichung der Vorschlagslisten ist von den Wahlberechtigten ein Listenvertreter und ein Stellvertreter, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Wahlleiter bevollmächtigt sind, zu benennen.

Die Vorschlagsliste nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung soll die Wählervereinigung, von der sie ausgeht, nach unterscheidenden Merkmalen kenntlich machen.

Hat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung unterzeichnet, so wird seine Unterschrift auf allen Vorschlagslisten gestrichen.

Die Vorschlagslisten sind ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden oder wenn sie den Vorschriften des § 7 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung nicht entsprechen und der Mangel nicht rechtzeitig behoben wird.

Zwei oder mehr Vorschlagslisten können in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie den anderen Vorschlagslisten gegenüber als einzige Vorschlagsliste gelten. In diesem Falle müssen die Unterzeichner der Vorschlagslisten oder die Listenvertreter übereinstimmend spätestens bis zum Ablauf des ersten Tages vor dem Wahltage, also bis zum 16. November 1927, die Erklärung abgeben, daß die Vorschlagslisten miteinander verbunden sein sollen. Anderenfalls ist die Erklärung über die Verbindung ungültig.

Wird von den Arbeitgebern oder von den versicherten Angestellten bis zum 6. November 1927, mittags 12 Uhr, nur eine Vorschlagsliste eingereicht, so findet für die betr. Gruppe keine Wahl statt. Die in der Vorschlagsliste gültig bezeichneten Personen gelten dann in der für den Wahlbezirk erforderlichen Zahl in der Reihenfolge des Vorschlages als von dieser Gruppe gewählt.

Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung auszuweisen. Für die bei der Reichsversicherungsanstalt versicherten Angestellten dient die Versicherungskarte, für die Ersatzkassenmitglieder eine Bescheinigung der Ersatzkasse als Ausweis. In der Versicherungskarte oder der Bescheinigung muß wenigstens ein Beitrag innerhalb der letzten 12 Monate vor der Wahl nachgewiesen sein. Hat ein Ersatzkassenmitglied noch eine gültige Versicherungskarte, so darf ihm die Ersatzkasse keine Bescheinigung ausstellen. Die Wahlberechtigung der Arbeitgeber wird durch eine von der Gemeindebehörde des Betriebssitzes ausgestellte Bescheinigung nachgewiesen. Die Ersatzkassenmitglieder und die Arbeitgeber werden aufgefordert, sich die Bescheinigungen ausstellen zu lassen.

Das Wahlrecht wird in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt. Die Stimmzettel dürfen nicht unterschrieben sein und keinen Protest oder Vorbehalt enthalten. Sie sind außerhalb des Wahlraums handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung herzustellen.

Den Arbeitgebern ist es gestattet, an Stelle der persönlichen Stimmabgabe ihren Stimmzettel in verschlossenem Wahlumschlage dem Wahlleiter unter Beifügung des Ausweises über ihre Wahlberechtigung brieflich einzusenden. Die erforderlichen Umschläge erhalten die Arbeitgeber auf Verlangen von dem Wahlleiter, Versicherungsamt, Schmeerstraße 11r., vom 23. November 1927 an ausgehändigt. Der Brief muß spätestens am 27. November 1927 beim Versicherungsamt, Schmeerstraße 11r., eingegangen sein. Nachträglich eingehende Stimmzettel sind ungültig.

Wahlberechtigten Versicherten, die sich am Wahltage während der Wahlzeit aus zwingenden Gründen außerhalb ihres Wahlbezirkes aufhalten, stellt der Wahlleiter auf Antrag gegen Hinterlegung der Versicherungskarte oder der Bescheinigung der zuständigen Ersatzkasse einen Wahlschein aus. Im übrigen gilt der vorhergehende Absatz entsprechend.

Jeder Wahlberechtigte hat **eine** Stimme. Arbeitgeber, die mehr als fünfzig, aber nicht mehr als hundert versicherte Angestellte beschäftigen, haben zwei Stimmen. Für je weitere angefangene hundert versicherte Angestellte erhöht sich die Zahl um eine Stimme. Kein Arbeitgeber hat mehr als zwanzig Stimmen.

Hat ein Arbeitgeber mehrere Stimmen, so hat er jeden Stimmzettel in einen besonderen Umschlag zu legen.

Enthält ein Umschlag mehrere Stimmzettel, so gelten sie als ein Stimmzettel, wenn sie gleichlautend sind; anderenfalls sind sie ungültig.

Der Wahlberechtigte darf sein Wahlrecht nur in dem **Stimmbezirk, in dem er wohnt,** ausüben.

Es kann nur für unveränderte Vorschlagslisten gestimmt werden; auch die Reihenfolge der Vorgeschlagenen in der Vorschlagsliste darf nicht geändert werden.

Ungültig ist die Wahl einer Person, die zur Zeit der Wahl nicht wählbar war.

Ungültig ist ferner die Wahl einer Person, von der oder zu deren Gunsten von Dritten die Wahl rechtswidrig oder durch Gewährung oder Versprechung von Geschenken beeinflußt worden ist, es sei denn, daß dadurch das Wahlergebnis nicht verändert worden ist.

Halle, den 4. Oktober 1927.

Der Wahlleiter. Finger

Bestelle ab zum monatlichen Bezugspreise von 2,30 Mk. den

Klassenkampf

Ort: _____

Name: _____

Straße: _____

Werbt

Abonnenten für die Parteipresse!

Bestelle ab zum monatlichen Bezugspreise von 2,30 Mk. den

Klassenkampf

Ort: _____

Name: _____

Straße: _____

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271014-17/fragment/page=0014